

Martin Lutz

Universität Konstanz

FB Geschichte und Soziologie

Siemens und die Sowjetunion nach dem Ersten Weltkrieg

Grundlagen und Rahmenbedingungen für die Geschäftsbeziehungen

Magisterarbeit

1. Gutachter: Prof. Dr. Bianka Pietrow-Ennker
2. Gutachter: Prof. Dr. Helmut Maurer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort		4
I. UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND UND GRUNDLAGEN		
1	Untersuchungsgegenstand	5
1.1	Einleitung	5
1.2	Forschungsstand	6
1.3	Fragestellung	13
1.4	Aufbau der Arbeit	16
2	Siemens in Russland vor dem Ersten Weltkrieg	18
2.1	Unternehmensgeschichte von Siemens bis 1914	18
2.2	Siemens in Russland	22
2.3	Fazit: Grundlagen des „Russlandgeschäfts“ von Siemens	25
II. STRUKTURELLER RAHMEN NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG		
3	Politische Rahmenbedingungen	28
3.1	Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Kriegsende	28
3.2	Außenpolitische Strategien des Deutschen Reichs und der Sowjetunion	33
3.3	Deutsch-sowjetische Beziehungen in der Nachkriegszeit	40
3.4	Fazit: Politischer Rahmen der deutsch-sowjetischen Beziehungen	42
4	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	44
4.1	Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen	44
4.2	Deutsche und sowjetische Außenwirtschaftsstrategien	46
4.3	Deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen in der Nachkriegszeit	60
4.4	Fazit: Wirtschaftlicher Rahmen der deutsch-sowjetischen Beziehungen	63
5	Struktureller Rahmen der Elektroindustrie	65
5.1	Die Deutsche Elektroindustrie und Siemens nach dem Ersten Weltkrieg	65
5.2	GOËLRO: Das sowjetische Elektrifizierungsprogramm	69
5.3	Fazit: Die Elektroindustrie in den deutsch-sowjetischen Beziehungen	71

III. DAS „RUSSLANDGESCHÄFT“ VON SIEMENS

6	Das „Russlandgeschäft“ von Siemens in den Jahren 1917-1926	73
6.1	Der Zeitraum von 1917 bis 1921.....	75
6.2	Der Zeitraum von 1921 bis 1926.....	86
6.3	Fazit: Kommunikationswege und persönliche Netzwerke beim Aufbau des „Russlandgeschäfts“	94
7	Unternehmensstrategie von Siemens in den deutsch-sowjetischen Beziehungen	97
7.1	Das „Russlandgeschäft“ von Siemens im Rahmen des sowjetischen Elektrifizierungsprogramms.....	97
7.2	Siemens im Rahmen der deutsch-sowjetischen Beziehungen.....	102
7.3	Fazit: die Unternehmensstrategie von Siemens im „Russlandgeschäft“	108

IV. RESÜMEE

8	Siemens und die Sowjetunion nach dem Ersten Weltkrieg	111
8.1	Einbindung der Ergebnisse in die Forschungsdiskussion	111
8.2	Perspektiven	112

Anhang:

Anhang A: Abkürzungsverzeichnis	114
Anhang B: Literaturverzeichnis	115
Anhang C: Quellenverzeichnis	121
Anhang D: Schaubilder	127
Anhang E: Tabellen	130
Anhang F: Quellenauszüge	136

Vorwort

Die Idee zur vorliegenden Arbeit entstand während eines Praktikums im Firmenarchiv der Siemens AG im Jahr 2001. Aus dem Ansatz, die Unternehmensgeschichte im Rahmen der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg zu untersuchen, wurde in intensiven Diskussionen mit Herrn Dr. Rainer Lindner die Fragestellung erarbeitet und eingegrenzt. Mein besonderer Dank geht deshalb an Herrn Lindner, der die vorliegende Arbeit in allen ihren Entwicklungsphasen hervorragend betreut hat. Gedankt sei ebenfalls Herrn Dr. Frank Wittendorfer, Leiter des Firmenarchivs der Siemens AG, Herrn Christoph Frank, Bildarchiv, sowie Herrn Herbert Böhner, Besucherdienste, für ihre großartige Unterstützung. Herr Wittendorfer war in allen Fragen zur Unternehmensgeschichte ein wertvoller Ansprechpartner. Ebenfalls möchte ich mich bei allen Verwandten und Freunden, die diese Arbeit erst ermöglicht haben, sehr herzlich bedanken.

Der Begriff „Sowjetunion“ trifft nicht für den gesamten hier betrachteten Zeitraum zu. Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) wurde Anfang des Jahres 1918 ausgerufen. Am 30. Dezember 1922 erfolgte die Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), deren Verfassung am 31. Januar 1924 ratifiziert wurde. In Anlehnung an Hildermeier (Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Aufstieg und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998.) werden im Folgenden die Bezeichnungen „Sowjetrussland“ oder „RSFSR“ verwendet, wenn ein inhaltlicher Bezug zum Zeitraum bis 1922 gegeben ist. Für den Zeitraum nach 1922 sowie zur Beschreibung des Gesamtzeitraums wird der Begriff „Sowjetunion“ beibehalten. Das Adjektiv „sowjetisch“ wird, sofern nicht anders erläutert, für den gesamten Zeitraum verwendet. Ebenfalls lehnt sich die Schreibweise russischer Begriffe und Namen an Hildermeier an. Im Deutschen übliche Namen und Begriffe wie Lenin oder Bolschewiki werden in dieser Fassung ohne Umschrift wiedergegeben. Bis zur Kalenderumstellung am 1. Februar 1918 werden alle in Russland datierten Angaben nach dem julianischen Kalender zitiert. Für die Folgezeit wird die Datierung des gregorianischen Kalenders verwendet.

Konstanz, Juni 2004

I. UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND UND GRUNDLAGEN

1 Untersuchungsgegenstand

1.1 Einleitung

Am 11. April 2003 beging die Firma Siemens AG in St. Petersburg die Feierlichkeiten zum 150-jährigen Jubiläum des Unternehmens in Russland. Im Beisein von Bundeskanzler Schröder und Präsident Putin verwies der Aufsichtsratsvorsitzende Heinrich von Pierer in seiner Festrede zunächst auf die lange Firmentradition in Russland. Er berichtete über die schwierigen Anfänge des Unternehmensgeschäfts im Jahr 1853, das bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs jedoch erfolgreich aufgebaut werden konnte.¹ Gerhard Schröder griff diesen Rückblick in die Firmengeschichte auf. Anhand mehrerer Projekte, wie der elektrischen Beleuchtung des Winterpalais in St. Petersburg zunächst Ende des 19. Jahrhunderts sowie dann erneut in den 1990er Jahren, sei die kontinuierliche Tätigkeit von Siemens in Russland erkennbar.² Beide Redner gingen nach diesem kurzen historischen Rückblick zu den aktuellen Herausforderungen des Unternehmens auf dem russischen Markt über.

Den dazwischen liegenden Zeitraum vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zu den 1990er Jahren erwähnte Heinrich von Pierer nur am Rand: „In den Jahrzehnten nach der Oktoberrevolution konnten wir dieses hohe Niveau nicht halten. Wir mussten uns auf Exporte von Deutschland aus beschränken.“ Auch Bundeskanzler Schröder übergang die Sowjetunion und setzte seine Rede mit der Eröffnung eines Siemens-Büros in St. Petersburg im Jahr 1991 fort. Beide Redner sprachen somit von einer kontinuierlichen Tätigkeit der Firma Siemens in Russland ohne Berücksichtigung der über 70 Jahre andauernden Sowjetzeit.

Dagegen ist jedoch einzuwenden, dass dieser Zeitabschnitt durchaus keinen Kontinuitätsbruch in der Unternehmensgeschichte darstellte. Vielmehr knüpfte Siemens

¹ Aus der Rede Heinrich von Pierers am 11. April 2003 in Sankt Petersburg, http://www.siemens.com/page/1,3771,1084330-0-999_0_0-0,00.html, Stand 16. Juni 2004.

² Aus der Rede Gerhard Schröders am 11. April 2003 in Sankt Petersburg, <http://www.bundeskanzler.de/Reden-.7715.479248http://www.bundeskanzler.de/Reden-.7715.479248>, Stand 16. Juni 2004.

auch nach der Oktoberrevolution im Jahr 1917 an die Firmentradition an und entwickelte nach dem Ersten Weltkrieg Geschäftsbeziehungen mit Sowjetrußland. In der vorliegenden Arbeit wird somit zum einen ein Abschnitt der 150-jährigen Geschäftstradition des Unternehmens in Rußland untersucht. Zum anderen ist dieser Aspekt der Unternehmensgeschichte in wissenschaftlicher Hinsicht von Interesse. Die Geschäftspolitik von Siemens gegenüber Sowjetrußland ist im Zusammenhang mit den deutsch-sowjetischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg zu sehen. Perrey beurteilt die Relevanz dieser Beziehungen wie folgt: „Die Tatsache, daß der Osthandel sich zwischen zwei völlig verschiedenen Staats-, Rechts- und Wirtschaftssystemen vollzieht, hat schließlich diesen Wirtschaftsbeziehungen ihre besondere, eigene Dimension verliehen.“³

1.2 Forschungsstand

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg sind Gegenstand einer intensiv geführten wissenschaftlichen Diskussion.⁴ In allen hier untersuchten Arbeiten wird angenommen, dass die Voraussetzungen des internationalen Staatensystems der Nachkriegszeit die Aufnahme politischer Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion begünstigten. Ebenfalls diskutiert wird in der Forschung die wirtschaftliche Komponente in den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Aus den bisherigen wissenschaftlichen Ergebnissen geht hervor, dass die deutsche Wirtschaft von der Aufnahme der sowjetischen Außenwirtschaftsbeziehungen profitieren konnte. Die Interpretationen dieser Feststellung variieren jedoch. Es lassen sich in der untersuchten Literatur zwei konträre Forschungspositionen ausmachen.⁵

³ Perrey, Hans-Jürgen: Der Rußlandausschuß der Deutschen Wirtschaft: die deutsch- sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit, ein Beitrag zur Geschichte des Ost-West-Handels, München 1985, hier: S. 4.

⁴ Für die vorliegende Studie wurde vornehmlich nicht-marxistische Literatur verwendet. Zur marxistischen Forschung über die deutsch-sowjetischen Beziehungen vgl. die Forschungskritik bei Müller, Rolf-Dieter: Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard 1984, hier: S. 10.

⁵ Nicht alle Autoren lassen sich auf die beiden Positionen reduzieren. Aus der untersuchten Literatur ergab sich jedoch ein Bild der Forschungskontroverse, das die Einteilung der Diskussion in zwei gegensätzliche Standpunkte rechtfertigte.

Primat des Politischen

Eine Forschungsposition sieht die deutsch-sowjetischen Beziehungen vornehmlich unter politischen Gesichtspunkten. Nach Autoren wie Perrey, Spaulding, Mick oder Rosenbaum bildeten wirtschaftliche Interessen einen untergeordneten Bereich in den bilateralen Beziehungen.⁶ Laut Rosenbaum dienten die Wirtschaftsabkommen im Wesentlichen der Stärkung und Absicherung sicherheitspolitischer Strategien:

„The structure (des Vertrags von Berlin, der Verf.), based on the cornerstone of Rapallo, gave Germany maximum possibilities for diplomatic manoeuvre. Her close relationships with Russia contained the tangible threat which forced the Western powers into one concession after another.”⁷

Vergleichbare strategische Zielsetzungen trafen ebenfalls für die sowjetische Außenpolitik zu.

Auch nach Perrey gab es für das Deutsche Reich „primär keine wirtschaftlichen Gründe, das Bündnis mit Sowjetrußland zu suchen.“⁸ Im Vergleich dazu entwickelte der Handel mit den westlichen Industrieländern eine wichtigere Bedeutung für die deutsche Wirtschaft. „By 1925 industrialists had largely given up on the prospect of greatly expanded trade with the Soviets in the immediate future.”⁹ Die Förderung der Beziehungen zur Sowjetunion bildete zwar einen Schwerpunkt der deutschen Außenpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. In wirtschaftlicher Hinsicht hatte jedoch die Integration in die Weltwirtschaft Vorrang.

Die sowjetische Wirtschaft konnte in größerem Maße von den Wirtschaftsbeziehungen mit dem Deutschen Reich profitieren. Innerhalb der sowjetischen Wirtschaftsplanung war der Außenhandel eine wichtige Voraussetzung für die industrielle Entwicklung des Landes. Allerdings reichte das Handelsvolumen nicht für die Erfüllung der Planziele aus. Die Forschung sieht darin eine Ursache für den wirtschaftspolitischen Kurswandel Stalins Ende der 1920er Jahre. Aufgrund der unzureichenden Ergebnisse der

⁶ Perrey: Rußlandausschuß, S. 21; Spaulding, Robert: Osthandel and Ostpolitik. German foreign trade policies in Eastern Europe from Bismarck to Adenauer, Oxford 1997; Mick, Christoph: Sowjetische Propaganda, Fünfjahrplan und deutsche Russland-Politik 1928-1932, Stuttgart 1992; Rosenbaum, Kurt: Community of fate: German-Soviet diplomatic relations 1922 – 1928, Syracuse, N.Y. 1965.

⁷ Rosenbaum: Community, S. 281.

⁸ Perrey: Rußlandausschuß, S. 22.

⁹ Spaulding: Osthandel, S. 179.

Außenwirtschaftsbeziehungen sollte der industrielle Aufbau der Sowjetunion durch den ersten Fünfjahresplan vielmehr aus eigener Kraft verwirklicht werden.

Mit den Worten Spauldings lässt sich diese Interpretation der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen daher wie folgt zusammenfassen:

„Although the economic results of the agreements struck between the Reich and the Soviets from 1921 to 1926 were almost negligible, these agreements remained invaluable diplomatic tools. Trade agreements preceded and greatly facilitated the conclusion of Germany's two major political understandings with the Soviets – the treaties of Rapallo and Berlin.“¹⁰

Das Gewicht der Wirtschaft innerhalb der deutsch-sowjetischen Beziehungen wird von dieser Forschungsposition somit als sehr gering eingestuft. Die Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion nach dem Ersten Weltkrieg diene primär der Verwirklichung politischer Ziele.

Primat der Wirtschaft

Im Gegensatz zur ersten Forschungsposition messen Historiker wie Müller, Beitel/Nötzold, Fischer, Gordon Mueller und Strandmann den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen eine wichtige Bedeutung bei.¹¹ Sie begründen ihre Position zum einen durch die intensiven deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen aus der Vorkriegszeit. Autoren wie Ehrl und Beitel/Nötzold sprechen von der Vorstellung „sich ergänzender Volkswirtschaften“ in der Wahrnehmung deutscher Industrieller.¹² Die lange Geschäftstradition deutscher Unternehmen war somit eine wichtige Voraussetzung für die Wiederaufnahme der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in der Nachkriegszeit.

¹⁰ Spaulding: Osthandel, S. 193.

¹¹ Beitel, Werner und Jürgen Nötzold: Deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen in der Zeit der Weimarer Republik: eine Bilanz im Hinblick auf gegenwärtige Probleme, Baden-Baden 1979; Strandmann, Hartmut Pogge von: Großindustrie und Rapallopolitik. Deutsch-sowjetische Handelsbeziehungen in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 222 (1976), S. 265-341; Müller: Weltmacht, S. 13 ff.; Fischer, Fritz: Bündnis der Eliten: zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871 - 1945, Düsseldorf 1979; Mueller, Gordon: The road to Rapallo: Germany's relations with Russia, 1919-1922, Ann Arbor, Mich. 1981.

¹² Ehrl, Richard: Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland bzw. der Sowjetunion und Deutschland von der Jahrhundertwende bis 1941, Weiden 1993, hier: S. 13, Beitel/Nötzold: Wirtschaftsbeziehungen, S. 51.

Zum anderen postuliert diese Forschungsposition eine kontinuierliche Fortsetzung der expansionistischen Kriegszielpolitik des Deutschen Reichs in der Nachkriegszeit. Die revisionistische Großmachtspolitik nach dem Ersten Weltkrieg griff demnach auf Außenwirtschaftsstrategien der Kriegszeit zurück. So sah das Mitteleuropa-Konzept die Errichtung eines kontinentalen Wirtschaftsgrößraums unter deutscher Dominanz vor.¹³ Im Vertrag von Brest-Litovsk wurden die wirtschaftspolitischen Implikationen des Mitteleuropa-Konzepts für Osteuropa weitgehend umgesetzt. Nach Ansicht der oben genannten Autoren übte die Vorstellung, dass der Aufstieg des Deutschen Reichs zur Großmacht nur durch eine wirtschaftsimperialistische Orientierung nach Osteuropa möglich war, auch nach dem Krieg einen prägenden Einfluss auf die deutsche Außenpolitik aus. Die deutschen Eliten, auch unter Einbindung führender Industrieller, strebten nach einer Fortführung der wirtschaftsgeographischen Großraumpolitik in der Tradition von Brest-Litovsk. Laut Strandmann haben „die Vorstellungen von Russland als industriellem Vasallen Deutschlands (...) noch eine geraume Zeit nach 1918 weiter bestanden.“¹⁴

Auch Müller spricht von einer Kontinuität des „deutschen Drangs nach Osten“ in der Weimarer Außenpolitik und einem „geplanten massiven Vorstoß der dt. Wirtschaft auf den russischen Markt.“¹⁵ Diese Außenwirtschaftskonzeption stand in der Tradition der kaiserlichen Kriegszielpolitik: „Sowohl aktuelle als auch langfristige wirtschaftliche Interessen, mit denen vielfach weitreichende machtpolitische Kombinationen verbunden worden waren, hatten die Besinnung auf eine modifizierte Fortsetzung der Brest-Litovsk-Politik gefördert.“¹⁶ Der Außenhandel mit der Sowjetunion war demnach ein wichtiges Instrument der revisionistischen deutschen Großmachtpolitik:

„Die Analyse wirtschaftspolitischer Zielsetzungen deutscher Führungseliten gegenüber der Sowjetunion hat ein Maß an Kontinuität aufgezeigt, das die Geschichte des Deutschen Reiches vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg nachhaltig beeinflusst hat. So gesehen können Brest-Litovsk, Rapallo und Hitler-Stalin-Pakt als Kulminationspunkte einer Ost-Option gelten.“¹⁷

¹³ Zum Mitteleuropa-Konzept sowie dem Konzept des „deutschen Drangs nach Osten“ vgl. Schultz, Hans-Dietrich: Deutschlands „natürliche“ Grenzen. „Mittellage“ und „Mitteleuropa“ in der Diskussion der Geographen seit dem Beginn des 19. Jahrhundert, in: *Geschichte und Gesellschaft* 15 (1989), S. 258-281.

¹⁴ Strandmann: *Rapallopolitik*, S. 280.

¹⁵ Müller: *Weltmacht*, S. 45, 55.

¹⁶ Ebd., S. 26 f.

¹⁷ Ebd., S. 342 f.

Gordon Mueller betont die enge Zusammenarbeit zwischen dem Reichswehrchef Hans von Seeckt und zentralen Führungspersonlichkeiten der deutschen Wirtschaft. Dieser „militärisch-industrielle“ Komplex forderte eine Intensivierung der deutschen Ostpolitik: „In the years from Versailles to Rapallo, military and industrial leaders looked to Soviet Russia as a potentially powerful and useful ally.“¹⁸

Auch die sowjetische Regierung zeigte nach dieser Interpretation ein großes Interesse am Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen mit dem Deutschen Reich. Seit dem Beginn der Neuen Ökonomischen Politik (*Novaja ekonomičeskaja politika*, NĖP) „kam die innere Entwicklung Sowjetrußlands dem deutschen Drang nach einem politisch-ökonomischen Engagement im Osten entgegen.“¹⁹ Die sowjetische Wirtschaft benötigte die Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen und bildete somit einen potentiellen Absatzmarkt für die deutsche Industrie. Aufgrund der internationalen politischen Rahmenbedingungen nach dem Ersten Weltkrieg war für die sowjetische Regierung die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen ein wichtiges Ziel. Strandmann erklärt dazu:

„Hinsichtlich der (deutschen und sowjetischen, der Verf.) Außenpolitik kann festgehalten werden, daß sie entscheidend von den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen beeinflusst worden ist. Ohne den wirtschaftlichen und militärischen Faktor war das deutsch-sowjetische Verhältnis eigentlich gar nicht denkbar. (...) Die außenpolitische Sonderstellung beider Länder im internationalen System nach 1919 mag ausgereicht haben, um das Bild einer Schicksalsgemeinschaft entstehen zu lassen, aber dieses Verhältnis schien mehr von einer Art „Wirtschaftsräson“ beherrscht zu sein.“²⁰

Kern dieser zweiten Forschungsposition ist das Argument, dass die Wirtschaftsbeziehungen das deutsch-sowjetische Verhältnis nach dem Ersten Weltkrieg prägten. Die Vertreter der deutschen Industrie waren demnach maßgeblich an der Fortführung einer wirtschaftlichen Großraumpolitik in der Kontinuität der kaiserlichen Kriegszielpolitik interessiert.

¹⁸ Mueller: Rapallo, S. 440. Die Begriffe „Osthandel“, „Ostpolitik“ und „Ostoption“ finden sich in der der Forschungsliteratur auch bei Spaulding und werden im Folgenden übernommen.

¹⁹ Müller: Weltmacht, S. 45.

²⁰ Strandmann: Rapallopolitik, S. 338.

Kritik an beiden Forschungspositionen

Beide Forschungspositionen stützen ihre Aussagen allerdings nicht durch entsprechende Quellenstudien. Es gibt keine grundlegende Untersuchung zur Strategie eines deutschen Unternehmens bezüglich des Geschäfts mit der Sowjetunion.²¹ So geht Bellers nicht auf Unternehmensstrategien ein, sondern beschränkt sich im Wesentlichen auf die Parteien als Vermittler wirtschaftlicher Interessen innerhalb des politischen Systems. Müller, Beitel/Nötzold und Gordon Mueller beziehen sich in ihren Studien auf die deutsche Industrie in ihrer Gesamtheit. Sie verwenden in ihren Studien fast ausschließlich Quellen aus der Wirtschafts- und Außenpolitik und kaum aus Unternehmen bzw. deren Interessenverbänden. Gerade in Fragen des Außenhandels divergierten allerdings die Positionen der verschiedenen Branchen zum Teil erheblich. Schulz formuliert hierzu: „Die deutsche Wirtschaft war in der Frage der außenwirtschaftlichen Orientierung polarisiert.“²² Beispielsweise hatte die Schwerindustrie, welche in der Forschung häufig als Referenz herangezogen wird, andere strategische Interessen als die Agrarwirtschaft oder die Elektroindustrie. Die deutsche Industrie kann somit nicht als ein einheitlicher Akteur in den deutsch-sowjetischen Beziehungen betrachtet werden.

Mehrere Studien verweisen auf den hohen Stellenwert der Elektroindustrie in den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen, ohne diese Aussage durch Quellenstudien zu belegen.²³ Zwar verwendet Strandmann Akten unterschiedlicher Unternehmen, seine Aussagen sind jedoch in mehrer Hinsicht problematisch.²⁴ Strandmann postuliert zunächst eine Kontinuität der deutschen Wirtschaftsinteressen gegenüber Russland:

„Es wird erörtert, daß in den Augen deutscher Großindustrieller die Wiederbelebung des Russlandgeschäfts eine vordringliche Aufgabe war. (...) Ein Ziel der Industriellengruppe war, über den Handel die Kontinuität der Wirtschaftsbeziehungen wieder herzustellen.“²⁵

²¹ Eine Ausnahme bildet die Schwer- und Rüstungsindustrie, über die mehrere Studien vorliegen. Stinnes und Krupp sind bei Gordon Mueller, die Salzgitter AG bei Müller Rolf-Dieter Müller, thematisiert.

²² Schulz, Matthias: Deutschland, der Völkerbund und die Frage der europäischen Wirtschaftsordnung 1925-1933, Hamburg 1997, hier: S. 60; vgl. auch Bellers, Jürgen: Außenwirtschaftspolitik und politisches System der Weimarer Republik, Münster 1988, hier: S. 194, 238.

²³ So bei Linke, Horst: Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo, Köln 1970, hier: S. 167 ff.; Spaulding: Osthhandel, S. 178; Müller: Weltmacht, S. 25.

²⁴ Strandmann untersuchte die Gutehoffnungshütte und Krupp aus der Schwerindustrie, sowie die AEG, Siemens und Felten & Guillaume aus der Elektroindustrie. Strandmann: Rapallopolitik, S. 271.

²⁵ Strandmann: Rapallopolitik, S. 268.

Deshalb dienen Auswahl und Interpretation der zitierten Quellen zum einen vordringlich dem Zweck, die Kontinuitätsthese zu stützen. Zum zweiten werden von Strandmann mehrere Firmen betrachtet und in den Kontext des Aufsatzes integriert. Daraus ergibt sich zwar die Möglichkeit, die Geschäftsstrategien von Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen zu vergleichen. Strandmann kann jedoch für keine der untersuchten Firmen ein fundiertes Bild ihrer Unternehmenspolitik liefern. Der dritte Kritikpunkt betrifft die Zugänglichkeit von Quellen der Firma Siemens. Strandmanns Studie aus dem Jahr 1976 beschränkt sich auf den für ihn zugänglichen Aktenbestand im Archiv des Unternehmens, das jedoch seit den 1990er Jahren durch weitere Bestände aus den Archiven Mittel- und Osteuropas erweitert wurde. Seine Arbeit basiert somit auf einer begrenzten Auswahl von Quellen, welche zudem einseitig ausgewählt sind und ausschließlich innerhalb der Kontinuitätsthese interpretiert werden. Strandmann liefert keine genauen Ergebnisse zur Unternehmenspolitik von Siemens gegenüber der Sowjetunion.

Dieses Forschungsdefizit wird auch von mehreren Autoren kritisiert.²⁶ Beide oben dargestellten wissenschaftlichen Positionen sind somit vorsichtig zu beurteilen. Generalisierbare Aussagen über die Interessen deutscher Unternehmen innerhalb der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg sind nicht möglich.

²⁶ Zur Kritik an der Forschung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg vgl. Müller: Weltmacht, S. 6-11; Perrey: Rußlandauschuß, S. 12. Mick: Propaganda, S. 25-27; Bellers: Außenwirtschaftspolitik, S. 10-11.

1.3 Fragestellung

Aus der Kritik an der wissenschaftlichen Diskussion wird nun die Fragestellung für die vorliegende Studie entwickelt. Das Thema der Arbeit ist zunächst in die bisherigen Ergebnisse der Forschung einzuordnen. Anhand der Forschungsliteratur werden die Grundlagen und strukturellen Rahmenbedingungen für das „Russlandgeschäft“ der Firma Siemens nach dem Ersten Weltkrieg erläutert.²⁷

In der Wissenschaft wird auf die Auswirkungen der intensiven deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen vor dem Ersten Weltkrieg verwiesen. Demnach hatten die wirtschaftlichen Interessen deutscher Unternehmen in Russland einen maßgeblichen Einfluss auf die deutsche Kriegszielpolitik sowie die Wiederaufnahme der deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Nachkriegszeit. Somit geht die vorliegende Studie zunächst von einer Betrachtung des Unternehmensgeschäfts von Siemens in Russland bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs aus.

Die Wiederaufnahme des Unternehmensgeschäfts in der Nachkriegszeit war von der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen abhängig. In der Forschung wird argumentiert, dass die internationalen Rahmenbedingungen nach dem Ersten Weltkrieg die Aufnahme bilateraler Beziehungen begünstigten.²⁸ Die deutsche und die sowjetische Außenpolitik beruhten somit auf Interessen, die sich aus der jeweiligen Interpretation der internationalen politischen Lage ergaben. Anhand der Forschungsergebnisse werden die Voraussetzungen für die Aufnahme deutsch-sowjetischer Beziehungen sowie deren Umsetzung auf politischer Ebene dargestellt.

²⁷ „Russlandgeschäft“ war die unternehmensinterne Bezeichnung von Siemens für das Geschäft mit Sowjetrußland. Der Begriff wird deshalb auch in der vorliegenden Arbeit übernommen.

²⁸ So entwickelt Bellers ein Modell zu den Einflussfaktoren auf das Außenwirtschaftsinteresse eines Unternehmens. Die einzelnen Faktoren sind: internationales System, Weltwirtschaft, Wirtschaft des Partnerstaates, gesamtwirtschaftliche und einzelbetriebliche Entwicklungen. Eine Grundannahme der vorliegenden Arbeit, der Einfluss struktureller Rahmenbedingungen auf das Unternehmensgeschäft von Siemens, beruht auf diesem Ansatz. Bellers: Außenwirtschaftspolitik, S. 1-9. Auch Fischer beschreibt die „weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen“ der Zwischenkriegszeit. Fischer, Wolfram: Die Weimarer Republik unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen der Zwischenkriegszeit, in: Mommsen, Hans/Petzina, Dietmar/Bernd Weisbrod (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.-17. Juni 1973, Düsseldorf 1974, S. 26-49, hier: S. 26.

Innerhalb dieses politischen Rahmens wurden die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen umgesetzt. Die Außenwirtschaftskonzeptionen beider Länder waren an die Bedingungen des Weltwirtschaftssystems gebunden. Aus den Anforderungen der deutschen und der sowjetischen Volkswirtschaft ergaben sich wiederum die Inhalte und Ziele der jeweiligen Außenwirtschaftsstrategie. Die Interessen der deutschen und der sowjetischen Wirtschaftspolitik bildeten die Voraussetzung für die Aufnahme bilateraler Handelsbeziehungen.

Ebenfalls ist der Stellenwert der Elektroindustrie innerhalb der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu erläutern. Mehrere Studien verweisen auf die Strategie der sowjetischen Wirtschaftsplanung sowie die Auswirkungen des Elektrifizierungsprogramms auf die Außenwirtschaftspolitik. Für das Deutsche Reich bilden die Untersuchungen von Feldenkirchen zur Unternehmenspolitik von Siemens in der Nachkriegszeit die Grundlage dieses Abschnitts.²⁹ Aus den wirtschaftspolitischen Voraussetzungen ergibt sich der strukturelle Rahmen, der die Aufnahme von Geschäftsbeziehungen zwischen Siemens und Sowjetrußland nach dem Ersten Weltkrieg ermöglichte.

Die Unternehmensstrategie von Siemens wird anhand von Quellen aus dem Firmenarchiv untersucht, die teilweise erstmals in einer wissenschaftlichen Studie ausgewertet werden. Das Unternehmen eignet sich aus mehreren Gründen für eine Fallstudie zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen. So war Siemens vor und nach dem Ersten Weltkrieg das größte deutsche elektrotechnische Unternehmen. Ebenfalls erwirtschaftete das Unternehmen in der Vorkriegszeit einen erheblichen Anteil seines Gesamtumsatzes im Ausland und war in Russland Marktführer auf allen elektrotechnischen Anwendungsgebieten. Gemeinsam mit der AEG dominierte Siemens die deutsche Elektroindustrie. Beide Unternehmen können somit als repräsentativ für die Interessen der Elektroindustrie innerhalb der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg angesehen werden.³⁰ Es werden in der empirischen Untersuchung nicht nur unternehmensinterne, sondern auch externe Dokumente verwendet, wie zum Beispiel Briefe sowjetischer Repräsentanten an das Unternehmen. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit, Aussagen sowohl bezüglich der

²⁹ Feldenkirchen, Wilfried: Siemens 1918-1945, München 1995; Feldenkirchen, Wilfried: Siemens: Von der Werkstatt zum Weltunternehmen, München 2003.

³⁰ Das Firmenarchiv der AEG wurde im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstört. Aufgrund der wenigen erhaltenen Aktenbestände sind Studien zur AEG nur begrenzt möglich.

Unternehmensstrategie von Siemens als auch bezüglich der Interessen der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung zu treffen.

Der Untersuchungszeitraum der Arbeit erstreckt sich von der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs bis zur Mitte der 1920er Jahre. Ein Exkurs in das „Russlandgeschäft“ von Siemens in der Vorkriegszeit erläutert die Grundlagen der Unternehmensstrategie bis zum Jahr 1914 und während des Kriegs. Es ist allerdings nicht sinnvoll, das Ende des Ersten Weltkriegs als starren Kontinuitätsbruch der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu betrachten. Vielmehr ist aus der Forschung abzuleiten, dass die deutsche und die sowjetische Außenwirtschaftspolitik auf Konzeptionen beruhten, die zum Teil bereits während der Kriegszeit entwickelt worden waren. In der vorliegenden Studie wird deshalb auf die prozessuale Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen seit der Oktoberrevolution im Jahr 1917 eingegangen. In der Forschungsliteratur wird auf bestimmte Entwicklungsphasen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses sowie der internationalen Beziehungen beider Länder verwiesen. Seit Anfang der 1920er Jahre stabilisierten sowohl das Deutsche Reich als auch die Sowjetunion ihre Stellung im internationalen Staatensystem. Diese Normalisierung wirkte sich auch auf die bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen aus. In der wissenschaftlichen Diskussion wird angenommen, dass in diesem Zeitraum ein politischer Rahmen etabliert wurde, der die außenwirtschaftlichen Interessen des Deutschen Reichs und der Sowjetunion bis zum Ende der 1920er Jahre prägte. Der Berliner Vertrag aus dem Jahr 1926 gilt in der Forschung als vorläufiger Abschluss dieses Entwicklungsprozesses und schließt somit den Untersuchungszeitraum ab.

Das Ziel der vorliegenden Studie wird somit durch die wissenschaftliche Diskussion sowie durch die Untersuchung der unternehmensinternen Quellen vorgegeben. Zum einen soll die Arbeit einen Beitrag zur Unternehmensgeschichte von Siemens leisten und die Wiederaufnahme des „Russlandgeschäfts“ nach dem Ersten Weltkrieg darstellen. Zum anderen wird die Unternehmensstrategie von Siemens im „Russlandgeschäft“ in den strukturellen Rahmen der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg eingeordnet. Verschiedene Autoren verweisen auf den hohen Stellenwert des Außenhandels mit der Sowjetunion für die deutsche Industrie. In der vorliegenden Arbeit ist am Beispiel Siemens zu zeigen, welche strukturellen Faktoren die Unternehmenspolitik beeinflussten.

Die Ergebnisse dieser Analyse werden am Schluss der Arbeit in die Forschungsdiskussion zurückgeführt. Mehrere Kontroversen prägen die wissenschaftliche Diskussion um die deutsch-sowjetischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. So ist die Kontinuität der deutschen Kriegszielpolitik von Brest-Litovsk in der Nachkriegszeit oder die Auswirkung des Außenhandels auf die sowjetische Wirtschaftsplanung in der Wissenschaft umstritten.³¹ Im Rahmen der vorliegenden Arbeit kann kein Beitrag zu diesen Diskussionen geleistet werden. Allerdings ist ein Bezug der Studie auf die oben skizzierte Forschungskontroverse möglich. Die erste Forschungsposition postuliert den Primat der Politik in den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Die zweite Forschungsposition vertritt hingegen die Auffassung, dass wirtschaftliche Interessen die deutsch-sowjetischen Beziehungen prägten. Anhand der Untersuchungsergebnisse wird die Unternehmensstrategie von Siemens in die Diskussion um die Bedeutung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen im Zeitraum von 1917 bis 1926 einbezogen.

1.4 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit ist in vier Teile gegliedert: Teil I „Untersuchungsgegenstand und Grundlagen“, Teil II „Struktureller Rahmen nach dem Ersten Weltkrieg“, Teil III „Das „Russlandgeschäft“ von Siemens“ und Teil IV „Resümee“. Diese vier Teile sind insgesamt acht Kapitel untergliedert, die fortlaufend durchnummeriert werden. Am Ende jedes Kapitels werden die jeweiligen Zwischenergebnisse kurz zusammengefasst.

In Teil I „Untersuchungsgegenstand und Grundlagen“ wird anschließend an Kapitel 1 in Kapitel 2 die Unternehmensgeschichte von Siemens bis zum Ersten Weltkrieg dargestellt. Schwerpunkte bilden hier die internationale Ausrichtung des Unternehmens sowie der Stellenwert des „Russlandgeschäfts“ in der Vorkriegszeit. Dieser Rückblick auf die Unternehmensgeschichte soll die Grundlagen für die Aufnahme des Russlandgeschäfts in der Nachkriegszeit verdeutlichen.

Der Teil II „Struktureller Rahmen nach dem Ersten Weltkrieg“ ist in drei Kapitel gegliedert. Zunächst wird in Kapitel 3 der politische Rahmen der deutsch-sowjetischen Beziehungen umrissen. Den Hintergrund bildeten die Verhandlungen von Brest-Litovsk sowie die Auswirkungen des Kriegs auf die internationalen Beziehungen der

³¹ Auf die entsprechende Literatur wird später verwiesen.

Nachkriegszeit. Davon ausgehend werden die außenpolitischen Interessen des Deutschen Reichs und der Sowjetunion erläutert. Die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen beruhte auf diesen politischen Voraussetzungen. Die Darstellung in Kapitel 4 bezieht sich auf die wirtschaftlichen Strategien des Deutschen Reichs und der Sowjetunion. Die ökonomischen Interessen beider Länder wirkten sich – so die Annahme - auf die Außenwirtschaftskonzeptionen aus und führten zur Aufnahme der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen. In Kapitel 5 wird die Entwicklung der sowjetischen Elektroindustrie nach dem Ersten Weltkrieg dargestellt. Ebenfalls soll die Entwicklung der deutschen Elektroindustrie nach dem Ersten Weltkrieg erläutert werden. Aus der Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Ebene der deutsch-sowjetischen Beziehungen sowie der Entwicklung der Elektroindustrie in beiden Ländern ergibt sich der strukturelle Rahmen für das „Russlandgeschäft“ von Siemens in der Nachkriegszeit.

Ausgehend von diesen strukturellen Rahmenbedingungen werden im Teil III „Das „Russlandgeschäft“ von Siemens“ die Quellen aus dem Unternehmensarchiv untersucht. Die zeitliche Eingrenzung ergibt sich aus den oben dargelegten Forschungsergebnissen. In Kapitel 6 wird der chronologische Verlauf der Geschäftsaufnahme in den Jahren von 1917 bis 1926 beschrieben. Auf Grundlage der Quellen soll in Kapitel 7 das „Russlandgeschäft“ von Siemens in den strukturellen Rahmen eingeordnet werden. Aus den Vorgaben des sowjetischen Elektrifizierungsprogramms ergab sich der Rahmen für Siemens, am Geschäft mit der Sowjetunion zu partizipieren. Der Verlauf des Geschäfts wird schließlich in den wirtschaftspolitischen Rahmen der deutsch-sowjetischen Beziehungen integriert. Es wird überprüft, welche Faktoren die Unternehmensstrategie von Siemens im „Russlandgeschäft“ beeinflussten.

In Teil IV „Resümee“ wird in Kapitel 8 das Ergebnis der Untersuchung in Bezug zur Forschungsdiskussion gesetzt. Durch die Analyse der Unternehmensstrategie von Siemens im „Russlandgeschäft“ soll ein Beitrag zur oben skizzierten wissenschaftlichen Kontroverse geliefert werden.

2 Siemens in Russland vor dem Ersten Weltkrieg

2.1 Unternehmensgeschichte von Siemens bis 1914

In den 1830er Jahren setzte in Preußen mit dem Wachstum der Schwerindustrie die erste Phase der Industrialisierung ein.³² Im Vergleich zu England, wo die Frühindustrialisierung bereits einige Jahrzehnte eher begonnen hatte, blieb die Entwicklung in den deutschen Staaten jedoch zunächst zurück. Erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts konnte Deutschland zu den bis dahin führenden Industriestaaten England und Frankreich aufschließen. In diesen Zeitraum fiel auch der Beginn der zweiten Industrialisierungsphase, die vor allem durch die elektrotechnische und chemische Industrie geprägt wurde. An der technischen Entwicklung in beiden Industriezweigen waren maßgeblich deutsche Unternehmen beteiligt, die damit die Basis für ihre später international führende Stellung legten.

Im Jahr 1847 wurde die Telegraphen-Bau-Anstalt von Siemens & Halske (S&H) in Berlin von Werner Siemens und Johann Georg Halske gegründet. In den ersten Jahren nach der Firmengründung bildeten die Aufträge des preußischen Staates im Bereich der Nachrichtentechnik die wirtschaftliche Basis des Unternehmens.³³ Aufgrund der engen Verbindung mit der preußischen Telegraphenkommission erhielt S&H mehrere große Aufträge zum Aufbau des preußischen Telegraphennetzes. Differenzen über die Arbeitsqualität hatten jedoch zur Folge, dass S&H im Jahr 1851 alle Staatsaufträge entzogen wurden. Ein Schwerpunkt der Unternehmensstrategie lag seitdem in der Erschließung ausländischer Märkte, insbesondere des englischen und des russischen Markts. Diese frühe internationale Orientierung von S&H hatte einen maßgeblichen Einfluss auf das Wachstum des Unternehmens; technologische Entwicklungen von Werner Siemens erweiterten zusätzlich die Geschäftsbasis. Im Jahr 1866 meldete Siemens das Patent für den elektrischen Dynamo an. Daraus entstanden die Anwendungsgebiete der

³² Zur deutschen Industrialisierung vgl. Lenger, Friedrich: Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung 1849-1870er Jahre (Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 15), Stuttgart 2003.

³³ Siemens, Werner von: Lebenserinnerungen, Berlin 1897, hier: S. 45. Zu den Beziehungen von Siemens mit der staatlichen Verwaltung vgl. Peschke, Hans-Peter von: Elektroindustrie und Staatsverwaltung am Beispiel Siemens 1847-1914, Frankfurt 1981.

Starkstromtechnik, die bald eine größere Bedeutung für das Unternehmensgeschäft erreichten als die bisher dominierende Schwachstromtechnik.³⁴

Seit den 1870er Jahren erhielt S&H Konkurrenz durch andere elektrotechnische Firmen.³⁵ Ein Wettbewerber auf dem Gebiet der Starkstromtechnik war die 1873 in Nürnberg gegründete Firma Schuckert & Co., die sich auf die Produktion und Installation von Dynamoanlagen spezialisierte. Die Schuckert & Co. ging im Jahr 1893 in der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert & Co. (EAG) auf. Größter Konkurrent für S&H war jedoch die 1883 von Emil Rathenau gegründete Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Electricität (DEG), die 1887 in Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) umbenannt wurde. Die AEG bearbeitete wie Siemens alle Bereiche der Elektrotechnik. Trotz gelegentlicher Kooperationen mit S&H blieb die AEG, die ebenfalls auf allen wichtigen internationalen Märkten präsent war, der größte Wettbewerber für Siemens. Diese verstärkte Konkurrenz erforderte von der Telegraphen-Bau-Anstalt von Siemens & Halske eine veränderte Geschäftsform zur Erweiterung der Kapitalbasis. Das Unternehmen wurde im Jahr 1897 in die Aktiengesellschaft Siemens & Halske umgewandelt.

Die Konjunkturkrise seit Ende der 1890er Jahre führte in der deutschen Elektroindustrie zu einem Konzentrationsprozess, aus dem S&H und die AEG als die dominierenden Unternehmen hervorgingen.³⁶ Dagegen verlor die EAG aufgrund finanzieller Schwierigkeiten ihre Unabhängigkeit und musste mit S&H kooperieren. Im Jahr 1903 erfolgte die Gründung der Siemens-Schuckertwerke GmbH (SSW) als gemeinsame Beteiligung von S&H und der EAG.³⁷

³⁴ Nach Feldenkirchen ist die Elektroindustrie wie folgt definiert: Die Elektroindustrie befasst sich mit der Anwendung der elektrischen und magnetischen Grundvorgänge der Physik, so mit der Stromleitung in den verschiedensten Medien, den Zusammenhängen der elektrischen Strömung mit magnetischen Feldern und dem Induktionsvorgang. Zur Starkstromtechnik gehört alles, was zur Erzeugung, Fortleitung und Verteilung elektrischer Energie sowie zu ihrer Umsetzung in mechanische Energie, Lichtenergie und technisch verwendete Wärmeenergie beiträgt. Die Schwachstromtechnik beschäftigt sich mit der Übermittlung von Nachrichten in Form von Zeichen, Ton und Bild mittels drahtgebundener und drahtloser Systeme. Feldenkirchen: Siemens, S. 441.

³⁵ Zur Geschäftsentwicklung seit den 1870er Jahren vgl. Feldenkirchen: Siemens, S. 33 ff.

³⁶ Vgl. Anhang D, Schaubild 1, S. 127.

³⁷ S&H hielt etwas mehr als 50% am Gesellschaftskapital und sicherte sich damit die Kontrolle über SSW, Feldenkirchen: Siemens, S. 69.

Aus der Wirtschaftskrise zu Beginn des 20. Jahrhunderts ging S&H gestärkt hervor. Bis zum Jahr 1914 erhöhte sich der Jahresumsatz stetig und auch die Zahl der Beschäftigten nahm deutlich zu. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs entfiel ca. 1/3 der Weltelektroproduktion auf deutsche Firmen; der Anteil Deutschlands am Weltelektroaußenhandel lag bei fast 50%. Die Siemens & Halske AG war zu diesem Zeitpunkt mit einer Bilanzsumme von 444,9 Millionen Reichsmark (RM) und einer Belegschaft von rund 82 000 Mitarbeitern das drittgrößte deutsche Industrieunternehmen und war in allen Bereichen der Elektrotechnik vertreten.³⁸

Organisation von Siemens

Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs hatte sich aus der Telegraphen-Bauanstalt von Siemens & Halske ein großes und international agierendes Unternehmen mit einer stark ausdifferenzierten Organisationsstruktur entwickelt.³⁹ Ein einheitliches Unternehmen „Siemens“ gab es bis zur Gründung der Siemens AG im Jahr 1966 jedoch nicht. Carl Friedrich von Siemens prägte stattdessen den Begriff des „Hauses Siemens“, der sich auf die Holdinggesellschaft Siemens & Halske bezog. Stammgesellschaften dieser Holding waren die Siemens & Halske AG sowie die Siemens-Schuckertwerke GmbH. Beide Stammgesellschaften besaßen Beteiligungen an weiteren in- und ausländischen Unternehmen.⁴⁰

Die verschiedenen Unternehmensteile von Siemens beschränkten sich ausschließlich auf das Geschäft der Elektrotechnik und bearbeiteten alle elektrotechnischen Anwendungsgebiete. Grundlage der Firmenorganisation war die Unterscheidung zwischen Starkstrom- und Schwachstrombereich. In den SSW wurden seit dem Jahr 1903 bis auf wenige Ausnahmen alle Bereiche der Starkstromtechnik konzentriert, während die Schwachstromtechnik bei S&H verblieb. Rechtlich gesehen bildeten S&H und SSW zwar formal eigenständige Unternehmen. Durch personelle Überschneidungen wie bei der Besetzung des Vorstands konnte jedoch eine einheitliche Leitung gewahrt werden. Zu diesem Zweck wurden auch gemeinsame Abteilungen von S&H und SSW wie die Rechts-

³⁸ Feldenkirchen: Siemens, S. 32 ff.; zur Weltelektroausfuhr vgl. Anhang E, Tabelle 1, S. 130.

³⁹ Siemens, Georg von: Geschichte des Hauses Siemens, Bd. 1: 1847-1903, Freiburg i. Br. 1947, hier: S. 302.

⁴⁰ Im Folgenden wird der Begriff „Siemens“ zur Bezeichnung des gesamten Unternehmens verwendet, wenn kein Bezug auf einen bestimmten Teil des Unternehmens besteht. Zur Unternehmensorganisation vgl. Feldenkirchen: Siemens, S. 75 ff., 247, sowie Schaubild 2, S. 128, und Schaubild 3, S. 129, in Anhang D.

und Steuerabteilung oder die Wirtschaftspolitische Abteilung eingerichtet. Die Grundlage dieser Organisationsstruktur blieb auch nach dem Ersten Weltkrieg weiter bestehen.

Infolge technischer Weiterentwicklungen sowie der Erweiterung des Absatzmarkts musste auch der Vertrieb von S&H, der bisher über unabhängige Vertreter vor Ort erfolgte, den neuen Anforderungen angepasst werden.⁴¹ Der lokale Vertrieb wurde bei S&H seit 1885 über die Technischen Büros (TB) organisiert. Ein TB sollte den regionalen Markt beobachten, Aufträge akquirieren und durch eigene Ingenieure die Qualität der gelieferten Produkte überwachen. Nach der Gründung der Siemens-Schuckertwerke konnten ab 1903 Synergieeffekte beim Vertrieb genutzt werden. Die TB auf lokaler Ebene von S&H und SSW wurden zusammengefasst und nahmen die Interessen beider Unternehmensteile war.

Internationale Orientierung des Unternehmens

Der Beginn internationaler Geschäftsbeziehungen von S&H reicht in die Anfangszeit des Firmenbestehens zurück.⁴² Bereits im Jahr 1849 erhielt das Unternehmen einen Auftrag der russischen Telegraphenverwaltung zur Lieferung von Zeigertelegraphen. Russland und England entwickelten sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu den Schwerpunkten des Auslandsgeschäfts von Siemens. Der Abbruch des Geschäfts mit der preußischen Telegraphenverwaltung im Jahre 1851 hatte eine verstärkte internationale Orientierung von S&H zur Folge. So schrieb Werner Siemens: „Der Bruch mit der Staatstelegraphie trug (...) viel dazu bei, uns mehr dem Auslande zuzuwenden und dort Absatz für unsere Erzeugnisse, sowie Gelegenheit zu größeren Unternehmungen zu finden.“⁴³ Die Elektrotechnik als besonders kapital- und forschungsintensive Industrie war zudem auf eine möglichst breite Absatzbasis angewiesen, die der deutsche Markt allein nicht bieten konnte.

S&H war außer in England und Russland noch in weiteren Ländern - auch außerhalb Europas - präsent. Das Unternehmen hatte dort hauptsächlich Vertretungen für den Absatz

⁴¹ Zur Vertriebsorganisation vgl. Feldenkirchen: Siemens, S. 81ff.

⁴² Die Anfänge des Auslandsgeschäfts sind dargestellt bei Werner von Siemens: Lebenserinnerungen, hier: S. 100 ff., 263 ff.; Georg von Siemens: Geschichte, Bd. 1, S. 109 ff.; Feldenkirchen: Weltunternehmen, S. 31-74. Zum Geschäft in England vgl. Weiher, Siegfried von: Die Entwicklung der englischen Siemens-Werke und des Siemens-Überseegeschäfts in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Freiburg 1959.

⁴³ Werner von Siemens: Lebenserinnerungen, S. 92:

der Produkte. Eigene Fertigungsanlagen entstanden zunächst nur in Wien und in Budapest, seit den 1860er Jahren auch in England und seit den 1880er Jahren in St. Petersburg. Im Jahr 1914 besaß Siemens – auch durch verschiedene Tochtergesellschaften - insgesamt 168 Vertretungen in 49 Ländern. Der Anteil des im Ausland erwirtschafteten Umsatzes erreichte bei S&H 35% und bei SSW 36,2% des Gesamtumsatzes. Von den 82 000 Mitarbeitern waren ca. 25 000 außerhalb Deutschlands beschäftigt. Das Auslandsgeschäft hatte somit einen wesentlichen Anteil am Erfolg des Unternehmens.⁴⁴

2.2 Siemens in Russland

Die Niederlage im Krimkrieg 1856 war der Auslöser für die gesellschaftspolitischen Reformen der zaristischen Regierung zur Modernisierung Russlands.⁴⁵ In wirtschaftlicher Hinsicht zielten diese Reformen auf die Entwicklung der russischen Industrie. Trotz großer struktureller Defizite waren in Russland zur Mitte des 19. Jahrhunderts bereits wichtige Grundlagen für die Industrialisierung vorhanden. Im Ural bestand eine Eisenindustrie, in den 1840er Jahren wurde die erste Eisenbahnlinie gebaut und auch die Voraussetzungen für die Geschäftsfinanzierung bestanden in Form von Banken und Versicherungen. Zwar lag Russland gegenüber der industriellen Entwicklung im westlichen Europa noch weit zurück. Nach dem Krimkrieg wurden jedoch die Rahmenbedingungen geschaffen, unter denen sich eine technologisch komplexe und kapitalintensive Industrie, wie die elektrotechnische, entwickeln konnte.

Das Geschäft mit Russland erhielt seit 1851 eine zunehmende Bedeutung für S&H. Werner Siemens reiste Anfang der 1850er Jahre, teils unter schwierigen Bedingungen, mehrmals nach Russland, um dort die Möglichkeiten für eine Ausweitung des Telegraphenbaus unter Beteiligung von S&H zu sondieren. Persönliche Beziehungen zu Angehörigen der russischen Wirtschaftsverwaltung waren eine wichtige Voraussetzung für die Akquisition der staatlichen Aufträge. So schrieb Werner Siemens in seinen Memoiren über den Leiter der russischen Staatstelegraphie, Graf Peter Andrejewitsch Kleinmichel:

⁴⁴ Die Angaben sind entnommen aus Feldenkirchen: Siemens, S. 86, 662.

⁴⁵ Zur Rückständigkeit der russischen Wirtschaft und zu den Reformen nach dem Krimkrieg vgl. Blackwell, William: *The beginnings of russian industrialization: 1800 – 1860*, Princeton, NJ 1968; Gatrell, Peter: *The tsarist economy 1850-1917*, London 1986; Rogger, Hans: *Russia in the age of modernisation and revolution: 1881 – 1917*, London 1983.

„Graf Kleinmichels Macht war damals so groß, dass ihr, so lange Kaiser Nikolaus lebte, niemand zu widerstehen wagte. Der Graf hatte Vertrauen zu mir gewonnen und übertrug dasselbe später in vollem Maße auf meinen Bruder Karl. Nur seinem mächtigen Schutze verdanken wir die Möglichkeit, die großen Werke, deren Ausführung er uns übertrug, glücklich durchzuführen.“⁴⁶

Von Graf Kleinmichel erhielt Siemens bei Beginn des Krimkriegs den Auftrag zum Bau mehrerer militärstrategisch wichtiger Telegraphenlinien.⁴⁷ Nach der Kriegsniederlage Russlands wurde der staatliche Telegraphenbau zwar zunächst unterbrochen, S&H erhielt jedoch den Auftrag zum Unterhalt der bereits bestehenden Telegraphenlinien. Dieser Remonte-Vertrag hatte eine Laufzeit von 12 Jahren und garantierte S&H ein sicheres Einkommen. Nach Ablauf des Vertrages 1867 geriet die russische Filiale von S&H in eine schwere Krise, da weitere staatliche Aufträge und die Einnahmen aus dem Unterhalt der Telegraphenlinien ausblieben. Auch die 1870 fertig gestellte indo-europäische Telegraphenlinie, an der S&H Russland beteiligt war, konnte erst nach einigen Jahren Gewinne erwirtschaften.⁴⁸

Zu Beginn der 1880er Jahre führte der russische Finanzminister Bunge hohe Zölle auf Importgüter zur Förderung der russischen Industrie ein, die bis zum Ersten Weltkrieg beibehalten wurden.⁴⁹ Infolge dieser Importzölle investierte S&H zunehmend in eigene Fabrikationsanlagen in St. Petersburg. Ebenfalls besserte sich in den 1880er Jahren das Geschäftsklima in Russland wieder. S&H konnte mehrere prestigeträchtige Projekte für elektrische Beleuchtung erfolgreich durchführen und erhielt deshalb neue staatliche und zunehmend auch private Aufträge im Bereich der elektrischen Beleuchtung. Die 1886 von Carl Siemens und mehreren Partnern gemeinsam gegründete Gesellschaft für elektrische Beleuchtung errang in den folgenden Jahren sogar eine Monopolstellung in Russland.⁵⁰

⁴⁶ Werner von Siemens: Lebenserinnerungen, S. 12. Zu den persönlichen Beziehungen von Siemens zum russischen Staat vgl. Kirchner, Walther: Die deutsche Industrie und die Industrialisierung Russlands, St. Katharinen 1986, hier: S. 36; Georg von Siemens: Geschichte, Bd. 1, S. 35.

⁴⁷ S&H baute bis 1855 mehrere Telegraphenlinien. Während des Krimkrieges fiel dem Bau der Linie Moskau-Kiew-Odessa eine besondere Bedeutung zu. Georg von Siemens: Geschichte, Bd. 1, S. 37.

⁴⁸ Zur wirtschaftlichen Bedeutung des Remonte-Vertrags sowie der indo-europäischen Telegraphenlinie vgl. Kirchner: Elektrifizierung S. 23 ff., 48 ff.; Werner von Siemens: Lebenserinnerungen, S. 119.

⁴⁹ Zur russischen Wirtschaftspolitik seit den 1880er Jahren vgl. Blackwell, William: The industrialization of Russia: a historical perspective, Arlington Heights 1968.

⁵⁰ Im Jahr 1884 wurden der Nevskij-Prospekt und der Winterpalast in St. Petersburg von S&H mit elektrischem Licht ausgestattet. Kirchner: Elektrifizierung, S. 31.

Während der Amtszeit des Finanzministers Witte, die im Jahr 1892 begann, beschleunigte sich die Entwicklung der russischen Industrie, wodurch für Siemens allerdings auch Probleme entstanden.⁵¹ Zahlreiche ausländische Unternehmen, darunter viele deutsche Firmen, kamen nun nach Russland und traten in Konkurrenz zu dem bis in die 1870er Jahre unangefochtenen Marktführer S&H. Im Bereich der Starkstromtechnik etablierten sich die AEG und die Schuckert Co. als die leistungsfähigsten Wettbewerber von S&H auf dem russischen Markt. Allerdings war auch die russische Wirtschaft um die Jahrhundertwende von der weltweiten Konjunkturkrise betroffen. Der Konzentrationsprozess der Elektroindustrie lief in Russland parallel zur deutschen Entwicklung ab. S&H und die AEG etablierten sich als die größten elektrotechnischen Unternehmen in Russland.⁵²

Die politische Krise des Jahres 1905 hatte keine nachhaltigen Auswirkungen auf die Elektroindustrie in Russland.⁵³ Ab 1906 begann ein wirtschaftlicher Aufschwung, der sich bis zum Ersten Weltkrieg fortsetzte. S&H gründete in diesen Jahren, zum Teil in Partnerschaft mit der AEG, weitere Tochtergesellschaften und investierte in neue Fertigungsanlagen in Russland. Im Jahr 1913 konnte schließlich die Fusion von S&H Russland und der Russischen Schuckert & Co. in St. Petersburg abgeschlossen werden. Nach dem Vorbild der Mutterfirmen in Deutschland übernahmen die Russischen Elektrotechnischen Werke Siemens & Halske AG das Schwachstromgeschäft, die Russische Gesellschaft Siemens-Schuckert AG (RSSW) den Bereich Starkstrom. Gemeinsam mit der AEG dominierte Siemens die elektrotechnische Industrie in Russland vor dem Ersten Weltkrieg.

⁵¹ Die russische Wirtschaftspolitik seit den 1890er Jahren und das Witte-System ist beschrieben bei Von Laue, Theodore: Sergei Witte and the industrialization of Russia, New York 1963.

⁵² Zum Konzentrationsprozess in der russischen Elektroindustrie vgl. Kirchner: Elektrifizierung, S. 78.

⁵³ Zur Geschäftsentwicklung von 1905 bis 1914 und zur Organisation des Unternehmens vgl. Kirchner: Elektrifizierung, S. 89 ff; Feldenkirchen: Weltunternehmen, S. 100 f.

2.3 Fazit: Grundlagen des „Russlandgeschäfts“ von Siemens

Mit den Worten von Walther Kirchner „lässt sich somit feststellen, dass „die so „fortschrittliche“ deutsche Industrie das „rückständige“ Russland ebenso brauchte, wenn auch auf anderen Gebieten, wie die russische Industrie das deutsche Know-how“.⁵⁴ Bis 1914 hatte sich im Zarenreich eine von ausländischen Firmen dominierte elektrotechnische Industrie entwickelt. Diese Industrie beschäftigte hauptsächlich qualifizierte Arbeiter und Angestellte russischer Herkunft und sie verfügte über moderne Produktionsanlagen wie kaum ein anderer Industriezweig in Russland.

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs hatten die Gesellschaften von S&H und SSW in Russland zusammen 4290 Mitarbeiter.⁵⁵ Das investierte Kapital der beiden Stammfirmen belief sich auf ca. 20 Mio. Rubel, mit Tochtergesellschaften und Beteiligungen auf über 40 Mio. Rubel. Außer eigenen Fabrikationsbetrieben, die vor allem in St. Petersburg konzentriert waren, besaß Siemens Geschäftsstellen in mehreren russischen Städten wie Moskau, Odessa und Kiew. Bis zum Jahr 1914 war Russland nach England der zweitgrößte Auslandsmarkt des Unternehmens.

Infolge des Kriegsbeginns brach die Verbindung der Siemens-Stammhäuser mit den Niederlassungen in Russland ab.⁵⁶ Kurz zuvor war die Geschäftsleitung bereits den russischen Staatsbürgern Leonid B. Krasin, bisher stellvertretender Direktor der Russischen Siemens-Schuckertwerke AG, und Alfred Schwartz, bisher Leiter der Russischen Elektrotechnischen Werke Siemens & Halske AG, übertragen worden. Zwar gab es schon zu Anfang des Kriegs Pläne der russischen Regierung zur Enteignung deutscher Firmen. Wegen des hohen Bedarfs an Rüstungsgütern konnte Siemens jedoch den Betrieb unter strenger Kontrolle der Regierung fortführen.

⁵⁴ Kirchner: Elektrifizierung, S. 94. Die marxistische Interpretation zu den ausländischen Investitionen in Russland ist beschrieben bei Mai, Joachim: Das deutsche Kapital in Russland: 1850-1894, Berlin 1970, hier: S. 225-227.

⁵⁵ Die Angaben sind entnommen aus Feldenkirchen: Siemens, S. 86 sowie Kirchner: Elektrifizierung, S. 92 f.

⁵⁶ Zur Geschäftsentwicklung nach 1914 vgl. Holzer, Guenter: The German electrical industry in Russia: From economic entrepreneurship to political activism 1890-1918, Lincoln, Neb. 1970, hier: S. 200; Kirchner: Elektrifizierung, S. 94.

Seit der Oktoberrevolution in Russland veränderten sich die politischen Interessen der deutschen Elektroindustrie, die bisher auf einer Wiederherstellung der Besitzverhältnisse der Vorkriegszeit bedacht war. Während der Verhandlungen in Brest-Litovsk im Jahr 1918 wurde der Zentralverband der deutschen Elektroindustrie (ZVEI) gegründet. Mit dem ZVEI schuf die deutsche Elektroindustrie ein zentrales Instrument zur politischen Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber der Reichregierung. Siemens war bei der Gründung des Verbands und der Formulierung von dessen Zielen maßgeblich beteiligt. In den Friedensverhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Bolschewiki sollten durch den ZVEI die geschäftlichen Interessen von Siemens für das nachzaristische Russland angemessen vertreten werden. Diese Verwicklungen der deutschen Elektroindustrie - auch der Firma Siemens - in die deutsche Außenpolitik des Jahres 1918 wurden bei Holzer untersucht.⁵⁷

Die Grundlagen der Unternehmenspolitik von Siemens im „Russlandgeschäft“ vor dem Ersten Weltkrieg sind hiermit dargestellt. Das Unternehmen hatte beträchtliche Investitionen in Russland getätigt und verfügte über ein ausgedehntes Vertriebsnetz sowie über eigene Fertigungsbetriebe. Die Personalstruktur der russischen Siemensbetriebe hatte sich seit der Jahrhundertwende allmählich verändert. Im 19. Jahrhundert waren die Führungskräfte sowie die Mehrzahl der Angestellten noch deutsche Staatsbürger oder russische Staatsbürger deutscher Herkunft gewesen. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts stiegen zunehmend auch Russen in höhere Positionen auf. Beispielhaft für diese Entwicklung war die Karriere von Leonid Krasin, der seit 1914 die Geschäfte der RSSW leitete.⁵⁸

⁵⁷ Holzer: Electrical industry, S. 181f., 242 ff.

⁵⁸ Leonid Borisovič Krasin (1870-1926), Ingenieur, bis 1914 stellvertretender Direktor der Russischen Gesellschaft Siemens-Schuckert und seit 1918 sowjetischer Volkskommissar für den Handel. Zur Biographie Krasins vgl. Krassin (sic!), Lubov: Leonid Krassin: his Life and Work, London 1929; O'Connor, Timothy: The engineer of revolution. L. B. Krasin and the Bolsheviks, 1870 – 1926. Boulder, Col. 1992.

Die Darstellung des „Russlandgeschäfts“ von Siemens in der Vorkriegszeit basierte auf den Untersuchungen von Feldenkirchen und Kirchner. In der Studie von Holzer ist ebenfalls die Entwicklung der Unternehmenspolitik während des Kriegs bis zum Jahr 1918 einbezogen. Holzer schließt seine Untersuchungen mit einem Ausblick auf die Nachkriegszeit:

„The German electrical industry was in strong contention for some type of agreement with the Soviet government. An examination of the role of the electrical industry in German-Soviet relations from 1918-1928 should provide an interesting subject for a special study.“⁵⁹

In den folgenden Kapiteln werden nun die strukturellen Voraussetzungen dargestellt, die den Rahmen für eine Wiederaufnahme des „Russlandgeschäfts“ von Siemens nach dem Ersten Weltkrieg bildeten.

⁵⁹ Holzer: Electrical Industry, S. 250.

II. STRUKTURELLER RAHMEN NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG

3 Politische Rahmenbedingungen

Im Folgenden wird der politische Rahmen für die Aufnahme der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg dargestellt. Zunächst ist auf die Strategien der kaiserlichen Außenpolitik während der Verhandlungen von Brest-Litovsk einzugehen, da Autoren wie Strandmann oder Müller eine kontinuierliche Fortsetzung dieser Strategien in der Weimarer Außenpolitik postulieren. Daran anschließend soll die Struktur des internationalen politischen Systems nach dem Ersten Weltkrieg erläutert werden, aus der sich die außenpolitischen Interessen und Konzeptionen des Deutschen Reichs und Sowjetrusslands ergaben. Auf Basis dieses strukturellen Rahmens wird die Entwicklung der bilateralen Beziehungen auf politischer Ebene bis zum Berliner Vertrag im Jahr 1926 aufgezeigt.

3.1 Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Kriegsende

Bereits vor 1914 entwickelte sich im Deutschen Reich das Konzept einer auf Osteuropa projizierten Lebensraumideologie. Diese beinhaltete politische, wirtschaftliche und kulturelle Dimensionen. Seit Beginn des Ersten Weltkriegs erhielt das Konzept eine zunehmende Bedeutung im politischen Diskurs.⁶⁰ Das industrialisierte Deutsche Reich war wegen des Kriegs vom Weltmarkt und damit von der Rohstoffzufuhr und den Absatzmärkten isoliert. Von nationalkonservativen Politikern wurde deshalb, unter Beteiligung führender Persönlichkeiten aus der Wirtschaft wie Walter Rathenaus, das Mitteleuropa-Konzept mit einer stark ausgeprägten ökonomischen Komponente entwickelt. Der Verlust der internationalen Märkte sollte durch die politische und ökonomische Integration der mitteleuropäischen Staaten in einen deutschen Wirtschaftsraum kompensiert werden. Aufgrund der ausgeglichenen Kriegslage an der Westfront geriet jedoch ab 1916 zunehmend die Ostpolitik in das Blickfeld der deutschen Führung. Diese plante nach dem erwarteten Sieg über Russland die Errichtung eines deutschen Wirtschaftsprotectorats in Osteuropa. Hillgruber fasst diese Politik wie folgt zusammen:

⁶⁰ Zur diskursiven Entwicklung und inhaltlichen Veränderung des Konzepts eines „deutschen Drangs nach Osten“ von der Mitte des 19. Jahrhundert bis 1945 vgl. Meyer, Henry: Drang nach Osten: fortunes of a slogan concept in German-Slavic relations, 1849 – 1990, Berlin und New York 1996; Schultz: Grenzen, S. 264; Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1962, hier: S. 104, 479, 629 ff.

„Der wirtschaftlich bedeutendste Teil Russlands sollte zugleich auch als strategisches „Hinterland“ dem deutschen „Großraum“ den notwendigen festen Rückhalt für die kommenden Auseinandersetzungen mit den anderen „Weltmächten“ geben.“⁶¹ Nach Ansicht von Müller, Schultz oder Fritz Fischer übte diese Strategie einen maßgeblichen Einfluss auf die deutsche Kriegszielpolitik sowie die Außenpolitik der Nachkriegszeit aus.⁶²

Nach der russischen Februarrevolution im Jahr 1917 stiegen die deutschen Hoffnungen auf einen Separatfrieden mit der Regierung Kerenskij.⁶³ Die Friedensbemühungen scheiterten jedoch zunächst an den weitgehenden Annexionsforderungen der deutschen Führung. Erst die Folgen der Oktoberrevolution ermöglichten den Abschluss eines Separatfriedens nach deutschen Vorstellungen. Die Reichspolitik gegenüber Russland war allerdings nicht homogen. Vor allem das Auswärtige Amt (AA) und Erich Ludendorff von der Obersten Heeresleitung (OHL) vertraten in den Friedensverhandlungen mit Kerenskij und später mit den Bolschewiki unterschiedliche Positionen. Ludendorff befürwortete eine Fortsetzung des Kriegs mit dem Ziel, Russland territorial zu teilen und in einen deutschen Wirtschafts-Großraum zu integrieren. Dagegen sprach sich der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Richard von Kühlmann für vergleichsweise maßvolle Friedensbedingungen aus. Auch die deutsche Industrie nahm großen Einfluss auf die Verhandlungen von Brest-Litovsk, um ihre wirtschaftlichen Interessen in Russland politisch durchzusetzen. Vor allem die Schwerindustrie griff den Topos der Mitteleuropapolitik auf und forderte weitgehende Zugeständnisse für die deutsche Wirtschaft auf der Basis des Mitteleuropa-Konzepts.⁶⁴

⁶¹ Hillgruber, Andreas: Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Düsseldorf 1971, S. 14.

⁶² Müller: Weltmacht, S. 342; Schultz: Grenzen, S. 265 ; Fischer: Weltmacht, S. 480.

⁶³ Zur deutschen Kriegszielpolitik vgl. im Folgenden: Fischer: Weltmacht, S. 420, 471; Wade, Rex: The Russian search for peace: February - October 1917, Stanford, Calif. 1969, S. 143; Baumgart, Winfried: Brest-Litovsk, Göttingen 1969; S. 50 ff.; Baumgart, Winfried: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, München 1966.

⁶⁴ Die Debatte um die Umsetzung der wirtschaftlichen Großraum-Politik während des Jahres 1918 ist dargestellt in Baumgart: Brest-Litowsk, S. 50 ff.

Auch die sowjetische Führung war sich Anfang des Jahres 1918 über die Ziele der Friedensverhandlungen uneins.⁶⁵ Trotzki erwartete den baldigen Ausbruch der Revolution im Deutschen Reich und begann die Verhandlungen in Brest-Litovsk deshalb mit einer Verzögerungstaktik. Erst unter dem Einfluss der vorrückenden deutschen Truppen, des deutsch-ukrainischen Friedens vom 9. Februar 1918 sowie des Ausbleibens der Revolution im Deutschen Reich überzeugte Lenin Ende Februar das Zentralkomitee der kommunistischen Partei von der Notwendigkeit eines sofortigen Friedens.⁶⁶ Die Gruppe um Ludendorff konnte im Vertrag von Brest-Litovsk vom 3. März 1918 ihre Annexionsforderungen weitgehend durchsetzen. Das Deutsche Reich verwirklichte seine Kriegsziele gegenüber Russland und die osteuropäischen Dimension des Mitteleuropa-Konzepts weitgehend. Der Vertrag von Brest-Litovsk sollte die Grundlage für die Errichtung eines kontinentalen deutschen Wirtschaftsraums zur Sicherung von Rohstoff- und Absatzmärkten bilden.⁶⁷

Trotz des Waffenstillstands rückten die deutschen Truppen in Russland jedoch weiter vor.⁶⁸ Ludendorff verfolgte die Besetzung wirtschaftlich wichtiger Gebiete vor allem im Süden Russlands und wurde darin von der deutschen Industrie maßgeblich unterstützt. Im Mai 1918 begannen deshalb in Berlin erneut die deutsch-sowjetischen Verhandlungen. Die am 27. August 1918 in Berlin unterzeichneten Zusatzverträge kamen den deutschen Forderungen weitgehend entgegen. So wurde die Ausweitung des deutschen wirtschaftlichen Einflussbereichs in Osteuropa sowie günstige Bedingungen für Handelsbeziehungen geregelt.⁶⁹

⁶⁵ Zur sowjetischen Außenpolitik nach der Oktoberrevolution vgl. Baumgart: Ostpolitik, S. 14. Fischer, Alexander: Sowjetische Außenpolitik 1917 – 1945, Stuttgart 1973, S. 2-29; Kennan, George: Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin, Stuttgart 1961; Mosely, Philip: The Soviet Union, 1922-1932: a "foreign affairs" reader. New York 1963.

⁶⁶ Trotzki konnte sich mit der Strategie „weder Krieg noch Frieden“ bei den Verhandlungen zunächst durchsetzen. Dagegen trat Lenin für einen sofortigen Separatfrieden ein. Hahlweg, Werner: Der Diktatfrieden von Brest-Litovsk 1918 und die bolschewistische Weltrevolution, Münster (Westf.) 1960, S. 30 ff.

⁶⁷ Zum Inhalt des Vertrags von Brest-Litovsk vgl. Hahlweg: Diktatfrieden, S. 51 ff.

⁶⁸ Zur deutschen Expansionspolitik nach Brest-Litovsk vgl. Baumgart: Ostpolitik, S. 93, 258 ff., Fischer: Weltmacht, S. 720, 753 ff.

⁶⁹ Die Ergänzungsverträge sind dargestellt bei Baumgart: Ostpolitik, S. 85, 297; Fischer: Weltmacht, S. 766.

Der Vertrag von Brest-Litovsk und die Zusatzverträge vom August 1918 dienten innerhalb der deutschen Kriegszielpolitik zur Verwirklichung eines imperialen Wirtschaftsgroßraums in Osteuropa. Auch die deutsche Wirtschaft war an der Konzeption dieser Politik maßgeblich beteiligt. Die Umsetzung scheiterte zwar an der deutschen Kriegsniederlage. Am 8. November 1918 wurde in Compiègne der Waffenstillstandsvertrag mit den Alliierten unterzeichnet, in welchem das Deutsche Reich auch auf die Ergebnisse von Brest-Litovsk und der Zusatzverträge verzichtete.⁷⁰ Die Verhandlungen des Deutschen Reichs mit der sowjetischen Regierung während des Jahres 1918 verdeutlichen jedoch den großen Einfluss wirtschaftlicher Interessen auf die deutsche Kriegszielpolitik. Führende Vertreter der deutschen Wirtschaft, auch der Elektroindustrie, befürworteten die expansive Politik des Reichs sowie die Errichtung eines Wirtschaftsprotectorats in Osteuropa. Auch angesichts der Kriegsniederlage des Reichs wurde Russland als Rohstofflieferant und Absatzmarkt eine außerordentlich große Bedeutung für die Zukunft der deutschen Wirtschaft in der Nachkriegszeit zugesprochen.

Der Ausgang des Ersten Weltkriegs prägte das internationale politische System nach 1918. Großbritannien und Frankreich waren zwar Siegermächte des Kriegs, sie sahen sich jedoch mit großen ökonomischen und sicherheitspolitischen Problemen konfrontiert. Die Volkswirtschaften aller europäischen Staaten wurden durch den Ersten Weltkrieg, aus dem die USA als größte Weltwirtschaftsmacht hervorging, deutlich geschwächt. Auf der Friedenskonferenz von Paris konnte kein europäisches Kräftegleichgewicht, vergleichbar mit dem der Wiener Konferenz im Jahr 1815, hergestellt werden. Das internationale System nach dem Ersten Weltkrieg war vielmehr geprägt von den sicherheitspolitischen Interessen der westlichen Siegermächte gegenüber der deutschen Revisions- sowie der sowjetischen Revolutionspolitik. Haigh urteilt zu den Bedingungen des internationalen Systems der Nachkriegszeit: "In short, the wider panorama of European diplomatic activity is the backcloth against which must be viewed the particular friendship forged between Germany and the Soviet Union."⁷¹

⁷⁰ Zu den Bedingungen des Waffenstillstandes von Compiègne vgl. Krüger, Peter: Versailles: deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986, S. 56.

⁷¹ Haigh, Robert: German-Soviet relations in the Weimar era: friendship from necessity, Aldershot 1985. Zur Rolle des Völkerbunds, der in den ersten Nachkriegsjahren keine stabilisierende Wirkung entfalten konnte vgl. Schulz: Wirtschaftsordnung, S. 29-85. Zum „deutsch-sowjetischen Sonderverhältnis“ in der Nachkriegszeit vgl. Krüger: Außenpolitik, S. 1; Beitel: Wirtschaftsbeziehungen, S. 23 ff.; Krüger, Peter: Die

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen der Nachkriegszeit sind in diesen Rahmen des internationalen politischen Systems einzuordnen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit waren das Deutsche Reich und Sowjetrußland politisch isoliert. Allerdings bestanden auch zwischen den westlichen Siegermächten grundsätzliche außenpolitische Kontroversen. Vor allem Frankreich und Großbritannien differierten in ihrer Politik gegenüber dem Deutschen Reich sowie in ihrer Welthandelspolitik. Im Versailler Vertrag konnte sich Frankreich mit seinen sicherheitspolitischen Interessen weitgehend durchsetzen. Gegenüber Sowjetrußland entschlossen sich Frankreich und Großbritannien zu einem gemeinsamen Vorgehen und entsandten im Jahr 1920 Interventionstruppen, die auch von anderen Staaten unterstützt wurden. Ziel der Intervention war der Sturz der sowjetischen Regierung. Aus dieser Politik der westlichen Alliierten ergaben sich Ansatzpunkte für eine politische Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrußland. Der internationale politische Rahmen der Nachkriegszeit begünstigte den Aufbau von bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen.

3.2 Außenpolitische Strategien des Deutschen Reichs und der Sowjetunion

Außenpolitische Strategien des Deutschen Reichs

Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Weimarer Außenpolitik sind in der Wissenschaft umstritten.⁷² Es wird zwar von den meisten Autoren angenommen, dass bestimmte Axiome der kaiserlichen Außenpolitik in die Weimarer Republik übernommen wurden. Andererseits ist festzuhalten, dass die Weimarer Außenpolitik, im Vergleich mit der kaiserlichen, unter veränderten Rahmenbedingungen agierte. Die deutsche Außenpolitik der Weimarer Republik griff somit auf Strategien der Kriegs- und Vorkriegszeit wie das Mitteleuropa-Konzept zurück, entwickelte aber auch eigenständige Ansätze angesichts der veränderten internationalen politischen Rahmenbedingungen nach dem Ersten Weltkrieg⁷³.

Die Weimarer Außenpolitik war nach Kriegsende zunächst von den Friedensverhandlungen in Versailles geprägt. Der Versailler Vertrag beendete die Großmachtansprüche des Deutschen Reichs und legte ihm langfristige Verpflichtungen gegenüber den Siegermächten auf. Unter diesen Voraussetzungen entwickelte sich die deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, deren grundsätzliches Ziel die Revision des Versailler Vertrages war. Die Verwirklichung dieses Ziels wurde von fast allen politischen Gruppen im Deutschen Reich angestrebt.⁷⁴

⁷² Zur Forschungsdiskussion um Kontinuitäten und Diskontinuitäten der deutschen Revisionspolitik exemplarisch Krüger: Außenpolitik, S. 14, 82; Hillgruber: Außenpolitik, S. 14 ff., 24; Marshall, Lee und Wolfgang Michalka: German foreign policy 1917-1933, continuity or break?, Leamington Span 1987, hier: S. 16 ff.; Spalding: Osthandel, S. 180; Krüger: Versailles, S. 82; sowie die Beiträge in Ziebura, Gilbert (Hg.): Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871, Darmstadt 1975.

⁷³ Der Einfluss des Mitteleuropa-Konzepts bzw. der „Ost-Option“ auf die deutsche Außenpolitik ist dargestellt bei Meyer: Drang S. 114. Müller: Weltmacht, S. 27-42; Beitel/Nötzold: Wirtschaftsbeziehungen, S. 53. Schultz: Grenzen, S. 268.

⁷⁴ Zur deutschen Revisionspolitik vgl. Hillgruber: Außenpolitik, S. 15; Klümpen, Heinrich: Deutsche Außenpolitik zwischen Versailles und Rapallo: Revisionismus oder Neuorientierung? Münster 1992; Krüger: Versailles, S. 13.

Zwei unterschiedliche außenpolitische Konzeptionen dominierten die Debatte um die Methode der revisionistischen Politik.⁷⁵ Zum einen forderten Nationalkonservative die sofortige Revision des Versailler Vertrages durch eine Wiederaufnahme der kaiserzeitlichen Machtpolitik. Kernpunkt dieser Konzeption war die außenpolitische Orientierung nach Osteuropa und eine Bündnispolitik mit Sowjetrußland. Eine deutsch-sowjetische Allianz bildete demnach die Voraussetzung für den Wiederaufstieg des Deutschen Reichs zur Großmacht. Zum anderen versuchten liberal-bürgerliche Parteien wie die Deutsche Demokratische Partei mit Walther Rathenau oder die Deutsche Volkspartei mit Gustav Stresemann sowie die SPD, das Deutsche Reich in internationale Strukturen einzubinden und über einen politischen Ausgleich mit den Siegermächten die Revision des Versailler Vertrags zu erreichen. Eine Bündnispolitik mit Sowjetrußland bildete für diese Gruppe zwar eine Alternative zur Gewinnung zusätzlichen diplomatischen Spielraums. Grundsätzliches Ziel dieser Konzeption war jedoch der politische Ausgleich mit Frankreich und Großbritannien. Aufgrund der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Schwäche des Reichs setzte sich diese Position nach dem Scheitern des Ruhrkampfes 1923 innenpolitisch gegenüber der nationalkonservativen Konzeption durch. Die deutsche Balancepolitik zwischen den westeuropäischen Staaten einerseits und Sowjetrußland andererseits wurde zum zentralen Merkmal der Außenpolitik während der Amtszeit des Außenministers Stresemann.⁷⁶

Bereits während den Friedensverhandlungen in Paris wurde ein weiterer Schwerpunkt der Weimarer Außenpolitik deutlich. Angesichts der Verluste an Territorium und Bevölkerung sowie der Reduzierung des deutschen Militärs sollte das deutsche Wirtschaftspotenzial möglichst weitgehend erhalten bleiben. Diese Forderung wurde von Vertretern aus Politik, Industrie und Militär erhoben. Der Versailler Vertrag schädigte zwar die deutsche Wirtschaft, nach Krüger blieb jedoch „die Wirtschaftskraft (...) das letzte den Deutschen verbliebene Machtpotential.“⁷⁷

⁷⁵ Die Diskussion knüpfte zum Teil an die Kontroverse zwischen Auswärtigem Amt und OHL um die Kriegszielpolitik im Jahr 1918 an. Fischer: Weltmacht, S. 626 ff. Zu den beiden Grundkonzeptionen der deutschen Außenpolitik und deren Vertretern vgl. Krüger: Außenpolitik, S. 19 ff.; Linke: Beziehungen, S. 106. Mueller: Rapallo, S. 19 ff.; Müller: Weltmacht, S. 33.

⁷⁶ Krüger: Außenpolitik, S. 211-218; Beitel/Nötzold: Wirtschaftsbeziehungen, S. 21. Die Positionen der Parteien zur Außenpolitik sind dargestellt bei Bellers: Außenwirtschaftspolitik, S. 33-149.

⁷⁷ Krüger: Versailles, S. 61.

Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit

Die deutsche Außenpolitik verfolgte ausgehend von der Revisionsstrategie in den ersten Nachkriegsjahren zwei grundsätzliche Ziele.⁷⁸ Zum einen wurde einer friedlichen Sicherheitspolitik Priorität eingeräumt. Diese Politik beinhaltete Schiedsverträge mit den Nachbarstaaten sowie den Beitritt zum Völkerbund im Jahr 1926. Zweites Ziel war die Reintegration der deutschen Wirtschaft in den Welthandel. Durch den freien Warenverkehr sollte der Zugang deutscher Firmen zu den internationalen Märkten sichergestellt werden. Von den USA, in geringerem Maße auch von Großbritannien, wurde Kompromissbereitschaft in handels- und sicherheitspolitischen Fragen erwartet. Dagegen war das deutsch-französische Verhältnis bis zur Beilegung der Ruhrkrise im Jahr 1924 äußerst gespannt.

Die multilateralen Konferenzen in Spa im Jahr 1920 und London im Jahr 1921 dienten der Klärung der Kontroversen zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten.⁷⁹ Allerdings konnte die deutsche Verhandlungsdelegation bei beiden Konferenzen ihre Ziele nicht erreichen. Die politischen Differenzen mit den Alliierten, vor allem mit Frankreich, verschärften sich infolge der ungeklärten Höhe der Reparationszahlungen. Aber auch zwischen den Siegermächten nahmen seit 1920 die Differenzen in außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Fragen zu. Aufgrund dieser Kontroversen konnte eine dauerhafte und stabilisierende Einigung des Deutschen Reichs mit den Alliierten erst nach der Ruhrkrise erzielt werden.

Seit der Ernennung Stresemanns zum Reichsaußenminister im Jahr 1923 und der Beilegung des Ruhrstreits besserte sich zunächst das deutsch-französische Verhältnis. Der im April 1924 vom Reichstag ratifizierte Dawes-Plan hatte vor allem wirtschaftliche Auswirkungen, eröffnete jedoch ebenfalls die Perspektive eines politischen Ausgleichs zwischen dem Deutschen Reich und den Westalliierten. Dieser politische Entspannungsprozess führte im Jahr 1925 zum Abschluss der Locarno-Verträge und der folgenden Aufnahme des Deutschen Reichs in den Völkerbund

⁷⁸ Fischer: Außenpolitik, S. 78, 113 f.; Krüger: Versailles, S. 63; Maxelon, Michael-Olaf: Stresemann und Frankreich 1914-1929: deutsche Politik der Ost-West-Balance, Düsseldorf 1972, hier: S. 71-163.

⁷⁹ Krüger: Außenpolitik, S. 103, 130.

Trotz der sukzessiven Westintegration blieb die Pflege der Beziehungen zur Sowjetunion ein vorrangiges Ziel der deutschen Außenpolitik. Das Motiv für eine ostorientierte Außenpolitik des Reichs lag vor allem in strategischen Erwägungen, wie in der Sicherheitspolitik gegenüber den Westmächten und den Staaten Mitteleuropas. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen sollten zum einen ein Gegengewicht zum französisch dominierten *cordon sanitaire* bilden, dem unter anderem Polen angehörte. Zum anderen verbesserte die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion die Verhandlungsposition des Reichs bezüglich einer Revision der polnischen Grenzen. Die Ostpolitik bewahrte deshalb auch zur Mitte der 1920er Jahre weiterhin ihr starkes Gewicht innerhalb der deutschen Außenpolitik.⁸⁰

Außenpolitische Strategien Sowjetrusslands

Die Grundlagen der sowjetischen Außenpolitik leiteten sich aus den theoretischen Vorgaben von Marx und Lenin ab.⁸¹ Nach Karl Marx und Friedrich Engels sollte die kommunistische Weltrevolution von den kapitalistischen Gesellschaften ausgehen. Angesichts der sozioökonomischen Rückständigkeit Russlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelte Lenin den marxistischen Ansatz jedoch weiter. Er lieferte mit der Imperialismustheorie eine neue theoretische Basis zur Erklärung der internationalen Politik sowie zur Begründung der kommunistischen Revolution in schwach industrialisierten Gesellschaften. Die Verwirklichung der Weltrevolution blieb Anfang der 1920er Jahre das wichtigste außenpolitische Ziel der Bolschewiki.⁸²

Allerdings wurden diese theoretischen Grundsätze bereits bei den Verhandlungen zum Vertrag von Brest-Litovsk an die politischen Rahmenbedingungen angepasst. Aufgrund der ausbleibenden Revolution im Deutschen Reich sahen sich die Bolschewiki gezwungen, mit der deutschen Führung in bilaterale Verhandlungen zu treten. Die sowjetische Regierung verfolgte zwar auch weiterhin das Ziel der Weltrevolution, sie ging jedoch seit Anfang der 1920er Jahre dazu über, ihre Position auch außenpolitisch abzusichern. So

⁸⁰ Zum deutschen „Einkreisungstrauma“ vgl. Krüger: Außenpolitik, S. 111-116, 315.

⁸¹ Zum Verhältnis zwischen Theorie und Praxis vgl. Grottian, Walter: Lenins Anleitung zum Handeln: Theorie u. Praxis sowjetischer Außenpolitik, Opladen 1963, hier: S. 16 ff.

⁸² Kontinuitäten und Diskontinuitäten der sowjetischen Außenpolitik sind diskutiert in den Beiträgen in Thomas, Ludmila und Viktor Knoll (Hg.): Zwischen Tradition und Revolution Determinanten und Strukturen sowjetischer Außenpolitik 1917-1941, Stuttgart 2000.

äußerte Lenin im Februar 1920: „Diese Änderung der Politik im internationalen Maßstab macht sich natürlich nicht sofort bemerkbar, doch es ist eine Tatsache, dass wir in der Sphäre der weltweiten zwischenstaatlichen Beziehungen gelandet sind.“⁸³

Dieser Rückzug in der Außenpolitik, der unter anderen Voraussetzungen auch in der Innenpolitik vollzogen wurde, bedeutete allerdings keine grundsätzliche Abkehr von der marxistischen und leninistischen Theorie.⁸⁴ Vielmehr sah Lenin die Notwendigkeit, durch ein vorläufiges Entgegenkommen gegenüber dem Deutschen Reich und den Westalliierten den Erfolg der Revolution in Russland zu stabilisieren. Die Weltrevolution blieb weiterhin das grundsätzliche politische Ziel der Bolschewiki. Es wurden allerdings die politischen Instrumente an die ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen angepasst. Das „Paktieren und Lavieren“ mit den kapitalistischen Gegnern war nach Lenin ein notwendiges Übel zum Erfolg der sowjetischen Regierung. Für die Innenpolitik leitete Lenin aus diesen theoretischen Überlegungen den Primat des wirtschaftlichen Aufbaus ab, der ab 1921 durch die NĖP realisiert werden sollte. In der Außenpolitik stand der NĖP das Theorem der Parallelexistenz gegenüber. Die Bolschewiki akzeptierten darin grundsätzlich die Existenz des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Sie forderten jedoch im Gegenzug die diplomatische Anerkennung der sowjetischen Regierung von Seiten der kapitalistischen Staaten.⁸⁵

Einerseits propagierte die sowjetische Außenpolitik die Weltrevolution und unterstützte revolutionäre Bewegungen in mehreren Ländern. Andererseits versuchte sie durch Friedensverträge und geregelte Beziehungen mit den kapitalistischen Staaten die Sicherheit Sowjetruslands zu gewährleisten. Diese Zweigleisigkeit der sowjetischen Außenpolitik

⁸³ W. I. Lenin: Bericht über die Arbeit des gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare auf der ersten Tagung des gesamtrussischen ZEK am 2. Februar 1920, in: DERS.: Werke, Bd. 30, S. 307. Zitiert nach der deutschen Übersetzung der vierten russischen Ausgabe vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED.

⁸⁴ Die Aufnahme von internationalen Beziehungen in der Außenpolitik und die NĖP in der Innenpolitik waren „taktische Rückzüge“ zur Umsetzung „strategischer Ziele“. Sager, Peter: Die theoretischen Grundlagen des Stalinismus und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik, Bern 1953, hier: S. 39 ff., 77.

⁸⁵ Zur Strategie des Paktierens und Lavierens sowie zur Anpassung der sowjetischen Außenpolitik und der „Parallelexistenz“ vgl. Grottian: Anleitung zum Handeln, S. 106; Geyer, Dietrich: Voraussetzungen sowjetischer Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit, in: DERS. (Hg.): Osteuropa Handbuch, Sowjetunion. Außenpolitik 1917-1955, Köln 1972, S. 1-85, hier: S. 30 ff.

war eine wichtige Grundlage für die Wiederaufnahme internationaler Beziehungen in der Nachkriegszeit⁸⁶. Schnittpunkt der innen- und außenpolitischen Interessen war der sowjetische Außenhandel. Grundsätzliches Ziel Lenins war die wirtschaftliche Autarkie Sowjetrusslands. Die industrielle Unterentwicklung sowie die Kriegszerstörungen erforderten jedoch einen taktischen Rückzug in der Außenwirtschaftspolitik, um den wirtschaftlichen Aufbau zu beschleunigen. Im Außenhandel sahen die Bolschewiki eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung der Revolution in Russland und somit auch für den Erfolg der künftigen Weltrevolution. Außer der Verfolgung sicherheitspolitischer Ziele diente die sowjetische Außenpolitik somit vor allem dem Aufbau von Außenwirtschaftsbeziehungen.⁸⁷

Sowjetische Außenpolitik der Nachkriegszeit

Der erste taktische Rückzug der sowjetischen Außenpolitik war der Vertrag von Brest-Litovsk, welcher allerdings durch die deutsche Kriegsniederlage aufgehoben wurde.⁸⁸ Nach dem Waffenstillstandsvertrag von Compiègne konzentrierte sich die Sowjetregierung hauptsächlich auf den russischen Bürgerkrieg sowie auf den Abzug der Interventionsmächte aus Russland. Aus diesem Grund standen die Bolschewiki bereits seit 1919 in offiziellen Verhandlungen mit Großbritannien sowie mit mehreren Staaten Mittelosteuropas. Ebenfalls verdeutlichte der starke Rückgang der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion während des Bürgerkriegs der sowjetischen Regierung die Notwendigkeit wirtschaftlicher Hilfe aus dem Ausland. Lenin forderte deshalb die diplomatische Anerkennung der Sowjetregierung durch die Westalliierten um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands zu ermöglichen. Georgij Čičerin, Volkskommissar für Äußeres, sprach sich in diesem Zusammenhang für die Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen mit dem kapitalistischen Ausland aus:

„Die russische Delegation, die nach wie vor die Grundsätze des Kommunismus vertritt, ist der Ansicht, daß (...) die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den, diese beiden Wirtschaftssysteme vertretenden Staaten, für den allgemeinen wirtschaftlichen Aufbau eine gebieterische Notwendigkeit ist.“⁸⁹

⁸⁶ Garamvölgyi, Judit: Aus den Anfängen sowjetischer Außenpolitik: das britisch- sowjetrussische Handelsabkommen von 1921, Köln 1967, hier: S. 127.

⁸⁷ Geyer: Außenpolitik, S. 48.

⁸⁸ Hahlweg: Brest-Litowsk, S. 58-60.

⁸⁹ Aus der Rede Čičerins an der Eröffnungssitzung der Konferenz von Genua am 10. April 1922. Zitiert in Fischer: Außenpolitik, S. 38.

In den ersten Nachkriegsjahren konnte die sowjetische Regierung keinen Einfluss auf die Friedensordnung Europas nehmen, da sie von den Verhandlungen in Paris ausgeschlossen waren. Die Siegermächte sahen die „russische Frage“ vornehmlich unter dem Gesichtspunkt, das sowjetische Regime zu stürzen.⁹⁰ Maßgeblich verantwortlich für die militärische Intervention in Sowjetrußland waren Frankreich und Großbritannien, die bereits Ende 1917 ein Abkommen zur anti-sowjetischen Zusammenarbeit geschlossen hatten. Die militärischen Aktionen blieben jedoch erfolglos. Bis 1920 zogen Frankreich und Großbritannien ihre Interventionstruppen aus Rußland ab. Angesichts des internationalen Drucks musste Sowjetrußland allerdings auch den internationalen politischen Rahmen des Versailler Vertrags akzeptieren.⁹¹

Mit Frankreich wurde am 20. April 1920 ein Abkommen zur gegenseitigen Nichteinmischung in innere Angelegenheiten geschlossen. Das britisch-sowjetische Handelsabkommen vom 16. März 1921 war auch in politischer Hinsicht ein großer Erfolg, weil es faktisch die Anerkennung der sowjetischen Regierung durch Großbritannien bedeutete.⁹² Mit Polen, den baltischen Staaten, Finnland und Ländern Mitteleuropas folgten bis 1921 weitere Friedensverträge, welche die äußere Sicherheit Sowjetrußlands in Europa entscheidend verbesserten. Allerdings verblieben weiterhin japanische Interventionstruppen auf sowjetischem Territorium in Asien.

Trotz der Bemühungen um einen Ausgleich blieben die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den Westalliierten sowie den mitteleuropäischen Staaten weiterhin gespannt. Die Außenpolitik der sowjetischen Regierung konzentrierte sich deshalb seit 1919 verstärkt auf die bilateralen Beziehungen mit dem Deutschen Reich. Lenin äußerte im Jahr 1920 in einer Rede über die deutsche Außenpolitik: „Die deutsche bürgerliche Regierung hegt einen tollen Hass gegen die Bolschewiki, aber die Interessen der internationalen Lage treiben sie gegen ihren eigenen Willen zum Frieden mit Sowjetrußland.“⁹³

⁹⁰ Stejn, Boris: Die russische Frage: auf der Pariser Friedenskonferenz 1919-1920, Leipzig 1953; Stevenson, David: The Empty Chair at the Peace Conference: Russia and the West, in: Keylor, William R. (Hg.): The Legacy of the Great War. Peacemaking, 1919, Boston 1998, S. 56-61.

⁹¹ Geyer: Außenpolitik, S. 124 ff.

⁹² Garamvölgyi: Abkommen, S. 116-122.

⁹³ W. I. Lenin: Referat über die Konzessionen vom 21. Dezember 1920, in: DERS.: Werke, Bd. 31, S. 472.

3.3 Deutsch-sowjetische Beziehungen in der Nachkriegszeit

Mit der Ausweisung des Botschafters Joffe aus Berlin am 5. November 1918 endeten die offiziellen Beziehungen zwischen Sowjetrussland und dem Deutschen Reich.⁹⁴ Anlass für die Aufnahme von inoffiziellen Kontakten im Sommer 1919 war die Frage nach dem gegenseitigen Austausch von Kriegsgefangenen. Ein Vertrag zu deren Rückführung wurde am 19. April 1920 abgeschlossen. Zur Organisation des Gefangenenaustauschs richtete die deutsche Regierung ein Büro in Moskau ein. Dieses Büro wurde seit Dezember 1920 von einem deutschen Handelsvertreter geleitet und bildete die halboffizielle Repräsentanz der Reichsregierung in Sowjetrussland.⁹⁵ Im Sommer 1921 begannen offizielle Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und der RSFSR zur Regelung der bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Zentraler Inhalt der Diskussionen waren die Kriegsentschädigungen, die diplomatische Anerkennung Sowjetrusslands sowie die Aufnahme von bilateralen Handelsbeziehungen.

Im Vorfeld der internationalen Wirtschaftskonferenz von Genua traf im Januar 1922 eine sowjetische Delegation zu politischen Gesprächen in Berlin ein.⁹⁶ Ziel dieser diplomatischen Mission war der Abschluss eines deutsch-sowjetischen Separatabkommens, um den politischen Ausgleich zwischen den westlichen Alliierten und dem Deutschen Reich zu verhindern. Die Verhandlungen scheiterten zwar am Widerstand Walter Rathenaus, der unmittelbar vor der Konferenz in Genua alle außenpolitischen Optionen offen halten wollte. Anfang des Jahres 1922 erhielten jedoch die Befürworter enger deutsch-sowjetischer Beziehungen einen zunehmenden Einfluss auf die deutsche Außenpolitik.⁹⁷

⁹⁴ Die Ursachen für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen sind beschrieben bei Niedhart, Gottfried: Die Außenpolitik der Weimarer Republik, München 1999, hier: S. 12; Baumgart: Ostpolitik, S. 334 ff.

⁹⁵ Zu den Hintergründen der Aufnahme deutsch-sowjetischer Beziehungen seit 1919 vgl. Baumgart: Ostpolitik, S. 369; Kennan, George: Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin, Stuttgart 1961, hier: S. 251. Grottian: Anleitung, S. 217 ff.; Mueller: Rapallo, S. 30, 52 ff.

⁹⁶ Hauptziele der Genua-Konferenz waren die politische Entspannung und der ökonomische Wiederaufbau in Europa. Krüger: Außenpolitik, S. 152; Mueller: Rapallo, S. 248. Zur sowjetischen Rapallo-Politik und der Verhinderung einer „kapitalistischen Einkreisung“ vgl. Grottian: Anleitung, S. 259.

⁹⁷ Die internen Diskussionen der deutschen Regierung und der Einfluss der Ostpolitiker sind dargestellt bei Mueller: Rapallo, S. 182, 258 ff.; Krüger: Versailles, S. 110, 317. Allerdings bedeutete Rapallo keine vollständige Abkehr von der Ausgleichspolitik: „Die Erfüllungspolitik sollte nicht aufgegeben, sondern durch den Ausbau der Ostpolitik anders gewichtet werden.“ Krüger: Außenpolitik, S. 151.

Mit dem Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922 setzten sich die Ostpolitiker gegen eine weitergehende Westorientierung der deutschen Außenpolitik durch. Das Abkommen beinhaltete die gegenseitige diplomatische Anerkennung, den Verzicht auf Kriegsentschädigungen sowie eine Regelung der bilateralen Handelsbeziehungen. Die Reaktion der Westalliierten auf Rapallo, die machtpolitische Konsequenzen der deutsch-sowjetischen Annäherung befürchteten, fiel sehr negativ aus. Dadurch wurde der weitere Verlauf der Konferenz in Genua beeinträchtigt und die deutsche Verhandlungsposition wesentlich verschlechtert. Eindeutiger Gewinner des Rapallo-Vertrags war nach Forschungsergebnissen die RSFSR. Rapallo wirkte sich negativ auf das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reichs und den Westalliierten aus und verhinderte somit einen Ausgleich mit Großbritannien und Frankreich.⁹⁸

Erst nach dem Ende des Ruhrkampfes 1923 arbeitete Gustav Stresemann an einer verstärkten Ausgleichspolitik mit Frankreich und konnte sich damit gegen die Ostpolitiker im Auswärtigen Amt durchsetzen. Daraus erfolgten der Abschluss der Locarno-Verträge, die Aufnahme des Reichs in den Völkerbund sowie große Fortschritte bei der deutsch-französischen Entspannungspolitik. Dennoch waren die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion auch in Stresemanns Erfüllungspolitik ein wichtiger Faktor. Das deutsch-sowjetische Verhältnis blieb trotz der Annahme des Dawes-Plans ein Druckmittel der revisionistischen Politik gegenüber den Westalliierten. So war der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von Brockdorff-Rantzau, ein entschiedener Befürworter der deutschen Ostpolitik. Auch die sowjetische Regierung, die eine erneute internationale Isolierung befürchtete, zeigte nach 1924 Interesse an engen politischen Beziehungen zum Deutschen Reich.⁹⁹

⁹⁸ Zu den Ergebnissen von Rapallo und den negativen Folgen für das Deutsche Reich vgl. Beitel/Nötzold: Wirtschaftsbeziehungen, S. 35; Krüger: Versailles, S. 113 ff.; Niedhart: Außenpolitik, S. 15; Spalding: Osthandel, S. 187.

⁹⁹ Die deutsch-sowjetischen Beziehungen während der Locarno-Politik sind dargestellt bei Krüger: Außenpolitik, S. 315 ff.; Geyer: Außenpolitik, S. 192. So äußerte Brockdorff-Rantzau: „Deutschland und Russland sind durch vitale Interessengemeinschaft verbunden.“ Zitiert in Fischer: Außenpolitik, S. 41.

Die gemeinsamen politischen Interessen bildeten somit weiterhin eine Basis zur Fortführung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Durch den Abschluss des Berliner Vertrags am 24. April 1926 wurden diese Beziehungen bestärkt. Der Vertrag bildete das Gegenstück zur westorientierten Locarno-Politik des Deutschen Reichs und beinhaltete die deutsche Neutralitätszusicherung an die Sowjetunion sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee. Zudem wurde im Anschluss an den Berliner Vertrag der bilaterale Handel weiter ausgebaut.

3.4 Fazit: Politischer Rahmen der deutsch-sowjetischen Beziehungen

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs konkurrierten im Deutschen Reich die Befürworter einer Westintegration des Reichs mit den Anhängern der Ostpolitik um die Methode zur Revision des Versailler Vertrages. In dieser Auseinandersetzung um den Kurs der Weimarer Außenpolitik, die zum Teil auf den außenpolitischen Konzeptionen der Kriegszeit basierte, nahmen die Beziehungen zur Sowjetunion einen hohen Stellenwert ein. Auch westorientierte Erfüllungspolitiker wie Rathenau und Stresemann sahen in den deutsch-sowjetischen Beziehungen ein Instrument, um den diplomatischen Spielraum des Deutschen Reichs zu verbessern. Innerhalb der Revisionspolitik fiel der deutschen Wirtschaft, dem „letzten verbliebenen Machtpotential“, eine besondere Funktion zu. Der Außenhandel war ein wichtiges Instrument der Weimarer Diplomatie.

Lenin entwickelte in Anlehnung an Marx die theoretischen Voraussetzungen zur Aufnahme internationaler Beziehungen Sowjetrusslands. Nach Lenin hatten diese Außenbeziehungen zunächst das Ziel, die Revolution in Russland gegenüber den Westmächten und deren Verbündeten abzusichern. Aufgrund der internationalen Isolierung sowie der schweren Wirtschaftskrise in Russland waren auch nach dem Ende des Bürgerkriegs diplomatische Beziehungen mit kapitalistischen Staaten erforderlich. Das bilaterale Verhältnis zum Deutschen Reich war hierbei von zentraler strategischer Bedeutung. Ebenso wie das Deutsche Reich war auch die sowjetische Regierung an den politischen und ökonomischen Vorteilen bilateraler Beziehungen interessiert.

Innerhalb des Versailler Systems begünstigten die spezifischen nationalen und internationalen Rahmenbedingungen die Aufnahme deutsch-sowjetischer Beziehungen, die seit den ersten inoffiziellen Kontakten im Jahr 1919 anhand mehrerer bilateraler Verträge nachvollziehbar ist. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen beschränkten sich nicht nur auf die politische Ebene, sondern hatten auch eine wichtige ökonomische Komponente: der Ausbau des bilateralen Handels wurde von beiden Seiten als politisch erwünschtes Ziel definiert. Die gemeinsamen politischen Interessen des Deutschen Reichs und Sowjetruslands bildeten somit die Basis für die Aufnahme bilateraler Wirtschaftsbeziehungen.

4 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Innerhalb der politischen Vorgaben basierten die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen auf den strukturellen Voraussetzungen beider Volkswirtschaften. Zunächst wird die Struktur des Welthandels erläutert. Weiterhin soll die Entwicklung der deutschen und der sowjetischen Volkswirtschaft sowie die Außenhandelsstrategien beider Länder beschrieben werden. Abschließend wird der Verlauf der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg dargestellt.

4.1 Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Während des 19. Jahrhunderts war ein Netz internationaler Handelsbeziehungen entstanden, an dem vor allem die industrialisierten Staaten Europas und die USA partizipierten. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte die Weltwirtschaft einen sehr hohen Integrationsgrad erreicht. Dieses System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen wurde durch den Weltkrieg und die Nachkriegsordnung tief greifend verändert.¹⁰⁰ Der Krieg unterbrach die traditionellen Handelsnetzwerke, die nach 1918 nur schwer wieder aufgebaut werden konnten. Ursache der wirtschaftlichen Desintegration war zum einen die protektionistische Zollpolitik aller Industriestaaten, die den Zugang ausländischer Firmen zum eigenen Binnenmarkt erschwerte. Zum anderen wurde in fast allen Krieg führenden Staaten privater Unternehmensbesitz der Kriegsgegner enteignet. Neben Produktionsanlagen oder Handelsvertretungen gingen damit auch die etablierten Lieferkontakte auf den jeweiligen ausländischen Märkten verloren. Ein dritter Faktor der strukturellen Veränderung des Welthandels war die Schwächung aller europäischen Volkswirtschaften. Vor allem die USA konnten während der Kriegszeit die etablierten europäischen Industriestaaten überholen und wurden zur führenden Weltwirtschaftsmacht.¹⁰¹

¹⁰⁰ Zur den Folgen des Ersten Weltkriegs auf das Weltwirtschaftssystem vgl. Schulz: Wirtschaftsordnung S. 37 ff.; Aldcroft, Derek H: Die zwanziger Jahre, in: Fischer, Wolfram (Hg.): Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, München 1978; Treue, Wilhelm: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, Bd. 2, 20. Jahrhundert, Stuttgart 1973; Fischer: Zwischenkriegszeit, S. 26-49.

¹⁰¹ Zur Schwächung der europäischen Volkswirtschaften und dem wirtschaftlichen Aufschwung der USA und auch Japans vgl. Aldcroft: Zwanziger Jahre, S. 49 ff.; Schulz: Wirtschaftsordnung, S. 44; Fischer: Zwischenkriegszeit, S. 17, 42.

Die dominierende Stellung der USA zeigte sich auch auf dem internationalen Finanzsektor. Viele europäische Staaten waren nach 1918 von einer Inflation ihrer Währungen betroffen, die sich im Deutschen Reich und einigen Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns zur Hyperinflation ausweitete. Aber auch die Währungen Frankreichs und Großbritanniens verloren im Vergleich zum US-Dollar, der sich in der Nachkriegszeit als Weltleitwährung durchsetzte, an Wert. Diese Instabilität der Währungen und die damit verbundenen Schwankungen der Wechselkurse hatten erhebliche Auswirkungen auf das internationale Kreditwesen und den Welthandel.¹⁰²

Bis Kriegsende hatten sich alle Krieg führenden europäischen Mächte bei in- und ausländischen Kreditgebern hoch verschuldet.¹⁰³ In dem komplexen System aus gegenseitigen Schuldenbeziehungen waren die USA der größte Gläubiger und das Deutsche Reich der größte Schuldner. Ein wichtiges Ergebnis der Pariser Verträge war deshalb die Festschreibung der Reparationen, welche die Kriegsverlierer an die Siegerstaaten zu entrichten hatten. Das Deutsche Reich trug bei diesen Reparationen die Hauptlast. Mit den deutschen Reparationen wollten die Entente-Mächte, vor allem Frankreich und Großbritannien, auch die Rückzahlung ihrer inter-alliierten Kriegsschulden an die USA refinanzieren. Eine wichtige Voraussetzung dieser Entschuldungskonzeption war, dass ein Teil der deutschen Reparationen mittels einer Wiederaufnahme des Außenhandels finanziert werden sollte.

Somit setzte der Versailler Vertrag einerseits einen offenen Weltmarkt zur Lösung der Schuldenproblematik voraus. Andererseits verhinderte die Hochzollpolitik aller Industriestaaten sowie die instabilen Währungsverhältnisse das Wachstum des Welthandels, das die Voraussetzung für deutsche Reparationszahlungen war.¹⁰⁴ Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs konnte der hohe Integrationsgrad der Weltwirtschaft nicht

¹⁰² Zu den Währungsproblemen der Nachkriegszeit vgl. Aldcroft: Zwanziger Jahre, S. 123, 147 ff.; Holtfrerich, Carl-Ludwig: Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980.

¹⁰³ Eine Ausnahme bildete die sowjetische Regierung, welche die Schulden des zaristischen Russlands nicht anerkannte und deshalb vom internationalen Reparationsregime ausgeschlossen wurde. Aldcroft: Zwanziger Jahre, S. 97 ff., 154 ff.

¹⁰⁴ Exemplarisch zu den Folgen der wirtschaftlichen Desintegration vgl. Hardach, Karl: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Göttingen 1979, hier: S. 34; Aldcroft: Geschichte der Weltwirtschaft, S. 97; Schulz: Wirtschaftsordnung, S. 30.

wieder hergestellt werden. Da zudem ein internationales Regime zur Regulierung des Welthandels nicht vorhanden war, verblieb den einzelnen Staaten nur die Option bilateraler Wirtschaftsabkommen. Vor allem für Sowjetrussland und das Deutsche Reich, die international politisch isoliert waren, hatten bilaterale Handelsabkommen eine wichtige Funktion zur Verwirklichung ihrer außenwirtschaftlichen Ziele.

4.2 Deutsche und sowjetische Außenwirtschaftsstrategien

Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft

Der Verlauf des Ersten Weltkriegs erforderte eine sukzessive Umstellung der deutschen Industrie auf die Rüstungsproduktion. Allerdings wurde die Versorgung mit Rohstoffen durch die Isolation des Deutschen Reichs von den internationalen Märkten unterbrochen. Die Wirtschaftsblockade der Alliierten schädigte vor allem Industriezweige - wie die Elektroindustrie - mit einem hohen Bedarf an unterschiedlichen Rohstoffen. Nach Ende des Kriegs musste die deutsche Industrie ihre Produktion wieder auf die Anforderungen der Friedenswirtschaft umstellen. Diese Umstellung wurde jedoch aufgrund der 1919 einsetzenden Wirtschaftskrise im Reich erschwert. Fast alle deutschen Unternehmen hatten in der Nachkriegszeit große wirtschaftliche Probleme.¹⁰⁵

Grundlegend für die Unternehmenspolitik war zunächst der Fortbestand marktwirtschaftlicher Strukturen im Deutschen Reich. Der Konflikt zwischen Unternehmern und der organisierten Arbeiterschaft konnte während der Weimarer Republik allerdings nie vollständig beigelegt werden. Vor allem in den ersten Nachkriegsjahren belasteten Streiks und politische Auseinandersetzungen die Produktivität erheblich.¹⁰⁶ Die Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik wurde ebenfalls durch die Auswirkungen des Versailler Vertrags maßgeblich beeinflusst. Vor allem an der Reparationsfrage entzündete sich schon zu Beginn der 1920er Jahre eine Kontroverse über das Potenzial der deutschen Volkswirtschaft, diese Zahlungen aufzubringen.

¹⁰⁵ Die strukturellen Grundlagen der deutschen Wirtschaft, die Kriegswirtschaft sowie die Umstellung auf die Friedenswirtschaft sind dargestellt in Rohlack, Momme: *Kriegsgesellschaften (1914-1918): Arten, Rechtsformen und Funktionen in der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkriegs*, Frankfurt 2001; Balderston, Theo: *Economics and Politics in the Weimar Republic*, Cambridge 2002.

¹⁰⁶ Zum Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmen vgl. Wulf: *Vorstellungen*; S. 29; Schieck, Hans: *Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novembersturz*, Heidelberg 1958.

Die Alliierten setzten im Versailler Vertrag ebenfalls Einschränkungen der deutschen Wirtschaftssouveränität, wie bei Zoll- und Handelsrechten, durch. Außer den verschiedenen Beschränkungen der deutschen Exporte beinhaltet der Versailler Vertrag auch den Vorbehalt des einseitigen Meistbegünstigungsprinzips für die Alliierten. Zwar ist in der Forschung umstritten, bis zu welchem Grad die einzelnen Regelungen eine wirtschaftliche Erholung des Reichs wirklich beeinflussten. Dennoch besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass der Versailler Vertrag die Entwicklung der deutschen Exportwirtschaft deutlich beschränkte. Damit wurde eine positive deutsche Außenhandelsbilanz, die Voraussetzung zur Finanzierung der Reparationszahlungen, verhindert.¹⁰⁷

Erst nach Beilegung der Ruhrkrise konnte die deutsche Wirtschaft stabilisiert werden. Die Inflation endete mit der Einführung der Rentenmark Ende des Jahres 1923. Durch den Dawes-Plan wurden im Jahr 1924 die Reparationszahlungen des Deutschen Reichs auf eine neue Grundlage gestellt. Die deutschen Unternehmen erhielten Zugang zu internationalen Kreditinstituten und konnten ihren Absatz auf den westeuropäischen Märkten deutlich steigern.¹⁰⁸ Für die deutsche Wirtschaft setzte im Jahr 1924 ein Konjunkturaufschwung ein, der sich bis zur Weltwirtschaftskrise fortsetzte und sowohl von der gestiegenen Inlandsnachfrage als auch vom zunehmenden Umfang des Exportgeschäfts getragen wurde. Die Nachhaltigkeit dieser wirtschaftlichen Erholung darf jedoch nicht überbewertet werden, vielmehr blieben bestimmte strukturelle Probleme auch weiterhin latent vorhanden.¹⁰⁹

¹⁰⁷ Zur Diskussion um die Folgen des Versailler Vertrags für die deutsche Wirtschaft vgl. Balderston: Economics, S. 12, 32; Bellers: Außenwirtschaftspolitik, S. 60; Schulz: Wirtschaftsordnung, S. 47; Fischer: Zwischenkriegszeit, S. 44; Krüger: Versailles, S. 70-118.

¹⁰⁸ Zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des Dawes-Plans vgl. Balderston: Economics, S. 23 ff.

¹⁰⁹ Zur Diskussion um die Thesen Knut Borchardts zu den Strukturprobleme der deutschen Wirtschaft, sowie den Auswirkungen der wirtschaftlichen Depression auf die Stabilität der Weimarer Republik vgl. Petzina, Dietmar: War there a crisis before the crisis? The State of the German economy in the 1920s, in: Kruedener, Jürgen von (Hg.): Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic 1924-1933, Oxford 1990; Balderston: Economics, S. 68; Maier, Charles: Die Nicht-Determiniertheit ökonomischer Modelle. Überlegungen zu Knut Borchardts These von der "kranken Wirtschaft" der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), S. 275-294; Fischer: Zwischenkriegszeit, S. 49.

Deutsche Außenwirtschaftspolitik

Auch die deutsche Exportwirtschaft wurde durch die Folgen des Ersten Weltkriegs tiefgreifend geschädigt.¹¹⁰ Die deutsche Außenwirtschaftspolitik strebte deshalb eine gleichberechtigte Reintegration des Deutschen Reichs in die internationalen Handelsbeziehungen an. Primäres Ziel dieser Politik war es, die im Krieg unterbrochene Versorgung der Industrie mit Rohstoffen wieder herzustellen. Durch die Ergebnisse des Versailler Vertrages erhielt die Außenwirtschaftspolitik seit 1919 auch im Zusammenhang mit den Reparationen einen wichtigen Stellenwert. Aus Sicht der meisten zeitgenössischen Ökonomen, Politiker und Unternehmer stellte der Export die einzige Möglichkeit dar, die für den Transfer von Reparationszahlungen benötigten Devisenüberschüsse zu erhalten. Den deutschen Unterhändlern in Versailles diente dieses Argument als wichtige Verhandlungsbasis bei den Diskussionen um die Festsetzung der endgültigen Reparationen. Dadurch erhielt der Außenhandel eine starke politische Dimension.¹¹¹

Allerdings führte dieses Druckmittel der deutschen Unterhändler bei den Friedensverhandlungen nicht zum Erfolg. Im Versailler Vertrag wurden mehrere Handelsbeschränkungen für das Reich festgelegt.¹¹² Diese tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse verhinderten eine substantielle Steigerung des deutschen Exports. Zwar wurde der deutsche Außenhandel seit 1919 wieder aufgenommen, sein Volumen blieb jedoch weit unter dem der Vorkriegszeit und konnte die Erwartungen der deutschen Exportindustrie zunächst nicht erfüllen. Trotz der Einschränkungen des Versailler Vertrags

¹¹⁰ Hardach: Wirtschaftsgeschichte, S. 14; Schulz: Wirtschaftsordnung, S. 49; Krüger: Außenpolitik, S. 93, 141; Spaulding: Osthandel, S. 107; Petzina: Crisis, S. 15; Wulf: Vorstellungen, S. 36.

¹¹¹ Zur Diskussion um die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Reparationszahlungen vgl. Krüger: Außenpolitik, S. 141; Balderston: Economics, S. 26 ff.; Bellers, Jürgen: Außenwirtschaftspolitik und politisches System. Historisch-komparatistische Studien zur Weimarer Republik und zur Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit anderen Industrie- und Entwicklungsländern, in: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), S. 236-257; Hardach: Wirtschaftsgeschichte, S. 34. Trachtenberg, Marc: The Evidence of French Moderation, in: Keylor, William R. (Hg.): The Legacy of the Great War. Peacemaking, 1919, Boston 1998, S. 138-155.

¹¹² Die wirtschaftlichen Regelungen des Versailler Vertrags waren unter anderem: die einseitige Meistbegünstigung für die Alliierten in Art. 264, 265, die Einschränkung der deutschen Zollhoheit in Art. 270, die Festlegung dieser Bedingungen auf fünf Jahre in Art. 280 sowie die Enteignungen deutschen Besitzes in Art. 297. Auswärtiges Amt (Hg.): Der Vertrag von Versailles. Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten nebst dem Schlußprotokoll und der Vereinbarung betr. die militärische Besetzung der Rheinlande, Berlin 1924.

blieb der Aufbau von Außenwirtschaftsbeziehungen jedoch weiterhin ein zentrales Ziel der deutschen Außenpolitik. Aufgrund der Wirtschaftskrise im Deutschen Reich stand den Unternehmen kein aufnahmefähiger nationaler Absatzmarkt zur Verfügung. Deshalb war für die Reichsregierung um Wirth und Rathenau „die Außenwirtschaft die einzige verbliebene Hoffnung auf Besserung“.¹¹³

Aufgrund der Einschränkungen des Versailler Vertrags zum Handel mit den Westalliierten bot der Osthandel eine Alternative zur Ausweitung des deutschen Außenhandels.¹¹⁴ Ebenfalls war die Aufnahme deutsch-sowjetischer Wirtschaftsbeziehungen ein politisch erwünschtes Ziel. Nationalkonservativen Eliten im Deutschen Reich, zu denen einflussreiche Wirtschaftsvertreter zählten, forderten auch nach Kriegsende eine Verwirklichung der osteuropäischen Dimension des Mitteleuropa-Konzepts.¹¹⁵ Allerdings war der Osthandel mit der RSFSR im Reich politisch keineswegs unumstritten. Gegen diese Konzeption argumentierten unter anderem Rathenau und Stresemann, die einen gemäßigten wirtschaftlichen Kurs gegenüber Sowjetrußland und eine stärkere Handelsverflechtung mit den Westalliierten befürworteten. Somit konkurrierten die Befürworter des Osthandels mit den Anhängern der Westintegration um den außenwirtschaftlichen Kurs des Deutschen Reichs. Seit Beginn der NEP im Jahr 1921 und der nachfolgenden Öffnung der sowjetischen Wirtschaft für ausländische Unternehmen erhielt die erst genannte Position ein Übergewicht in der deutschen Außenpolitik. Auch westorientierte Politiker wie Rathenau verfolgten nun verstärkt das Ziel engerer Wirtschaftsbeziehungen mit der RSFSR.¹¹⁶

Mit dem Auslaufen der einseitigen Meistbegünstigung für die Alliierten im Jahr 1924 erhielt das Deutsche Reich einen größeren Spielraum in seiner Außenwirtschaftspolitik. Im selben Jahr begannen die Verhandlungen mit mehreren westlichen Staaten über

¹¹³ Zitiert aus: Krüger: Außenpolitik, S. 144.

¹¹⁴ Zur deutschen Wirtschaftspolitik gegenüber der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern vgl. Spaulding: Osthandel, S. 192 ff.; Müller: Weltmacht, S. 30 ff; Hardach: Wirtschaftsgeschichte, S. 19. Auch die britische Regierung befürwortete die Fokussierung des deutschen Außenhandels nach Osteuropa, um dadurch die westeuropäischen Märkte zu entlasten. Die Pläne eines Russland-Konsortiums konnten jedoch nicht umgesetzt werden. Krüger: Außenpolitik, S. 141 f., 158 ff.; Linke: Beziehungen, S. 168.

¹¹⁵ Zum Mitteleuropa-Diskurs in der Nachkriegszeit vgl. Müller: Weltmacht, S. 44, 59 ff. Meyer: Drang, S. 111-126; Schultz: Grenzen, S. 269-277.

¹¹⁶ Schulz: Wirtschaftsordnung, S. 74; Krüger: Außenpolitik, S. 159, 333; Mick: Propaganda, S. 13.

Handelsregelungen, die bis 1927 erfolgreich abgeschlossen wurden. Dem Deutschen Reich gelang somit nach 1924 eine partielle Reintegration in die Weltwirtschaft. Der Schwerpunkt der deutschen Außenwirtschaftspolitik verschob sich damit auf die, im Vergleich zur Sowjetunion, für die deutsche Wirtschaft viel attraktiveren westlichen Märkte.¹¹⁷

Bis zur Annahme des Dawes-Plans erschwerten jedoch die politischen Spannungen eine wirtschaftliche Annäherung des Deutschen Reichs an die Westalliierten. Deutsche Politiker und Wirtschaftsvertreter befürworteten deshalb die Ausrichtung der deutschen Außenwirtschaftskonzeption nach Osteuropa. Damit war die Voraussetzung für den Aufbau bilateraler deutsch-sowjetischer Handelsbeziehungen gegeben.

Grundlagen der sowjetischen Wirtschaftspolitik

Vor dem Ersten Weltkrieg war Russland an der Schwelle von einem Entwicklungs- zu einem Industrieland. Einerseits waren zwar wichtige strukturelle Grundlagen der Industrialisierung in Form von Banken, Infrastruktur, einer Unternehmerschicht oder einer eigenen Industrieproduktion vorhanden. Andererseits blieb das Zarenreich, in dem ein Großteil der Bevölkerung weiterhin in der Landwirtschaft beschäftigt war, im Wesentlichen agrarisch geprägt. Der Industrialisierungsprozess beschränkte sich nur auf wenige Regionen im Westen des Landes. Die russische Außenwirtschaftsstruktur war durch den Export von Primärgütern - wie Getreide und Rohstoffe - sowie den Import von Industrieprodukten bestimmt.¹¹⁸

¹¹⁷ Zur Entwicklung der deutschen Außenhandelspolitik nach Verabschiedung des Dawes-Plans vgl. Schulz: Wirtschaftsordnung, S. 71 ff; Bellers: Außenwirtschaftspolitik, S. 60 ff, 204 ff.; Fischer: Zwischenkriegszeit, S. 50.

¹¹⁸ Die Entwicklung der russischen Volkswirtschaft bis zur Oktoberrevolution ist dargestellt bei Gotthelf, Michael: Außenhandelsentwicklung und Außenhandelsstrategie in der Sowjetunion: die Entwicklung des Außenhandels der Sowjetunion mit den westlichen Industrienationen und die sowjetische Außenhandelsstrategie in den Jahren 1918 – 1978, Frankfurt 1979, hier: S. 18 ff.; Gatrell: Tsarist economy, hier: S. 167-187; Haumann, Heiko: Kapitalismus im zaristischen Staat 1906-1917. Organisationsformen, Machtverhältnisse und Leistungsbilanz im Industrialisierungsprozess, Freiburg 1980, hier: S. 72-154; Rogger: Modernisation, S. 251-291.

Die innenpolitische Krise des Jahres 1917 sowie die sich abzeichnende Niederlage gegen das Deutsche Reich hatten äußerst negative Auswirkungen auf die russische Volkswirtschaft. Streiks, Produktionsrückgänge, Versorgungsprobleme, Verschleiß von Maschinen sowie der schlechte Zustand der Infrastruktur charakterisieren die wirtschaftlichen Bedingungen während des Revolutionsjahrs 1917. Angesichts dieser schweren ökonomischen Probleme war der wirtschaftliche Wiederaufbau nach der Oktoberrevolution eine dringende Notwendigkeit zur Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse.¹¹⁹

Grundlegend für die sowjetische Wirtschaftsführung war zunächst die ideologische Zielsetzung der Bolschewiki. Wie im Bereich der Außenbeziehungen hatte die Theorie als handlungsleitende Orientierung auch für die Wirtschaftspolitik einen wichtigen Stellenwert. Bei Marx ist der Materialismus die ontologische Basis für sein Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung.¹²⁰ Danach bestimmt das Sein das Bewusstsein, die Verteilung der Produktionsmittel ist das Unterscheidungsmerkmal der Klassen. Als grundlegende Handlungsmaxime folgte Marx daraus für die sozialistische Revolution, die Produktionsmittel zu enteignen und dem Staat als Vertreter der Gesellschaft zu übertragen. Auch innerhalb des theoretischen Verständnisses von Lenin war die Verstaatlichung von Industrie und Grundbesitz die vordringliche wirtschaftspolitische Aufgabe der Bolschewiki. Nach der Nationalisierung kam dem Staat in einer zweiten Phase die Aufgabe zu, die sozialistische Wirtschaft mittels eines staatskapitalistischen Planungsmodells zu organisieren. Der Staatskapitalismus diente der Vorbereitung einer klassen- und eigentumslosen Gesellschaft. Aus diesen theoretischen Annahmen ergaben sich somit zwei zentrale handlungsleitende Grundlagen für die wirtschaftspolitische Strategie der Bolschewiki. Der erste Schritt war die Verstaatlichung von Produktionsmitteln und Landbesitz nach der Revolution. Nach erfolgreicher Durchführung der Nationalisierung sollte der Staat die Planung und Organisation der Volkswirtschaft übernehmen.¹²¹

¹¹⁹ Zu den wirtschaftlichen Problemen Russlands nach der Oktoberrevolution vgl. Aldcroft S. 63 ff; Gotthelf: Außenhandelsentwicklung, S. 44; Hildermeier: Sowjetunion, S. 253 ff.

¹²⁰ Zu den theoretischen Grundlagen bei Marx und Lenin vgl. Sager: Wirtschaftspolitik, S. 19 ff.

¹²¹ Die wirtschaftspolitischen Implikationen der Theorie sind dargestellt bei Sager: Wirtschaftspolitik, S. 30, 60 ff.

Dem wirtschaftlichen Aufbau fiel ebenfalls eine wichtige sicherheitspolitische Aufgabe zu. Angesichts der alliierten Intervention war eine leistungsfähige Wirtschaft eine Voraussetzung für die Verteidigung der Revolution gegenüber äußeren Bedrohungen. Dazu äußerte Lenin:

„Jetzt haben wir einer ganzen Reihe von mächtigen Staaten das Kriegführen gegen uns ausgetrieben, ob jedoch auf lange, dafür können wir nicht bürgen. Man muß darauf gefaßt sein, daß sich die imperialistischen Räuber bei der kleinsten Änderung der Lage abermals gegen uns wenden werden. (...) Darum muß man vor allen Dingen die Wirtschaft wiederaufbauen, sie fest auf die Beine stellen“.¹²²

Diese Einschätzung der internationalen Politik prägte den wirtschaftspolitischen Kurs der frühen sowjetischen Wirtschaftsplanung.

Die ersten Maßnahmen zur Umsetzung der theoretischen Grundlagen erfolgten bereits kurz nach der Revolution.¹²³ Mit dem Dekret vom 26. Oktober 1917 wurde die Enteignung von Landbesitz beschlossen, die Nationalisierung der Banken erfolgte im Dezember diesen Jahres. Das Nationalisierungsdekret vom 28. Juni 1918 überführte die Großindustrie - auch den Besitz ausländischer Unternehmen - in Staatseigentum. Damit war das vordringliche wirtschaftspolitische Ziel der Bolschewiki, die Nationalisierung der Produktionsmittel, zumindest formal verwirklicht. Der zweite Schritt bestand in der Aufgabe, die sowjetische Wirtschaft unter staatlicher Kontrolle neu zu strukturieren. Der hierfür geschaffene Oberste Volkswirtschaftsrat (*Vysšij sovet narodnogo chozjajstva*, VSNCh) begann am 1. Dezember 1917 mit seiner Arbeit und war das zentrale Organ zur Leitung der sowjetischen Wirtschaft.¹²⁴

Ein weiteres Merkmal der wirtschaftspolitischen Planung war der Fokus der Bolschewiki auf die technologische Modernisierung. Das industriell rückständige Russland sollte durch den Einsatz neuer Technologien weiterentwickelt werden. Lenin forderte dazu: „Man muß überall mehr Maschinen einführen, muß zu einer breiten Anwendung der Maschinen

¹²² W. I. Lenin: Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare am 22. Dezember 1920, in: DERS.: Werke, Bd. 31, S. 491.

¹²³ Zu den ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bolschewiki nach der Revolution vgl. Laptin, Michail und Ponomarev, Evgenij: Lenin zur sozialistischen Wirtschaftsführung, Berlin 1970, hier: S. 7 ff.; 27ff., 40ff.

¹²⁴ Laptin/Ponomarev: Wirtschaftsführung, S. 18.

übergehen.“¹²⁵ Aufgrund der industriellen Rückständigkeit war der technologische Fortschritt jedoch nicht aus eigener Kraft zu erreichen. Der Einfuhr neuer Technologien aus den entwickelten Industrieländern, dem Technologietransfer, fiel deshalb eine tragende Rolle beim Aufbau der sowjetischen Wirtschaft zu. „Möge die Verbindung, die wir mit der Außenwelt, mit dem kapitalistischen Europa hergestellt haben (...) dazu dienen, uns unverzüglich die erforderliche technische Hilfe zu verschaffen.“¹²⁶

Die Gesamtplanung der Wirtschaft oblag dem 1920 gegründeten Rat für Arbeit und Verteidigung (*Sovet truda i oborony*, STO). Unter Leitung des STO wurden im VSNCh die industriellen Großbetriebe in insgesamt 16 funktionalen Branchenvereinigungen, den *Glavki* zusammengefasst, die von Hauptverwaltungen aus zentral koordiniert waren. Im Zuge einer Reorganisation der Wirtschaftsplanung übernahmen seit 1921 sukzessive Trusts und Syndikate die Organisation von Produktion und Vertrieb. Die zentrale Planungskompetenz verblieb jedoch weiterhin beim VSNCh. Für die Ausarbeitung von wissenschaftlichen Plänen zur Wirtschaftsentwicklung war seit Anfang 1921 der Gosplan (*Gosudarstvennyj plan*) zuständig, welcher ebenfalls dem STO unterstellt war. Das System zur Wirtschaftsplanung Sowjetrusslands war durch eine hohe Komplexität charakterisiert: die Kompetenzen von STO, VSNCh, Gosplan und weiteren Institutionen der Wirtschaftsplanung überschritten sich. Deutlich wurde jedoch der Versuch der Bolschewiki, nach der Oktoberrevolution die theoretischen Vorgaben des zentralisierten Staatskapitalismus auch in die praktische Wirtschaftsplanung umzusetzen.¹²⁷

Die erste Phase der nachrevolutionären Wirtschaftsplanung wird von der Forschung mit dem Begriff Kriegskommunismus bezeichnet.¹²⁸ Das Ergebnis dieser von 1917-1921

¹²⁵ W. I. Lenin im Zusammenhang mit der Torfgewinnung: Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare am 22. Dezember 1920, in: DERS.: Werke, Bd. 31, S. 507. Zur Bedeutung des technischen Fortschritts vgl. Knirsch, Peter: Technischer Fortschritt und zentrale Planwirtschaft, in: Markert, Werner (Hg.): Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Das Wirtschaftssystem, Köln 1965, S. 213-235, hier: S. 217.

¹²⁶ W. I. Lenin im Zusammenhang mit der Elektroindustrie und dem Friedensvertrag mit Estland am 2. Februar 1920, in: DERS.: Werke, Bd. 30, S. 326.

¹²⁷ Zur Organisation der sowjetischen Wirtschaft vgl. Laptin/ Ponomarev: Wirtschaftsführung, S. 20, 54 ff., 65 ff.; Raupach, Hans: Das Planungssystem, in: Markert, Werner (Hg.): Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Das Wirtschaftssystem, Köln 1965, S. 140-179, hier: S. 142-148.

¹²⁸ Zur sowjetischen Wirtschaftspolitik während des Kriegskommunismus vgl. Hildermeier: Sowjetunion, S. 144 ff.; Gotthelf: Außenhandelsentwicklung, S. 29ff.

dauernden Periode waren die Enteignungen in Industrie und Landwirtschaft sowie der Aufbau eines bürokratischen Apparates zur zentralen Wirtschaftsplanung. Angesichts der wirtschaftlichen Notlage während des Bürgerkriegs konnten jedoch keine großen Schritte zum Wiederaufbau der Industrie unternommen werden. Im Jahr 1921 war die Industrieproduktion auf 12%-16% des Jahres 1912 gesunken. Auch die landwirtschaftliche Produktion war nicht mehr ausreichend, um die Stadtbevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Die Auswirkungen des Bürgerkriegs erforderten deshalb nach 1921 eine Neuorientierung der sowjetischen Wirtschaftspolitik. Die bisherige Wirtschaftsplanung im Kriegskommunismus konnte die Erwartungen an den ökonomischen Wiederaufbau nicht erfüllen. Gegen große Widerstände innerhalb der Partei setzte Lenin während des Jahres 1921 den wirtschaftspolitischen Rückzug und die Grundlagen der NĚP durch.¹²⁹ Zunächst wurden die Bauern von den Anfang des Jahres 1919 eingeführten Getreiderequirierungen befreit und es wurde ihnen erlaubt, die erwirtschafteten Überschüsse auf dem Markt zu verkaufen. Neben dem Agrarsektor betraf die wirtschaftspolitische Neuorientierung vor allem auch die Industrie. So wurde die Nationalisierung von bisher nicht verstaatlichten Betrieben eingestellt und bereits unter staatlicher Kontrolle stehende Unternehmen konnten von Privatpersonen gepachtet werden. Allerdings verblieben die Großindustrie und die allgemeine Wirtschaftskoordination weiterhin unter zentraler staatlicher Aufsicht.

Infolge der seit 1921 durchgeführten Reformen erhielt die sowjetische Wirtschaft einen Mischcharakter aus staatlicher Planung und marktwirtschaftlichen Mechanismen. Diese Maßnahmen führten noch im selben Jahr zu wirtschaftlichen Erfolgen. Kleinindustrie und Landwirtschaft konnten ihre Produktion steigern. Der Wiederaufbau der Großindustrie, die weiterhin in staatlichen Monopolen organisiert blieb, verlief zwar deutlich langsamer. Die NĚP bewahrte jedoch „die sowjetische Wirtschaft vor dem Untergang“ und leistete somit einen wichtigen Beitrag zur inneren Stabilisierung des Regimes.¹³⁰

¹²⁹ Zum Rückzug der Wirtschaftspolitik und den Grundlagen der NĚP vgl. Erlich, Alexander: Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924-1928, Frankfurt 1971, hier: S. 18 ff; Wiles, Peter: Zentrale und dezentrale Elemente der Wirtschaftssteuerung, in: Markert, Werner (Hg.): Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Das Wirtschaftssystem, Köln 1965, S. 433-460, hier: S. 433.

¹³⁰ Erlich: Industrialisierungsdebatte, S. 11.

Allerdings verlief die wirtschaftliche Erholung nicht linear. Schon 1923 traten in der Scherenkrise die strukturellen Defizite der sowjetischen Wirtschaftsordnung hervor.¹³¹ Die NĚP hatte ihren Zweck, die unmittelbare Stabilisierung der Wirtschaft, jedoch für Lenin bereits erfüllt. „Ein Jahr lang befanden wir uns auf dem Rückzuge. Wir müssen jetzt im Namen der Partei sagen, genug! Das Ziel, das mit dem Rückzuge verfolgt wurde, ist erreicht. Diese Periode geht zu Ende.“¹³² In der seit 1924 intensiv geführten Industrialisierungsdebatte wurde die Zukunft der sowjetischen Wirtschaftsordnung kontrovers diskutiert. Nach der „Restauration“ der NĚP sollte nun die „Rekonstruktion“ der sozialistischen Wirtschaft umgesetzt werden. Kernpunkt dieser Debatte war, auf welche Weise die Industrialisierung der RSFSR verwirklicht werden sollte.¹³³

Der russische Bürgerkrieg verhinderte zunächst eine Stabilisierung der Wirtschaft nach der Oktoberrevolution. Erst seit dem Jahr 1921 wurden innerhalb der NĚP wirtschaftliche Reformen durchgeführt, die sich positiv auf die industrielle und landwirtschaftliche Produktion auswirkten. Die grundsätzliche wirtschaftspolitische Strategie der sowjetischen Regierung wurde durch diesen taktischen Rückzug im Grundsatz jedoch nicht in Frage gestellt. Ziel blieb der rasche Aufbau der sowjetischen Industrie unter den Bedingungen der staatszentristischen Wirtschaftsplanung. Aufgrund der Rückständigkeit der sowjetischen Wirtschaft war die Aufnahme von Außenhandelsbeziehungen mit den entwickelten Industrieländern eine wichtige Voraussetzung für den industriellen Aufbau.

Sowjetische Außenwirtschaftspolitik

Der Beginn des Ersten Weltkriegs unterbrach die Handelsbeziehungen mit dem Deutschen Reich, dem bisher wichtigsten Handelspartner Russlands. Nach der Oktoberrevolution und der westlichen Intervention im russischen Bürgerkrieg kam auch der Außenhandel mit den Alliierten in Folge der Handelsblockade fast vollständig zum Erliegen.¹³⁴

¹³¹ Zur Scherenkrise und den Problemen der NĚP vgl. Hildermeier: Sowjetunion, S. 168;

¹³² W. I. Lenin im Jahr 1923, zitiert in: Sager: Wirtschaftspolitik, S. 77.

¹³³ Zur „Restauration“ und „Rekonstruktion“ der sowjetischen Wirtschaft, der rechten und der linken Opposition in der Industrialisierungsdebatte sowie Stalins Wirtschaftspolitik vgl. Erlich: Industrialisierungsdebatte S. 11, 66 ff.; Sager: Wirtschaftspolitik, S. 55, 77 ff.

¹³⁴ Zur Bedeutung des russischen Außenhandels der Vorkriegszeit vgl. Knorre, Werner von: Der Ausbau des Außenhandelsmonopols, in: Markert, Werner (Hg.): Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Das Wirtschaftssystem, Köln 1965, S. 461-483, hier: S. 461 ff.; Gotthelf: Außenhandelsentwicklung, S. 25, 31.

Die Bolschewiki lehnten die Aufnahme internationaler Handelsbeziehungen zunächst ab. Allerdings veränderte sich diese Position seit 1918 analog zur Anpassung der Außen- und Wirtschaftspolitik an die gegebenen internationalen Rahmenbedingungen. So äußerte sich Lenin im Zusammenhang mit dem sowjetisch-britischen Handelsabkommen von 1921: „Solange unsere Sowjetrepublik ein isoliertes Gebiet am Rande der ganzen kapitalistischen Welt bleibt, wäre es eine absolut lächerliche Phantasterei und Utopie, zu glauben, wir seien wirtschaftlich völlig unabhängig.“¹³⁵ Die Notwendigkeit auswärtiger Hilfe beim Wiederaufbau der sowjetischen Wirtschaft begründete Lenin mit folgendem Argument: „Ohne Betriebsausrüstungen, ohne Maschinen aus den kapitalistischen Ländern läßt sich das (der wirtschaftliche Wiederaufbau, der Verf.) in kurzer Zeit nicht erreichen.“¹³⁶ „Der Sozialismus ist undenkbar ohne die großkapitalistische Technik.“¹³⁷ Die Außenwirtschaftsbeziehungen hatten somit den Zweck, durch den Import von Investitionsgütern den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft zu unterstützen. Für Lenin war der Außenhandel deshalb ein integraler Bestandteil des Kampfes gegen die kapitalistischen Staaten:

„Wenn wir den Warenaustausch mit dem Ausland wollen – wir aber wollen ihn, wir sehen seine Notwendigkeit ein -, so sind wir hauptsächlich daran interessiert, möglichst schnell von den kapitalistischen Ländern diejenigen Produktionsmittel (Lokomotiven, Maschinen, elektrische Apparate) zu erhalten, ohne die wir unsere Industrie halbwegs ernsthaft nicht wiederherstellen können, weil unsere Fabriken die notwendigen Maschinen nicht bekommen können. Es gilt, den Kapitalismus durch große Profite zu bestechen. Er wird einen Überprofit einheimen. Mag er diesen Überprofit einstecken. Wir werden das Wesentliche bekommen, mit dessen Hilfe wir uns befestigen, endgültig auf die Beine kommen und ihn wirtschaftlich besiegen werden.“¹³⁸

Mit dem Dekret des Außenhandelsmonopols vom 22. April 1918 wurde die zentrale Voraussetzung für die Organisation der Außenwirtschaftsbeziehungen geschaffen.¹³⁹ Lenin verteidigte die Einführung dieses Monopols gegen starke Widerstände innerhalb der Partei, unter anderem gegen Trotzki, der das neu gegründete Volkskommissariat für Handel und

¹³⁵ W. I. Lenin: Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare am 22. Dezember 1920, in: DERS.: Werke, Bd. 31, S. 489.

¹³⁶ Ebd. S. 491.

¹³⁷ W. I. Lenin: Über linke Kinderei und Kleinbürgerlichkeit, Mai 1918, in: DERS.: Werke, Bd. 27, 332.

¹³⁸ W. I. Lenin: Referat über die Konzessionen, gehalten am 21. Dezember 1921, in: DERS.: Werke, Bd. 31, S. 476.

¹³⁹ Zur Diskussion über das Außenhandelsmonopol vgl. Gotthelf: Außenhandelsentwicklung, S. 37, 46 ff.; Erlich: Industrialisierungsdebatte, S. 27 ff; Knorre: Außenhandelsmonopol, S. 465 ff.

Industrie als zu schwerfällig und unflexibel kritisierte. Auf Druck Lenins wurde das Außenhandelsmonopol durchgesetzt, ein „sowjetischer Markt“ für ausländische Unternehmen existiert nun nicht mehr:

„Der gesamte Außenhandel wird nationalisiert. Die Handelsgeschäfte in Bezug auf den Einkauf und Verkauf von Erzeugnissen aller Art (aus der fördernden und verarbeitenden Industrie, der Landwirtschaft usw.) – werden im Verkehr mit ausländischen Staaten und einzelnen Handelsunternehmungen im Auslande im Namen der Russischen Republik von speziell hierzu bevollmächtigten Organen getätigt. Außerhalb dieser Organe sind jegliche Handelsgeschäfte mit dem Ausland zwecks Ausfuhr und Einfuhr verboten.“¹⁴⁰

Bis zum Ende des Bürgerkriegs löste sich Sowjetrussland fast vollständig aus dem Weltmarkt heraus. Allerdings verdeutlicht die Reise von Leonid Krasin nach Stockholm im Jahr 1918 und nach Kopenhagen im Frühjahr 1920, dass die sowjetische Regierung noch während der alliierten Handelsblockade das Ziel verfolgte, wirtschaftliche Kontakte zu westlichen Staaten zu knüpfen.¹⁴¹ Der offizielle Außenhandel entwickelte sich parallel zur Aufnahme der diplomatischen Außenbeziehungen sowie den Anfängen der NÉP im Jahr 1921. Mit Großbritannien wurde am 16. März 1921 ein Handelsabkommen geschlossen. Darauf folgten auch mit anderen Staaten entsprechende Verträge, so mit den baltischen Ländern, dem Deutschen Reich und Frankreich.¹⁴²

Problematisch war allerdings die Bezahlung der benötigten Importgüter.¹⁴³ Die niedrige Produktion der Agrarwirtschaft, vor dem Krieg größter Exporteur Russlands, ermöglichte keine ausreichende Gegenfinanzierung der Importe. Auch die Lockerung der Goldblockade durch die Alliierten seit Mitte des Jahres 1920 reichte zur Finanzierung der Importgüter nicht aus. Aus diesem Grund suchte die sowjetische Regierung neue Möglichkeiten für die Finanzierung der Importe, um mit geringen Mitteln den Produktionsgüter- und Technologietransfer zu realisieren.

¹⁴⁰ Aus dem Dekret des Rates der Volkskommissare Nr. 437 über die Nationalisierung des Außenhandels, zitiert in: Gotthelf: Außenhandelsentwicklung, S. 31.

¹⁴¹ Krassin: Life and Work, S. 120; O'Connor: Engineer, S. 231 ff.

¹⁴² Zum Abschluss der Handelsverträge nach 1921 vgl. Knorre: Außenhandelsmonopol, S. 469 ff.; Gotthelf: Außenhandelsentwicklung, S. 45; Garamvölgyi: Handelsabkommen, S. 121.

¹⁴³ Gotthelf: Außenhandelsentwicklung, S. 71; Beitel/Nötzold: Wirtschaftsbeziehungen, S. 105ff.

Lenin begründete die Vergabe von Konzessionen an ausländische Unternehmen als ein Instrument dieses Transfers wie folgt:

„(...) Wir müssen sagen, daß von einem Verkauf Russlands an die Kapitalisten keine Rede sein kann, daß es sich um Konzessionen handelt, wobei jeder Konzessionsvertrag an eine bestimmte Frist, ein bestimmtes Abkommen gebunden und mit allen Garantien versehen ist (...). Und uns tut es nicht leid, daß die Kapitalisten dabei Extraprofite einstecken – wenn es uns nur gelingt, die Wirtschaft wiederaufzubauen.“¹⁴⁴

„Konzessionen sind eine Fortsetzung des Krieges auf wirtschaftlicher Ebene.“¹⁴⁵

Konzessionen wurden vom Obersten Konzessionskomitee beim Rat der Volkskommissare vergeben. Der Konzessionsnehmer verpflichtete sich, innerhalb eines bestimmten Zeitraums auf eigenes Risiko die benötigten Maschinen für das Geschäft zu importieren. Im Gegenzug garantierte die Regierung den Unternehmen den Transfer ihrer Gewinne ins Ausland. Konzessionen wurden auch an gemischte Gesellschaften vergeben, an denen die sowjetische Regierung die Mehrheit des Kapitals selbst hielt und die restlichen Anteile ausländische Partner erbrachten. Gemischte Gesellschaften waren vor allem im Handel und Transitverkehr beschäftigt. Von 1921-1926 wurden insgesamt 330 Konzessionen an ausländische Unternehmen oder gemischte Gesellschaften vergeben, an über 30% dieser Konzessionen waren deutsche Firmen beteiligt.¹⁴⁶

Eine weitere Alternative, die vor allem seit Mitte der 1920er Jahre in Anspruch genommen wurde, bildeten technische Hilfsverträge zwischen der sowjetischen Wirtschaft und ausländischen Unternehmen. Die Unternehmen stellten das Fachpersonal zur Entwicklung und Fertigstellung von Industrieprojekten zur Verfügung und lieferten die benötigten Maschinen zur Durchführung der Projekte. Prominente Beispiele sind die technische Hilfe ausländischer Unternehmen am Bau des *Dneprostroj*-Kraftwerks oder an der Planung der Moskauer U-Bahn. Der größte Anteil der technischen Hilfsverträge entfiel auf deutsche Unternehmen.¹⁴⁷

¹⁴⁴ W. I. Lenin: Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare am 22. Dezember 1920, in: DERS.: Werke Bd. 31, S. 489.

¹⁴⁵ W. I. Lenin: Rede in der Versammlung der Zellensekretäre der Moskauer Organisation der KPR am 26. November 1920, nach einem Artikel der *Prawda* vom 30. November, in: DERS.: Werke, Bd. 31, S. 428.

¹⁴⁶ Zur Konzessionspolitik vgl. auch Erlich: Industrialisierungsdebatte, S. 28; Lorenz, Herbert: Handbuch des Aussenhandels und Verkehrs mit der UdSSR und der Staats- und Wirtschaftspolitischen Verhältnisse der Sowjetunion, Berlin-Grünwald 1930, hier: S. 237-254.

¹⁴⁷ Knirsch: Planwirtschaft, S. 217 ff.; Lorenz: Handbuch, S. 254-260.

Allein die Konzessionen und technischen Hilfsverträge konnten den hohen Bedarf der sowjetischen Wirtschaft jedoch nicht decken. Der Warenimport musste größtenteils über Devisen- oder Goldreserven finanziert werden, welche nur in geringem Umfang vorhanden waren. Die sowjetische Regierung entschied deshalb, zur Realisierung der Importe auf ausländische Kredite zurückzugreifen. Krasin sprach sich sehr deutlich für die Aufnahme von Krediten aus: „Die Kardinalfrage... ist und bleibt der Kredit... Der Außenhandel wird in keinem anderen Lande der Welt ohne Kredit geführt.“¹⁴⁸ Allerdings konnte erst im Jahr 1925 durch den Abschluss eines deutsch-sowjetischen Kreditabkommens der Zugang zu internationalen Finanzmärkten eröffnet werden.

Seit Beginn der NEP und dem Abschluss von offiziellen Handelsverträgen konnte der Außenhandel zwar substantiell gesteigert werden. Er blieb jedoch weit unter dem Niveau der Vorkriegszeit und wies bis zum Jahr 1924 eine negative Bilanz für Sowjetrußland auf. Die Ursache der negativen Außenhandelsbilanz war vor allem das geringe Exportpotenzial der sowjetischen Wirtschaft. Dadurch fehlten die Mittel zur Finanzierung der benötigten Importgüter. Allerdings steigerte die RSFSR seit 1921 den Rohstoffexport und nach 1923 auch den Lebensmittelexport. Mit den Erlösen aus dem Exportgeschäft wurde der Import von Maschinen für den Aufbau der Industrie und der Agrarwirtschaft finanziert. Vor allem das Deutsche Reich konnte seine Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland kontinuierlich ausbauen und war seit Mitte der 1920er Jahre sowjetischer Haupthandelspartner.¹⁴⁹

¹⁴⁸ Leonid Krasin zitiert in Gotthelf: Außenhandelsentwicklung, S. 73.

¹⁴⁹ Vgl. Anhang E, Tabelle 2, S. 130. Zur negativen sowjetischen Zahlungsbilanz vgl. Anhang E, Tabelle 3, S. 131.

4.3 Deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen in der Nachkriegszeit

Die deutsch-russische Handelsstruktur der Vorkriegszeit war im Wesentlichen bestimmt durch den Export deutscher Industrieprodukte nach Rußland, sowie den deutschen Import russischer Rohstoffe und Nahrungsmittel.¹⁵⁰ In der Nachkriegszeit bildeten die deutsch-sowjetische Annäherung auf politischer Ebene sowie die strukturellen Voraussetzung beider Volkswirtschaften die Grundlage für die Aufnahme von Handelsbeziehungen.

Nach Abbruch der offiziellen diplomatischen Beziehungen am 5. November 1918 bestanden weiterhin inoffizielle deutsch-sowjetische Kontakte. Auf verschiedenen Ebenen wurde in den ersten beiden Nachkriegsjahren die Aufnahme bilateraler Wirtschaftsbeziehungen kontrovers diskutiert. Lenin bekundete bereits kurz nach Kriegsende seinen ausdrücklichen Willen am Handel mit dem Deutschen Reich. Dagegen wollte sich die Reichsregierung wegen der politischen Unsicherheiten im russischen Bürgerkrieg sowie der gespannten Beziehungen zu den Alliierten zunächst nicht auf eine eindeutige Position festlegen. Das Reichswirtschaftsministerium befürchtete zwar, eine Verzögerung der Wiederaufnahme von Beziehungen mit der RSFSR würde die Wirtschaftsinteressen deutscher Firmen langfristig schädigen. Vom Leiter der Handelsabteilung des Auswärtigen Amts Franz von Stockhammern wurde die geschäftliche Perspektive im Juni 1919 jedoch negativ eingeschätzt: „Tatsächlich besteht indessen z.Z. überhaupt keine Möglichkeit des Warenaustauschs mit Sowjetrußland.“¹⁵¹ Das AA konnte sich mit dieser Position zunächst durchsetzen. Auch ein Teil der deutschen Wirtschaft, vor allem die Agrarwirtschaft, sprach sich gegen die Wirtschaftsbeziehungen mit Sowjetrußland aus. Ebenso verhinderte die weiterhin instabile innenpolitische Lage in beiden Ländern den Abschluss eines offiziellen deutsch-sowjetischen Handelabkommens.¹⁵²

¹⁵⁰ Zur asymmetrischen Handelsstruktur zwischen dem Deutschen Reich und Russland vgl. Perrey: Russlandausschuss, S. 25.

¹⁵¹ Zitiert in Linke, Beziehungen, S. 64. Zur Einschätzung des Geschäfts mit der Sowjetunion durch das AA vgl. auch Spaulding, Osthandel, S. 180.

¹⁵² Zum Widerstand der Agrarwirtschaft gegen die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen vgl. Strandmann: Rapallopolitik, S. 318; Bellers: Außenwirtschaftspolitik, S. 173-193.

Die Einrichtung eines deutschen Büros in Moskau im November 1920 war der erste Schritt zur Aufnahme offizieller Wirtschaftsbeziehungen.¹⁵³ Dieses Büro vermittelte Ende des Jahres 1920 die erste Warenbestellung der sowjetischen Regierung bei deutschen Unternehmen. Allerdings blieb das Volumen des Warenaustauschs äußerst begrenzt. So betrug der deutsche Export in die RSFSR von Januar bis September 1921 nur ca. 160 Millionen Rubel, im Vergleich mit beinahe 3 Milliarden Rubel im Jahr 1913.¹⁵⁴ Beide Regierungen zeigten jedoch Interesse am Ausbau der Warenlieferungen. Im März 1921 wurde Boris Stomonjakow vom Volkskommissariat für Handel und Industrie zu Verhandlungen in Wirtschaftsfragen autorisiert, die jedoch durch die deutsche Teilnahme an der Konferenz von London zunächst verzögert wurden. Allerdings verlief die Konferenz für die deutsche Delegation höchst unbefriedigend. So erließen Großbritannien und weitere Länder Gesetze zur zusätzlichen Besteuerung deutscher Importwaren. Angesichts dieser zusätzlichen Handelshemmnisse in mehreren westeuropäischen Ländern intensivierte die Reichsregierung seit März 1921 die Gespräche mit der sowjetischen Handelsdelegation.¹⁵⁵

Diese Verhandlungen führten am 6. Mai 1921 zum Abschluss eines vorläufigen Abkommens.¹⁵⁶ Das Abkommen beinhaltete zwar keine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, es stellte das deutsch-sowjetische Verhältnis jedoch auf eine vertragliche Grundlage. In Berlin wurde eine sowjetische Handelsvertretung unter Leitung Boris Stomonjakows als offizieller Ansprechpartner für die deutsche Wirtschaft eingerichtet, worauf der deutsch-sowjetische Handel stark zunahm. Ebenfalls wurden noch während des Jahres 1921 mehrere gemischte Gesellschaften gegründet, welche zunächst vor allem der Abwicklung des Handelsverkehrs dienten.¹⁵⁷

¹⁵³ Zu den Anfängen der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen seit 1920 vgl. Linke: Beziehungen, S. 122 ff.; Strandmann: Rapallopolitik, S. 182 ff.

¹⁵⁴ Allerdings summierten sich die Importe aus dem Deutschen Reich wieder auf 22,3% an der Gesamteinfuhr der Sowjetunion. Anhang E, Tabelle 3, S. 131.

¹⁵⁵ Das sowjetisch-britische Handelsabkommens vom 16. März 1921 übte einen zusätzlichen Handlungsdruck auf die Reichsregierung aus. Linke: Beziehungen, S. 132 f.

¹⁵⁶ Zum Abschluss des vorläufigen Abkommens vgl. Beitel/Nötzold: Wirtschaftsbeziehungen, S. 32; Knorre: Außenhandelsmonopol, S. 470; Strandmann: Rapallopolitik, S. 189; Mueller: Rapallo, S. 201 ff. Linke: Beziehungen, S. 125-139.

¹⁵⁷ Linke: Beziehungen, S. 143.

Der Vertrag von Rapallo festigte die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Zwar standen vor allem politische Beweggründe hinter diesem Abkommen. Es wurde jedoch ebenfalls eine Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen beschlossen die gegenseitige Meistbegünstigung vereinbart.¹⁵⁸ Rapallo konnte die hohen Erwartungen in die Ausweitung des bilateralen Handels jedoch nicht erfüllen. Trotz der wirtschaftlichen Erfolge der NĚP erwies sich die Sowjetunion als nur begrenzt aufnahmefähig für deutsche Produkte und auch das Außenhandelsmonopol bildete ein großes Hindernis für deutsche Unternehmen. Dennoch konnte der bilaterale Handel nach Rapallo deutlich gesteigert werden. Das Deutsche Reich wurde seit 1925 zum Haupthandelspartner der Sowjetunion, allerdings auf einem niedrigen Niveau im Vergleich mit der Vorkriegszeit.¹⁵⁹

Die Schließung der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin im Mai 1924 wirkte sich negativ auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen aus und auch die Annahme des Dawes-Plans durch das Deutsche Reich führte zu politischen Differenzen.¹⁶⁰ Allerdings blieb die strategische Bedeutung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen als politisches Instrument der deutschen Außenpolitik erhalten. Der bilaterale Wirtschaftsvertrag vom 12. Oktober 1925 – unmittelbar vor Beginn der Konferenz in Locarno – war deshalb primär eine politische Botschaft an die Westalliierten zur Demonstration der engen deutsch-sowjetischen Beziehungen. Das sowjetische Außenhandelsmonopol, dessen Aufhebung die deutsche Wirtschaft nachdrücklich forderte, blieb jedoch unangetastet.¹⁶¹

¹⁵⁸ Die wirtschaftliche Bedeutung von Rapallo ist dargestellt bei Linke: Beziehungen, S. 195.

¹⁵⁹ Zur Entwicklung des deutsch-sowjetischen Handels nach 1922 vgl. Beitel/Nötzold: Wirtschaftsbeziehungen, S. 133; Spaulding: Osthandel, S. 185 sowie Tabelle 4, S. 132, in Anhang E.

Die Auswirkungen des deutsch-sowjetischen Warenabkommens vom 1. März 1923 werden von Müller, der in diesem Zusammenhang von einem Verhalten seitens der deutschen Industrie wie gegenüber einem „Kolonialgebiet“ spricht, sehr hoch eingeschätzt, Müller: Weltmacht, S. 61 f.

¹⁶⁰ Die politischen Hintergründe dieser vorübergehenden Schließung sind beschrieben bei Strandmann: Rapallopolitik, S. 318.

¹⁶¹ Zur Kritik der deutschen Wirtschaft am sowjetischen Außenhandelsmonopol vgl. Strandmann: Rapallopolitik, S. 187 ff.; Knorre: Außenhandelsmonopol, S. 472.

Allerdings regelte der Vertrag auch zentrale Fragen des Handelsverkehrs, wie die Gewährung von Warenkrediten und Ausfallbürgschaften durch die deutsche Regierung.¹⁶² Im Februar 1926 wurde das Kreditabkommen nochmals erweitert. Die Reichsregierung stellte der deutschen Wirtschaft insgesamt 300 Millionen Reichsmark an Krediten für den Export in die Sowjetunion bereit. Beide Kreditabkommen bereiteten den Berliner Vertrag im April 1926 vor, der nach Spaulding im Zusammenhang mit den vorangegangenen Abkommen zu betrachten ist: „The Treaty of Berlin completed Stresemann’s policy of balancing first economic agreements with the West (Dawes) and the Soviets (12 October 1925), and then defensive political agreements with the West (Locarno) and the Soviets (Berlin Treaty).”¹⁶³

4.4 Fazit: Wirtschaftlicher Rahmen der deutsch-sowjetischen Beziehungen

Der bilaterale Handel zwischen dem Deutschen Reich und der RSFSR nahm seit dem Abschluss des vorläufigen Abkommens im Jahr 1921 deutlich zu. Vergleichbar mit der asymmetrischen Handelsstruktur der Vorkriegszeit war der Warenverkehr im Wesentlichen bestimmt durch die deutsche Ausfuhr von Maschinen und Investitionsgütern sowie durch den sowjetischen Export von Primärgütern. Zwar blieb das Handelsvolumen unter dem der Vorkriegszeit zurück, das Deutsche Reich wurde jedoch über die verschiedenen Formen der Außenwirtschaftsbeziehungen – Konzessionen, gemischte Gesellschaften, technische Hilfsverträge, Gewährung von Warenkrediten – seit 1922 zum wichtigsten Außenhandelspartner der RSFSR. Aufgrund des Außenhandelsmonopols waren direkte Beziehungen zwischen ausländischen Unternehmen und sowjetischen Wirtschaftsbetrieben nicht möglich, der Aufbau der Handelskontakte musste deshalb ausschließlich über das Volkskommissariat für Handel und Industrie bzw. die sowjetische Handelsvertretung in Berlin organisiert werden. Die Handelsvertretung entwickelte sich trotz ihrer vorübergehenden Schließung zur wichtigsten Adresse für deutsche Unternehmen im Geschäft mit Sowjetrußland. Sie diente der Vermittlung von Kontakten und war zum Abschluss von Verträgen autorisiert. Die Handelsvertretung in Berlin war die Schnittstelle zwischen der sowjetischen Wirtschafts- und Außenhandelsplanung einerseits, und den deutschen Unternehmen andererseits.

¹⁶² Zur Bedeutung der Kreditfinanzierung vgl. Pohl, Manfred (1975): Die Finanzierung der Russengeschäfte zwischen den beiden Weltkriegen, in: Beiheft zu Tradition 9 (1975), S. 7-48.

¹⁶³ Spaulding: Osthandel, S. 193.

Bis zum Ende der 1920er Jahre stieg das Volumen des bilateralen Handels kontinuierlich an. Allerdings war der Anteil des Exports in die Sowjetunion am deutschen Gesamtexport bis zur Weltwirtschaftskrise gering.¹⁶⁴ Erst seit der Weltwirtschaftskrise und dem Beginn des ersten Fünfjahresplans gewannen die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen erheblich an Volumen. Diese Intensivierung des Handels war jedoch anderen politischen und wirtschaftlichen Faktoren unterworfen als die bilateralen Beziehungen bis zur Mitte der 1920er Jahre.

Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommen seit 1921 bildeten einen vertraglichen Rahmen zur Aufnahme des bilateralen Handels. Nach den Vorgaben der sowjetischen Wirtschaftsplanung hatte vor allem die Entwicklung der Elektroindustrie Vorrang.

¹⁶⁴ Vgl. Anhang E, Tabelle 5, S. 132.

5 Struktureller Rahmen der Elektroindustrie

Zunächst wird auf die Interessen der deutschen Elektroindustrie eingegangen. Die Unternehmensstrategie von Siemens in der Nachkriegszeit steht hier im Vordergrund.¹⁶⁵ In Sowjetrußland wurde seit dem Jahr 1918 die Großindustrie schrittweise nationalisiert und unter staatliche Kontrolle gestellt. Somit wird ebenfalls die Funktion der Elektroindustrie innerhalb der staatlichen Wirtschaftsplanung untersucht. Aus den Strategien von Siemens sowie der sowjetischen Wirtschaftsplanung ergaben sich die Möglichkeiten zur Aufnahme von Geschäftsbeziehungen.

5.1 Die Deutsche Elektroindustrie und Siemens nach dem Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg schädigte die internationale Stellung der deutschen Elektronunternehmen nachhaltig.¹⁶⁶ Besonders betroffen waren die Firmen durch Enteignungen in den feindlichen Staaten. Ein international orientiertes Unternehmen wie Siemens erlitt dadurch große Verluste.

Seit Beginn des Ersten Weltkriegs hatte die deutsche Elektroindustrie sukzessive auf die Produktion von Rüstungsgütern bzw. auf die Belieferung der Rüstungsindustrie umgestellt. Bereits im Jahr 1914 erreichten bei Siemens die Rüstungsgüter einen hohen Anteil am Gesamtumsatz, der sich in den folgenden Jahren noch erheblich steigerte. Bei Kriegsende und dem folgenden Zusammenbruch der deutschen Kriegswirtschaft entfielen diese staatlichen Aufträge und Siemens musste sich auf die ökonomischen Bedingungen der Friedenswirtschaft einstellen. Eine große Belastung für das Unternehmen war der Verlust von zahlreichen Niederlassungen im Ausland infolge von Enteignungen und in den von Deutschland abgetretenen Gebieten. Dies erschwerte den erneuten Zugang zu den, nun durch protektionistische Importbeschränkungen geschützten, ausländischen Märkten.¹⁶⁷

¹⁶⁵ Die Darstellung von Siemens beruht weitgehend auf den Untersuchungen von Feldenkirchen. Für andere deutsche elektrotechnische Unternehmen gibt es keine vergleichbaren Studien. Czadas Untersuchungen sind auf die Entwicklung der Elektroindustrie in Berlin beschränkt, Czada, Peter: Die Berliner Elektroindustrie in der Weimarer Zeit. Eine regionalstatistisch-wirtschaftshistorische Untersuchung, Berlin 1969.

¹⁶⁶ Vor dem Ersten Weltkrieg kam 46,3% der Weltelektroausfuhr aus dem Deutschen Reich. Bis zum Jahr 1925 war dieser Wert auf 25,8% abgesunken. Feldenkirchen: Siemens, S. 647.

¹⁶⁷ Zur Rüstungsproduktion und zu den Enteignungen vgl. Feldenkirchen: Siemens, S. 173 f., 233; Siemens, Georg von: Geschichte des Hauses Siemens. Bd. 2: 1903-1922, Freiburg i. Br. 1949, hier: S. 244-292.

Der deutsche Markt konnte den Wegfall der staatlichen Rüstungsaufträge nicht ersetzen. Zwar wirkte sich die beginnende Inflation zunächst positiv auf den Export aus. Es stiegen jedoch dadurch die Rohstoffpreise und eine längerfristige Geschäftsplanung war wegen der Geldentwertung unmöglich. Ebenfalls wurde die Produktion durch die politischen Auseinandersetzungen sowie die Streiks der Arbeiterschaft massiv gestört. Außen- und innenpolitische Probleme sowie die nationalen und internationalen ökonomischen Rahmenbedingungen stellten Siemens in der Nachkriegszeit vor enorme Schwierigkeiten und erschwerten eine Neuausrichtung des Geschäfts auf die Friedenswirtschaft.¹⁶⁸

Im Vergleich mit anderen Branchen wie der Schwerindustrie gelang der Elektroindustrie die Umstellung auf die Friedenswirtschaft jedoch schneller.¹⁶⁹ Bis zur Ruhrkrise 1923 konnten bei Siemens steigende Aufträge verbucht werden. Für die positive Geschäftsentwicklung war vor allem der von Rohstofflieferungen weitgehend unabhängige Schwachstrombereich verantwortlich. Dagegen wurde die SSW durch die Materialknappheit und die Inflation stärker betroffen. Im Starkstrombereich setzte erst ab 1925 wieder eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung ein. Aufgrund der schwierigen Geschäftsbedingungen wurden verschiedene Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, durch die die Produktivität im Unternehmen gesteigert und die gestiegenen Produktionskosten zum Teil ausgeglichen werden konnten. Als weiteres großes Problem, auch nach der Inflationszeit, erwies sich der Kapitalmangel, der bei der SSW noch stärker ausgeprägt war als bei S&H, die als Aktiengesellschaft Zugriff auf den öffentlichen Kapitalmarkt hatte. Aufgrund der begrenzten Fähigkeit des deutschen Kapitalmarktes, die benötigten Finanzmittel bereits zu stellen, musste Siemens, wie auch andere deutsche Unternehmen, seit dem Jahr 1925 mehrere Anleihen in den USA aufnehmen.¹⁷⁰

Der Auslandsumsatz von Siemens war in den Kriegsjahren deutlich gesunken. Traditionelle Absatzmärkte sowie unternehmenseigene Produktionsanlagen und Vertriebsstrukturen im Ausland gingen verloren. Vor allem amerikanische Konkurrenten profitierten von der Schwäche der deutschen elektrotechnischen Unternehmen und

¹⁶⁸ Zur konjunkturellen Entwicklung während der Inflation und zu den Auswirkungen der Arbeitskämpfe auf das Unternehmen vgl. Feldenkirchen: Siemens, S. 113.

¹⁶⁹ Feldenkirchen: Siemens, S. 115, 310.

¹⁷⁰ Zu den Auslandsanleihen von Siemens vgl. Siemens, Georg von: Geschichte des Hauses Siemens. Bd. 3: 1922-1945, Freiburg i. Br. 1952, hier: S. 254-259.

übernahmen zu Beginn der 1920er Jahre die führende Weltmarktposition. Die internationalen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen nach Kriegsende erschwerten der deutschen Elektroindustrie zusätzlich eine erfolgreiche Wiederaufnahme des Exportgeschäfts.

Die Dominanz von Unternehmen wie IT&T, General Electric oder Westinghouse zeigte sich auch darin, dass diese nun zunehmend auf dem deutschen Markt präsent waren und dort die deutschen Firmen unter zusätzlichem Konkurrenzdruck setzten. Erst zur Mitte der 1920er Jahre konsolidierte sich die deutsche Elektroindustrie und wuchs bis zur Weltwirtschaftskrise stetig an. Siemens bewahrte während der Zwischenkriegszeit seine dominierende Stellung auf dem deutschen Markt und zählte seit Mitte der 1920er Jahre wieder zu den größten Elekrounternehmen weltweit.¹⁷¹

Organisationsstruktur von Siemens

Großen Einfluss auf die Neuausrichtung von Siemens und den Wiederaufstieg zu einem der weltweit führenden Elekrounternehmen hatte Carl Friedrich von Siemens, der von 1919 bis 1941 das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden von S&H und SSW bekleidete.¹⁷² Die Organisationsgrundlage des „Hauses Siemens“ bildeten auch in der Zwischenkriegszeit die Stammgesellschaften S&H und SSW.¹⁷³ Allerdings wurden nach Kriegsende zunehmend Unternehmensbereiche ausgegliedert und in eigene Gesellschaften überführt. So gründeten beide Stammgesellschaften im Jahr 1921 die Siemens-Bauunion GmbH (SBU) als gemeinsame Beteiligung. In der SBU, deren hauptsächliche Arbeitsgebiete der Untergrundbahn- und Kraftwerksbau waren, wurden alle bautechnischen Aktivitäten von S&H und SSW zusammengefasst.¹⁷⁴

¹⁷¹ Feldenkirchen: Siemens, S. 106 ff., S. 310 ff.

¹⁷² Zum Einfluss von Carl Friedrich von Siemens auf die Unternehmenspolitik in der Nachkriegszeit vgl. Siemens, Georg von: Carl Friedrich von Siemens: ein großer Unternehmer. Freiburg i. Br. 1960.

¹⁷³ Feldenkirchen: Siemens, S. 246, 247; Die grundsätzliche Organisationsstruktur wurde aus der Vorkriegszeit übernommen, vgl. Anhang D, Schaubild 2, S. 128.

von SSW: Feldenkirchen: Siemens, S. 77, 286, Feldenkirchen: Weltunternehmen, S. 145

¹⁷⁴ Die SBU war unter anderem am Bau des Kraftwerks von Dnjeprstroj oder der Untergrundbahnbau von Moskau beteiligt. Neutatz, Dietmar: Von der Stadtduma ins Politbüro? Entscheidungsprozesse bei der Projektierung der Moskauer Untergrundbahn 1897-1935, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropa 44 (1996) 3, S. 322-343. Rassweiler, Anne: The generation of power: The history of Dneprstroj. New York 1988.

Bei den SSW blieb die 1913 eingeführte Geschäftsorganisation auch nach dem Krieg bestehen. Dagegen veränderte sich die Unternehmensstruktur bei S&H mehrmals. Seit Anfang der 1920er Jahre wurde die Vertriebsorganisation von S&H und SSW seit Anfang der 1920er Jahre schrittweise angeglichen und der Gesamtvertrieb seit 1930 von der Zentralstelle der Technischen Büros (ZTB) verwaltet.¹⁷⁵

Auslandsgeschäft nach 1918

Während des Kriegs hatte Siemens seine Produktionskapazitäten stark ausgeweitet. Der deutsche Markt war jedoch nach Kriegsende mittelfristig nicht in der Lage, entsprechend den vorhandenen Produktionskapazitäten einen ausreichenden Absatzmarkt zu bieten. Ebenfalls setzte die amerikanische Konkurrenz die deutsche Elektroindustrie international und innerhalb des Deutschen Reichs unter großen Wettbewerbsdruck. Aufgrund dieser schwierigen Rahmenbedingungen war eine Ausweitung des ausländischen Geschäfts somit ein wichtiges Ziel der Unternehmensstrategie von Siemens.

Hier erwies sich das Netz von ausländischen Tochtergesellschaften und Geschäftsstellen von Vorteil, welches Siemens bis 1914 aufgebaut hatte. Trotz der Enteignungen boten diese Verbindungen in der Nachkriegszeit eine gute Ausgangsposition für den Wiederaufbau des Auslandsgeschäfts. Allerdings erschwerten die politische Isolation des Deutschen Reichs sowie der wirtschaftliche Protektionismus vieler Länder eine Ausweitung der Exporte. Die Entwicklung des Auslandsgeschäfts von Siemens hing deshalb von den wirtschaftspolitischen Außenbeziehungen des Deutschen Reichs ab.

Zwar konnte die deutsche Elektroindustrie nicht mehr die international herausragende Stellung der Vorkriegszeit erreichen, sie wurde jedoch seit Mitte der 1920er Jahre wieder weltgrößter Elektroexporteur. Die beiden Stammgesellschaften von Siemens trugen ca. 25% zum gesamten deutschen Elektroexport bei. Bei S&H machte der Exportanteil am Gesamtumsatz im Jahr 1925 bereits 27%, bei SSW sogar 37,7% aus. Den Auslandsvertrieb für das gesamte Unternehmen betreuten die ausländischen Geschäftsstellen, die seit 1930 in der ZTB zusammengefasst waren. Allerdings war das „Russlandgeschäft“ vom Aufgabenbereich der ausländischen TB ausgenommen und in einer eigenen Vertriebsstelle organisiert.¹⁷⁶

¹⁷⁵ Feldenkirchen: Siemens, S. 182 ff., 249 ff.

¹⁷⁶ Feldenkirchen: Siemens, S. 122; 235, sowie Anhang E, Tabelle 6, S. 133.

5.2 GOËLRO: Das sowjetische Elektrifizierungsprogramm

In der RSFSR waren die natürlichen Voraussetzungen zur Energieerzeugung ausreichend vorhanden.¹⁷⁷ Allerdings fehlte in den 1920er Jahre die Infrastruktur noch weitgehend, die zur Nutzung dieser Energiequellen notwendig ist. In der Nachkriegszeit gewann der überwiegende Teil der sowjetischen Bevölkerung Energie noch hauptsächlich aus Feuerholz und Torf. Lediglich in den industriellen Ballungsräumen, vor allem um St. Petersburg und Moskau, bestand aus der Vorkriegszeit eine moderne Energiewirtschaft, die jedoch durch die Auswirkungen des Bürgerkriegs nur begrenzt leistungsfähig war. Nach dem Ende des Bürgerkriegs litten die sowjetische Wirtschaft sowie große Teile der städtischen Bevölkerung unter der unzureichenden Energieversorgung. Der Aufbau einer leistungsfähigen Energiewirtschaft lag somit im Interesse der Bolschewiki zur Stabilisierung ihres Regimes.

Die sowjetische Energiepolitik wurde jedoch nicht nur durch ökonomische und soziale Notwendigkeiten beeinflusst, sondern ebenfalls durch die ideologische Komponente der technologischen Modernisierung.¹⁷⁸ Anfang des Jahres 1920 äußerte sich Lenin dazu:

„Das Zeitalter des Dampfes ist das Zeitalter der Bourgeoisie, das Zeitalter der Elektrizität – das ist Sozialismus. Wir müssen für den neuen ökonomischen Aufbau eine neue technische Basis haben. Diese neue technische Basis ist die Elektrizität. Auf dieser Basis werden wir alles aufbauen müssen.“¹⁷⁹

Die Elektrifizierung hatte somit einen wichtigen gesellschaftspolitischen Stellenwert für die Bolschewiki. Die Begründung lieferte Lenin in einer Rede vom Dezember 1920:

„Jeder, der das Leben auf dem Lande aufmerksam beobachtet und es mit dem Leben der Stadt verglichen hat, weiß, daß wir den Kapitalismus nicht mit der Wurzel ausgerottet und dem inneren Feind das Fundament, den Boden nicht entzogen haben. Dieser Feind behauptet sich dank dem Kleinbetrieb, und um ihm den Boden zu entziehen, gibt es nur ein Mittel: die Wirtschaft des Landes, auch die Landwirtschaft, auf eine neue technische Grundlage, auf die technische Grundlage der modernen Großproduktion, zu stellen. Eine solche Grundlage bildet nur die Elektrizität.“¹⁸⁰

¹⁷⁷ Vgl. Hewett, Edward: Energy, economics and foreign policy in the soviet union, Washington D.C.1984, hier: S. 29, 31; S. 97.

¹⁷⁸ Zu den „Technikutopien“ vgl. Knirsch: Planwirtschaft, S. 214-217.

¹⁷⁹ W. I. Lenin: Bericht auf der ersten Tagung des gesamtrussischen ZEK am 2. Februar 1920, in: DERS.: Werke, Bd. 30, S. 325.

¹⁸⁰ W. I. Lenin: Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare am 22. Dezember 1920, in: DERS.: Werke, Bd. 31, S. 513.

Die herausragende Bedeutung der Elektroindustrie fasste Lenin in den Worten zusammen: „Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.“¹⁸¹

Die Elektrifizierung sollte möglichst schnell umgesetzt werden und hatte innerhalb der sowjetischen Wirtschaftsplanung Priorität. Im Februar 1920 begann die, auf Initiative Lenins gegründete, Staatliche Kommission zur Elektrifizierung Russlands (*Gosudarstvennaja komissija po elektrifikacii Rossii*, GOËLRO) mit der Ausarbeitung einer langfristigen Strategie. Den GOËLRO-Plan, der im Dezember vom VIII. Allrussischen Rätekongress als erster Perspektivplan für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft verabschiedet wurde, bezeichnete Lenin als „zweites Parteiprogramm.“¹⁸² Dieser Plan sah die Versorgung von Industrie, Landwirtschaft, Transportwesen und Privathaushalten mit Elektrizität vor. Gegen parteiinterne Kritiker verteidigte Lenin die Planungskommission:

„Einen anderen einheitlichen Wirtschaftsplan als den von der „GOËLRO“ ausgearbeiteten gibt es nicht und kann es nicht geben. (...) Ein nicht geringerer Ignorantendünkel ist der Gedanke, es sei in der RSFSR eine andere allgemeine Planungskommission möglich als die GOËLRO.“¹⁸³

Nach den Organisationsplänen Leonid Krasins wurde im Jahr 1920 die sowjetische Elektroproduktion in einem Trust zusammengefasst und unter die Leitung des ehemaligen SSW-Direktors Alfred Schwartz gestellt. Krasin selbst übernahm zunächst die Führung der Elektrotechnischen Abteilung des Höchsten Wirtschaftsrats und damit die Verantwortung für die gesamte elektrotechnische Wirtschaft.

Für den Aufbau der Elektroindustrie benötigte die Sowjetregierung Investitionskapital, Maschinen und qualifizierte Arbeitskraft. Zwar waren die Fabrikationsanlagen aus der Vorkriegszeit teilweise noch intakt und auch das Fachpersonal stand teilweise noch zur Verfügung. Für die Anforderungen des Elektrifizierungsprogramms reichten die bestehenden Werke allerdings bei weitem nicht aus. Lenin forderte deshalb, zur Umsetzung des GOËLRO-Plans auf die Möglichkeiten der Außenwirtschaftsbeziehungen

¹⁸¹ Ebd., S. 513.

¹⁸² Ebd., S. 511. Zur Bedeutung der GOËLRO innerhalb der sowjetischen Wirtschaftsplanung vgl. Laptin/Ponomarev: Wirtschaftsführung, S. 56; Raupach: Das Planungssystem S. 140 ff; Blackwell: Industrialization, S. 75 ff.

¹⁸³ W. I. Lenin: Über den einheitlichen Wirtschaftsplan, am 22. Februar 1921 von der Prawda veröffentlicht, in: DERS.: Werke, Bd. 32, S. 139.

zurückzugreifen. Aufgrund der begrenzten finanziellen Reserven der sowjetischen Regierung konnte jedoch nur ein Teil der benötigten Importgüter für die Elektrifizierung in bar bezahlt werden:

„Um die Aufgaben der Elektrifizierung in finanzieller Hinsicht zu erfüllen, werden voraussichtlich 1 bis 1,2 Milliarden Goldrubel benötigt. Sie wissen, daß wir mit unserem Goldfonds bei weitem nicht diese ganze Summe decken können. (...) Deshalb müssen wir diese Ausgaben entsprechend dem von mir angeführten Plan durch Konzessionen decken.“¹⁸⁴

Das Elektrifizierungsprogramm war die Voraussetzung der gesellschaftlichen und industriellen Modernisierungskonzeption der Bolschewiki, der GOËLRO-Plan wiederum bildete die Grundlage für die allgemeine Wirtschaftsstrategie des Gosplan. Zur Umsetzung des GOËLRO-Plans war die sowjetische Industrie auf die Aufnahme außenwirtschaftlicher Beziehungen mit ausländischen Unternehmen angewiesen. Am elektrotechnischen Außenhandel der Sowjetunion konnten seit 1925 vor allem deutsche Unternehmen profitieren, ihr Anteil an der sowjetischen Gesamteinfuhr lag in diesem Bereich bei über 50%.¹⁸⁵

5.3 Fazit: Die Elektroindustrie in den deutsch-sowjetischen Beziehungen

In den vorangegangenen Kapiteln wurden die Rahmenbedingungen für die deutsch-sowjetischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg skizziert. Zunächst ist festzuhalten, dass im untersuchten Zeitraum eine Intensivierung der politischen Beziehungen erkennbar ist. Die Versuche der gegenseitigen Kontaktaufnahme führten zum Abschluss von politisch bedeutenden Verträgen wie dem von Rapallo 1922 oder dem Berliner Vertrag 1926. Das Deutsche Reich und die Sowjetunion zeigten Interesse an einer bilateralen Zusammenarbeit. Hinter den strategischen Erwägungen dieser Zusammenarbeit standen ideologische Differenzen zurück.

Auch die dargelegten Handelsverträge verdeutlichen eine grundsätzliche Bereitschaft zu bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Beide Seiten versprachen sich Vorteile aus der Entwicklung des deutsch-sowjetischen Handels. Die RSFSR benötigte den Außenhandel

¹⁸⁴ W. I. Lenin: Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare am 22. Dezember 1920, in: DERS.: Werke, Bd. 31, S. 513.

¹⁸⁵ Zum Umfang der elektrotechnischen Importe Sowjetrusslands aus dem Deutschen Reich vgl. Tabelle 7, S. 134, und Tabelle 8, S. 135, in Anhang E.

für die „Restauration“ und „Rekonstruktion“ ihrer Industrie, die deutschen Unternehmen suchten aufgrund der Krise der deutschen Volkswirtschaft nach ausländischen Absatzmärkten. Seit dem Jahr 1922 stieg der bilaterale Handel deutlich an und gewann für die sowjetische Wirtschaft eine wichtige Bedeutung, wohingegen der Anteil der deutschen Ausfuhr in die Sowjetunion am Gesamtexport bis zur Weltwirtschaftskrise begrenzt war. Insgesamt blieb das Volumen des bilateralen Handels weit unter dem der Vorkriegszeit zurück.

Das Auslandsgeschäft von Siemens wurde durch die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs deutlich eingeschränkt. Aufgrund der begrenzten Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes war allerdings eine erneute Ausrichtung der Unternehmensstrategie auf internationale Märkte erforderlich. Die positive Entwicklung des Auslandsgeschäfts in den 1920er Jahren zeigt, dass sich Siemens erfolgreich an die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Nachkriegszeit anpassen konnte. Die Voraussetzungen für die Aufnahme des Russlandgeschäfts waren jedoch, im Vergleich mit anderen Ländern, komplexer.

Innerhalb der sowjetischen Wirtschaftsplanung hatte das Elektrifizierungsprogramm eine besondere Funktion, die außer wirtschaftlichen Zielen auch wichtige gesellschaftspolitische Interessen beinhaltete. Der GOËLRO-Plan definierte die grundlegende Strategie der sowjetischen Industrialisierung. Voraussetzung für die Entwicklung der Elektroindustrie war die Aufnahme von Außenwirtschaftsbeziehungen mit ausländischen elektrotechnischen Unternehmen.

Aus der Analyse der strukturellen Rahmenbedingungen nach dem Ersten Weltkrieg folgt somit das Ergebnis, dass die Voraussetzungen für das Geschäft von Siemens mit der Sowjetunion gegeben waren.

III. DAS „RUSSLANDGESCHÄFT“ VON SIEMENS

6 Das „Russlandgeschäft“ von Siemens in den Jahren 1917-1926

Die in der vorliegenden Arbeit verwendeten Quellen stammen aus dem Firmenarchiv der Siemens AG in München, in dem sich der überwiegende Teil der Unternehmensakten befindet. Zwei unterschiedliche Signatursysteme kennzeichnen das Archivmaterial. Das ältere Signatursystem basiert auf einer alpha-numerischen Kennzeichnung, wie zum Beispiel SAA 11/Lf 449. Im neueren Signatursystem sind die Akten unter der Bezeichnung Siemens Archiv Akte (SAA) fortlaufend nummeriert. Die Auswahl der Quellen wurde nicht durch abgrenzbare Archivbestände bestimmt. Vielmehr erlaubt das elektronische Verzeichnungssystem eine Suchfunktion per Deskriptoren und ermöglicht damit den Zugriff auf Quellen zu einem bestimmten Thema innerhalb eines definierbaren Zeitraums. Aufgrund dieser breit angelegten Recherche werden in der vorliegenden Studie Archivalien aus verschiedenen Nachlässen und mehreren Unternehmensbereichen von Siemens verwendet. Die Kennzeichnung der Quellen wird im Folgenden anhand der Signatursysteme des Siemens-Archivs vorgenommen.

Es handelt sich bei den verwendeten Dokumenten ausschließlich um Überrest-Quellen. Eine Ausnahme bildet lediglich die Chronik des TB Ost.¹⁸⁶ Verschiedene Archivalientypen werden im Folgenden ausgewertet, die vor allem den Bereichen Rechnungswesen, geschäftlicher und betriebsinterner Schriftverkehr zuzuordnen sind. Von besonderem Interesse sind ebenfalls die Protokolle betriebsinterner Besprechungen. Ferner wurden auch Schriftstücke wie Reiseberichte, Privatbriefe oder Zeitungsartikel untersucht, von denen ausgegangen wird, dass sie ebenfalls in die betriebsinterne Diskussion eingeflossen sind. Die Auswahl der Quellen erfolgte über die Suchfunktion per Deskriptoren. Es wurden Dokumente untersucht, deren inhaltliche Beschreibung im elektronischen Verzeichnungssystem des Siemens-Archivs dem Thema der vorliegenden Arbeit entsprach.

¹⁸⁶ Das Manuskript wurde im Jahr 1944 von Ernst Eue, seit 1930 Handlungsbevollmächtigter beim TB Ost, verfasst und erläutert die Entstehung des TB Ost sowie dessen Geschäftsabwicklung in der Zwischenkriegszeit. Die Chronik enthält wertvolle Information, welche zum Teil nicht mehr in den Quellen zu finden sind. Allerdings ist der Bericht nur überblickartig gehalten und es werden keine Quellen zitiert, SAA 10756.

Ein großer Teil der hier verwendeten Dokumente wurde bisher noch nicht in einer wissenschaftlichen Studie untersucht. Dies gilt sowohl für Holzer, dessen Untersuchungszeitraum im Jahr 1918 endet, als auch für Strandmann, der im Jahr 1976 auf einen Teil der Quellen noch keinen Zugriff hatte. Das Siemens-Archiv konnte nach 1990 weitere Unternehmensakten aus den Beständen des ehemaligen DDR-Archivs, Außenstelle Dornburg, übernehmen. In der vorliegenden Untersuchung konnte ein Teil dieser Akten aus dem Dornburg-Bestand berücksichtigt werden.

Im Folgenden wird anhand der Quellen untersucht, wie sich die Geschäftsbeziehungen zwischen Siemens und der Sowjetunion entwickelten. Die chronologische Einteilung erfolgt aus den Erkenntnissen zum strukturellen Rahmen nach dem Ersten Weltkrieg. Das Kriterium zur Einteilung der Kapitel ergibt sich demnach durch den Beginn der deutsch-sowjetischen Vertragsbeziehungen auf staatlicher Ebene im Jahr 1921. Der Zeitraum von 1917 bis 1921, der bereits zum Teil von Holzer untersucht wurde, wird in einem Kapitel zusammengefasst, dem sich der Untersuchungszeitraum von 1921 bis 1926 anschließt. Beide Kapitel werden noch in weitere Abschnitte unterteilt. Aus der Quellenanalyse folgt als Ergebnis, wie die Kontaktaufnahme von Siemens zu Vertretern der sowjetischen Regierung verlief.

6.1 Der Zeitraum von 1917 bis 1921

Die russischen Siemens-Unternehmen vor der Oktoberrevolution

Schon vor der Märzrevolution 1917 versuchte die zaristische Regierung, den Einfluss deutscher Unternehmen in der russischen Wirtschaft einzuschränken. So beschloss die staatliche Kommission für die Elektroindustrie Anfang 1917, alle russischen Siemens-Betriebe zu fusionieren und in die staatliche Russische Gesellschaft Siemens zu überführen. Hermann Görz, ehemaliger Leiter der Russischen Elektrotechnische Werke Siemens & Halske AG in St. Petersburg und seit 1919 Leiter des Personalreferats von S&H in Berlin, erfuhr jedoch in einer Unterredung mit Leonid Krasin im Februar 1918 in Stockholm, dass die Verstaatlichung zunächst nicht vollzogen wurde:

„Zu einem Umtausch der Aktien resp. zur Bildung der neuen Gesellschaft ist es jedoch nicht gekommen, weil inzwischen die März-Revolution ausbrach. Sofort nach dieser Revolution haben die Banken ihre Einwilligung die Aktien der neuen Gesellschaft zu übernehmen, zurückgezogen und die Bildung der neuen Gesellschaft hat sich zunächst als unmöglich erwiesen.“¹⁸⁷

Nach einem Artikel der Zeitung *Birževyja vedomosti* vom 19. Juli 1917 führte die Regierung Kerenskij die Enteignung formal am 27. Mai 1917 durch.¹⁸⁸ Allerdings geht aus den Aufzeichnungen von Görz nicht hervor, dass die Gründung einer staatlichen russischen Gesellschaft Siemens tatsächlich noch während des Jahres 1917 erfolgte. Die Siemens-Betriebe wurden zwar seit der März-Revolution von einer staatlichen Kommission verwaltet, konnten jedoch ihre organisatorische Eigenständigkeit bewahren. So schrieb der Oberingenieur Adolf Hoffmann aus Stockholm an Otto von Have: „Wie Ihnen aus meinem vorhergehenden Brief bekannt, verwaltet jetzt die von der Regierung eingesetzte spezielle Direktion, aber unsere Herren haben keinen Grund sich darüber zu beklagen, da sie dadurch keine Schwierigkeiten erleiden.“¹⁸⁹

¹⁸⁷ Die Unterredung zwischen Görz und Krassin fand am 25. Februar 1918 in Stockholm statt. In der Niederschrift dieser Besprechung, datiert vom 1. März 1918, berichtete Görz ausführlich über die Entwicklung der russischen Siemenswerke seit dem Ausbruch des Weltkriegs. Demnach wurde bereits im Jahr 1915 im Auftrag der Kriegs- und Marine-Ministerien in allen russischen Fabriken eine „Fabrik-Überwachungs-Behörde“ geschaffen, welche die Produktion kontrollierte. Diese Niederschrift ist eine der wichtigsten Quellen für die Jahre von 1914 bis 1918, SAA Lk 162, S. 10.

¹⁸⁸ Aus einer Ausgabe der *Birževyja vedomosti* vom 19. Juli 1917, SAA 6361.

¹⁸⁹ Die Funktion des Absenders sowie des Adressaten innerhalb des Unternehmens konnte anhand der Quellen nicht geklärt werden. Hoffmann in einem Brief bezüglich der geschäftlichen Lage der russischen SSW und S&H Gesellschaften, datiert am 14. Juni 1917 in Stockholm, SAA 6361.

Nach dem Bericht von Görz konnten Arbeiter und Angestellte infolge der Märzrevolution allerdings Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen sowie die Bildung von Räten in den Betrieben durchsetzen. Die Fabrikation litt unter den Schwierigkeiten im Transportwesen, welche die Versorgung mit Rohstoffen und Zulieferprodukten erschwerten. Aufgrund der Lohnerhöhungen und der gestiegenen Materialkosten gerieten die russischen Siemens-Unternehmen in Finanzierungsprobleme, welche durch eine Kreditsperre der Banken noch verstärkt wurden. Diese Faktoren führten zu einer deutlichen Verteuerung und Senkung der Produktionsleistung bei Siemens seit März 1917.

Aus den Mitteilungen Krasins an Görz wird deutlich, dass Siemens im Vergleich zu anderen Firmen durch die Folgen der Märzrevolution deutlich geringer betroffen war. Dennoch wirkten sich die politischen und wirtschaftlichen Probleme in Russland sehr negativ auf das Unternehmensgeschäft aus.

Die russischen Siemens-Unternehmen nach der Oktoberrevolution

Nach Einschätzung von Görz standen die russischen Siemens-Betriebe im Februar 1918 vor zwei Herausforderungen¹⁹⁰. Zum einen musste die Umstellung der Produktion auf die Friedenswirtschaft schnellstmöglich durchgeführt werden. Zum anderen hatte sich Siemens an die strukturellen Umstände des nachrevolutionären Russlands anzupassen. Als Hauptprobleme für die Geschäftstätigkeit sah er die „Verkehrshemmnisse, die allgemeine Zerrüttung des ganzen wirtschaftlichen Organismus, Lohn- und Gehälterverhältnisse, Steuern“ sowie die Probleme bei der Materialbeschaffung¹⁹¹. Der häufige Ausfall des Stromnetzes führte dazu, dass „wegen Mangels an Energie nur 2-3 Tage die Woche gearbeitet werden kann (...). Vollen Strom erhält dauernd nur die Staatsdruckerei.“¹⁹² Damit wurde bereits der notwendige Wiederaufbau der Elektrizitätsversorgung angedeutet.

Görz beschrieb in seinem Bericht über die Unterredung mit Krasin ausführlich die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bolschewiki, wie zum Beispiel die neu eingeführte

¹⁹⁰ In den Quellen kommt, ebenfalls in Dokumenten der „sowjetischen“ Repräsentanten, auch für den Zeitraum nach 1918 vorwiegend das Adjektiv „russisch“ vor. Deshalb wird dieser Begriff im Zusammenhang mit der Quellenauswertung verwendet.

¹⁹¹ Bericht Görz über die Unterredung mit Krassin im Februar 1918 in Stockholm, SAA Lk 162, S. 20.

¹⁹² Nachtrag von Görz zum Bericht über die Unterredung mit Krassin vom 25. Februar 1918, datiert am 1. März 1918, SAA 6361.

Arbeiterkontrolle. Deren Folgen waren für Siemens zunächst jedoch sehr beschränkt: „In den Werken der RSS, als auch der S&H gestaltete sich die Einführung der Arbeiterkontrolle wenigstens bis dato ohne irgend welche besondere Störungen des Betriebes resp. des inneren Lebens der Gesellschaft.“¹⁹³ Die russischen Siemens-Unternehmen konnten zumindest bis Anfang 1918 noch zu einem gewissen Grad ihre Eigenständigkeit bewahren. Allerdings wurde der Spielraum der Firmenleitung zunehmend durch staatliche Maßnahmen eingeschränkt:

„Die wachsende Einmischung der Regierung resp. verschiedener Organe der Arbeiter-Kontrolle in die Verwaltung und Führung des Unternehmens und die sich daraus ergebende allgemeine Unbestimmtheit der Situation bilden gleichfalls ein nicht zu unterschätzendes Hindernis für die gesunde Entwicklung und gefährden das Fortbestehen der Gesellschaft.“¹⁹⁴

Am 23. Mai 1918 traf Krasin mehrere Vertreter der Siemens-Leitung in Berlin zu Gesprächen über die Zukunft der russischen Siemens-Betriebe. Nach einem Protokoll dieser Besprechung äußerte sich Krasin verhalten optimistisch zu den wirtschaftlichen Perspektiven. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sei es „erforderlich, dass die Bolschewiki eine gewisse Schwenkung nach rechts machen. In wirtschaftlicher Hinsicht sind auch schon Anzeichen hierfür vorhanden.“¹⁹⁵

In einer erneuten Besprechung am 11. Juni 1918 bemerkte Krasin zum deutsch-russischen Handel, „dass diese Beziehungen sich bald wieder anbahnen lassen“ können.¹⁹⁶ Allerdings setzte er dafür eine Verbesserung der bilateralen politischen Beziehungen voraus. Krasin und die anwesenden Siemens-Direktoren diskutierten konkrete Ansätze, wie Siemens am Handel mit Sowjetrussland beteiligt werden könnte, so zum Beispiel durch die Gründung einer gemeinsamen Handelsausfuhr-Gesellschaft. Ebenfalls ging Krasin davon aus, „dass die russ. Siemens-Werke von den hiesigen Häusern in Zukunft, ebenso wie vor dem Kriege, in technischer Beziehung unterstützt werden.“¹⁹⁷ In beiden Besprechungen blieb es jedoch bei Absichtserklärungen, Geschäftsverträge wurden nicht abgeschlossen.

¹⁹³ Bericht Görz über seine Unterredung mit Krassin im Februar 1918 in Stockholm, SAA Lk 162, S. 15.

¹⁹⁴ Ebd., S. 21.

¹⁹⁵ Aus dem Protokoll der Besprechung zwischen Carl Friedrich von Siemens, Direktor Görz und anderen Direktoren des Unternehmens mit Krassin am 23. Mai 1918, datiert vom 13. Juni 1918, SAA Lg 735.

¹⁹⁶ Aus dem Protokoll der Besprechung zwischen Carl Friedrich von Siemens, Direktor Görz und anderen Direktoren des Unternehmens mit Krassin am 11. Juni 1918, datiert am 13. Juni 1918, SAA Lg 735.

¹⁹⁷ Ebd., S. 3.

Krasin unterrichtete das Siemens-Direktorium außerdem über die Pläne der Sowjetregierung, die russischen Siemens-Unternehmen in einen staatlichen Elektro-Trust zu überführen. Carl Friedrich von Siemens sprach in diesem Zusammenhang, unter Verweis auf den Vertrag von Brest-Litovsk und auf die Verhandlungen zu den Zusatzverträgen, eventuelle Schadensforderungen des Unternehmens an die sowjetische Regierung an. Krasin stimmte den Ansprüchen von Siemens auf Schadensersatz grundsätzlich zu. Eine Auflistung der Forderungen wurde noch vor dem Nationalisierungsdekret am 14. Juni 1918 beim AA eingereicht. Die Forderungen beliefen sich auf insgesamt 83.100.100 Rubel. Mit Verweis auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der zaristischen Regierung vertrat Carl Friedrich von Siemens den „Standpunkt, dass von Februar 1917 an die Unternehmen nicht mehr den früheren Besitzern (Aktionären) gehörig betrachtet werden können.“¹⁹⁸

Die Verstaatlichung aller elektrotechnischen Betriebe mit einem Grundkapital von über einer Million Rubel wurde per Dekret des Rates der Volkskommissare vom 28. Juni 1918 beschlossen. Mit diesem Dekret verloren die Muttergesellschaften S&H und SSW den Anspruch auf ihre Investitionen in Russland. Bezüglich der Schadensforderungen wurde am 1. November 1918 eine Eingabe an das Russische Generalkonsulat in Berlin gerichtet:

„Wir haben an die Russische Aktiengesellschaft Siemens Schuckert und an die Russischen Elektrotechnischen Werke Siemens & Halske in Petrograd, die lt. Dekret der Volkskommission vom 28. Juni 1918 als Eigentum der russischen Republik erklärt worden sind, grössere Forderungen, die lt. Auskunft der deutschen Reichsbehörden (Auswärtiges Amt) nunmehr von der russischen Regierung zu begleichen sind.“¹⁹⁹

Durch den Waffenstillstand mit den Alliierten am 9. November 1918 verloren der Vertrag von Brest-Litovsk sowie dessen Zusatzverträge jedoch ihre Gültigkeit. Die Schadensersatzforderungen von Siemens an die RSFSR wurden damit obsolet.

Die Ergebnisse von Holzer und Strandmann zu den russischen Siemens-Werken während der Jahre 1917 und 1918 können zum Teil bestätigt werden.²⁰⁰ So spielten persönliche

¹⁹⁸ Aus einem Brief von Carl Friedrich von Siemens und Direktor Henrich an das Auswärtige Amt bezüglich „Entschädigungsansprüche an Grossrussland“, datiert am 14. Juni 1918, SAA Lk 162.

¹⁹⁹ Aus einem Brief der SSW an das russische Generalkonsulat in Berlin bezüglich „Forderungen wegen der Enteignung“, datiert am 1. November 1918, SAA 3865.

²⁰⁰ Strandmann: Rapallopolitik, S. 276; Holzer: Electrical industry, S. 201-226.

Kontinuitäten - wie die Beziehungen von Siemens zu Leonid Krasin - ein wichtige Rolle beim Aufbau von Kontakten zur sowjetischen Regierung. Ebenfalls strebte das Unternehmen zur Wahrung seiner Interessen auch direkte Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern auf deutscher und sowjetischer Seite an. Siemens übernahm bis November 1918 eine aktive Rolle in den deutsch-sowjetischen Gesprächen.

Die Bedeutung des Nationalisierungsdekrets vom 14. Juni 1918 darf allerdings nicht überbewertet werden. Für Siemens bestätigte das Dekret lediglich einen Prozess, der bereits bei Kriegsbeginn im Jahr 1914 begonnen hatte und der dem Unternehmen allmählich die Kontrolle über seine russischen Niederlassungen entzog. Die hausinterne Diskussion richtete sich deshalb bereits seit der Märzrevolution nicht auf eine Wiedereinsetzung in die Besitzverhältnisse der Vorkriegszeit, sondern auf eine angemessene Entschädigung für die Enteignung. Carl Friedrich von Siemens bedauerte dies sehr, „da wir damit die Ergebnisse und die Aussichten einer mehr als 60-jährigen selbstbewussten und auch für das deutsche Wirtschaftsleben nützlichen Tätigkeit in Russland endgültig aufgeben.“²⁰¹

Mit dieser Entscheidung wurden die Weichen für das künftige Geschäft von Siemens mit der sowjetischen Regierung gestellt. Aufgrund der hohen wirtschaftlichen Risiken und der als unsicher bewerteten politischen Verhältnisse waren keine direkten Investitionen in Sowjetrußland geplant. Stattdessen forcierte die Firmenleitung zunächst die Entwicklung von Kontakten zur neuen Regierung in Russland, wobei Krasin als Vermittler eine zentrale Rolle zugeordnet war. Über diese Kontakte sollte mittelfristig der Aufbau von Handelsbeziehungen gewährleistet werden. Zwar wurde das sowjetische Außenhandelsmonopol im Unternehmen sehr kritisch bewertet, im Handel sah die Firmenleitung von Siemens jedoch die einzige Möglichkeit, künftig am „Russlandgeschäft“ partizipieren zu können.

²⁰¹ Aus dem Brief von Carl Friedrich von Siemens an das Auswärtige Amt, datiert am 14. Juni 1918, SAA Lk 162.

Siemens während des russischen Bürgerkriegs im Jahr 1919

Erste Informationen über die Verhältnisse während des russischen Bürgerkriegs sowie über den Zustand der russischen Elektroindustrie erhielt Siemens durch die Berichte von Direktor Klasson im März 1919. Dieser beschrieb in einem Gespräch mit Direktor Breuel ausführlich die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse während der frühen Phase des Bürgerkriegs, die er insgesamt sehr negativ beurteilte. Klasson ging nicht von einer dauerhaften Verstaatlichung der Industrie, insbesondere der Elektroindustrie, aus, da er den gesellschaftlichen Rückhalt der Sowjet-Regierung für sehr gering erachtete und ihr baldiges Scheitern erwartete.

„Durch die fast vollständig durchgeführte Nationalisierung habe die Produktion fast ganz aufgehört; mit der Nationalisierung sinke regelmäßig die Produktion jeder Fabrik in Kürze auf wenige Prozente der früheren herab. Krassin, der selbst nicht Bolschewik sei, opfere sich auf, um zu retten, was zu retten sei. (...) Aber auch seine Arbeit sei vergebens, da alle vernünftigen Anordnungen in Kommissionen, Räten und allgemeiner Zuchtlosigkeit erstickten. (...) Die Zahl der Anhänger des Bolschewismus sei auch heute noch verschwindet klein. (...) Einer kleinen, disziplinierten Armee, die Lebensmittel und einige Waren mitbrächte, würde nach K.s Ansicht alles zufallen, einschliesslich des grösseren Teiles der so genannten roten Armee.“²⁰²

Siemens erhielt jedoch nur spärliche Meldungen über Russland, der Bericht von Klasson stellte wohl eine Ausnahme dar. Dieses Informationsdefizit wurde in einer Besprechung des Siemens-Direktoriums am 8. August 1919 zur Sprache gebracht. Das Direktorium beschloss deshalb die Gründung einer „Russischen Abteilung, um sämtliche Fäden innerhalb der hiesigen Siemens-Gesellschaften, soweit Russland infrage kommt, dort zusammenlaufen zu lassen.“²⁰³ Die Russische Abteilung ging im Dezember 1919 in der Abteilung Ost auf, die 1921 in Technisches Büro Ost (TB Ost) umbenannt wurde. Das TB

²⁰² Klasson, ehemals Direktor der Moskauer Abteilung der Petersburger Lichtgesellschaft, reiste im Schutz eines schweizerischen Gesandten über Moskau, St. Petersburg und Finnland aus Russland aus. Die Quelle gibt keine Auskunft über den Zeitraum der Reise. Aus einer Niederschrift des Direktor Breuel, Lichtgesellschaft AG, über seine Besprechungen mit Klasson, datiert am 10. März 1919, SAA Lk 162, S. 8, 9, 11.

²⁰³ Von dieser Besprechung am 8. August 1919 sind zwei Protokolle von Görz überliefert. Eine längere Fassung ist am 8. August 1919 datiert, eine kürzere Niederschrift 12. August 1919. In der Besprechung wurde der Beschluss zur Gründung der Russischen Abteilung festgelegt und deren Aufgabenbereich definiert. Sie sollte als Zentralstelle innerhalb des gesamten Konzerns für Russland dafür verantwortlich sein, Kontakt zu ehemaligen Siemens-Angerhörigen in Russland herstellen sowie durch Reisen nach Sowjetrußland „Einblick in die dortigen Verhältnisse gewinnen“, SAA 4746.

Ost war seitdem für die Abwicklung des gesamten Unternehmensgeschäfts mit Russland, unter Einschluss der Ukraine, des Kaukasus und des Baltikums, verantwortlich.²⁰⁴

Gegenstand der Besprechung am 8. August 1919 war ebenfalls die Entwicklung des russischen Bürgerkriegs. Die allgemeinen Verhältnisse in Russland wurden in der Diskussion - auf Basis der zur Verfügung stehenden Informationen - negativ bewertet. So hielt das Direktorium die baldige Wiederaufnahme des Handels für sehr unwahrscheinlich, schon aufgrund der mangelhaften Transportmöglichkeiten in Russland. Otto Henrich, Direktor bei SSW, äußerte zu den politischen Auseinandersetzungen im Bürgerkrieg, „dass es unter keinen Umständen angezeigt ist, mit der Sowjet-Regierung irgendwie in Handelsbeziehungen zu treten.“²⁰⁵ Im Protokoll ist kein Einwand gegen diesen Kommentar vermerkt. Daraus ist zu schließen, dass die Unternehmensführung Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung zu diesem Zeitpunkt überwiegend ablehnte.

Siemens hielt eine Stabilisierung der sowjetischen Regierung während des Jahres 1919 nicht für wahrscheinlich. Allerdings konnte dieser Punkt aufgrund der mangelnden Kenntnisse über den Verlauf des Bürgerkriegs nicht erschöpfend diskutiert werden. Als Ergebnis der Besprechung verblieb deshalb die Gründung der Russischen Abteilung. Trotz der negativen Beurteilung Russlands im Jahr 1919 dominierte die Perspektive, dass Handelsbeziehungen mittelfristig realisierbar seien. „Wenn auch ein direkter Warenverkehr mit Russland zurzeit noch nicht möglich ist, wird es doch erforderlich sein, schon jetzt Vorbereitungen zur späteren Anbahnung geschäftlicher Beziehungen zu treffen.“²⁰⁶ Die Vorbereitung des Geschäfts erforderte jedoch zunächst eine grundsätzliche Bereitschaft von Siemens, die Repräsentanten der Sowjetregierung als bevollmächtigte Verhandlungspartner zu akzeptieren.

²⁰⁴ Aus der Chronik des TB Ost, SAA 10756, S. 1-4.

²⁰⁵ Protokoll der Besprechung vom 8. August 1919, datiert am 8. August 1919, SAA 4746.

²⁰⁶ Protokoll der Besprechung vom 8. August 1919, datiert am 12. August 1919, SAA 4746.

Siemens während des russischen Bürgerkriegs im Jahr 1920

Siemens intensivierte im Jahr 1920 die vorbereitenden Maßnahmen zum Aufbau von Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland. Görz reiste im April 1920 nach Kopenhagen zu einem erneuten Treffen mit Krasin, der dort die erste sowjetische Handelsdelegation im Ausland leitete.²⁰⁷ Aus der Niederschrift von Görz geht hervor, dass Krasin ein sehr positives Bild von der Entwicklung in Sowjetrußland zeichnete.²⁰⁸ Er hob vor allem die militärischen Erfolge der sowjetischen Regierung im Bürgerkrieg hervor. Die Krise des Jahres 1919 sei „überwunden, und die Sowjetregierung könne sich jetzt in leidlicher Ruhe mit dem Problem des Wiederaufbaus beschäftigen und finde im Volk dafür Verständnis.“²⁰⁹

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Rußlands stand im Zentrum der Gespräche. Krasin berichtete über die insgesamt positive Entwicklung der ehemaligen russischen Siemens-Betriebe innerhalb des Elektro-Trusts, der seit 1920 von Alfred Schwartz geleitet wurde. Trotz dieser eigenen Erfolge sei der Abschluss von Handelsverträgen mit dem Ausland allerdings von großer Wichtigkeit für die Rekonstruktion der russischen Wirtschaft. Krasin wies wiederholt darauf hin, dass die sowjetische Regierung vor allem das Deutsche Reich als Handelspartner bevorzuge. Zu diesem Zweck war er zur Vergabe von Konzessionen an ausländische Unternehmen autorisiert, „es seien diese allerdings zunächst keine Konzessionen auf Ueberlandzentralen, Trambahnen oder ähnliches, sondern lediglich solche auf Gewinnung von Rohstoffen.“²¹⁰ Dennoch stellte Krasin Siemens mehrere Konzessionen im Bereich Energieversorgung in Aussicht und eröffnete ebenfalls eine Perspektive für die Entsendung technischen Personals durch ausländische Unternehmen nach Rußland.

²⁰⁷ Krassin, *His Life and Work*, S. 120 ff; O'Connor: *Engineer*, S. 231 ff.

²⁰⁸ Vom 12. bis 14. April 1920 fanden mehrere Treffen zwischen Görz und Krassin „in alter freundschaftlicher Weise“ statt. Es sind insgesamt drei Niederschriften von Görz über die Gespräche erhalten, alle datiert am 16. April 1920. Zwei längere Niederschriften sind fast identisch und mit vertraulich, SAA Lg 735, bzw. streng vertraulich, SAA 6397, gekennzeichnet. Eine kürzere Niederschrift fasst die zentralen Aussagen zusammen, SAA 6397. Über die Aufgaben der sowjetischen Delegation gibt ebenfalls ein vertraulicher Bericht Auskunft, der allerdings nicht datiert und unterzeichnet ist, SAA 6397.

²⁰⁹ Ebd., S. 6.

²¹⁰ Ebd., S. 12.

Krasin bewertete die politische und wirtschaftliche Entspannung in Russland zwar weiterhin vorsichtig und hielt die Entsendung einer deutschen Wirtschaftskommission zu diesem Zeitpunkt für verfrüht. Görz erhielt in den Gesprächen jedoch einen insgesamt positiven Eindruck für die Geschäftschancen von Siemens in Russland:

„Das bedeutet aber, abgesehen von einem Aufgeben unseres russischen Besitzes, eine Neueinstellung auf die geänderten Verhältnisse. Wenn es richtig ist, was Kr. behauptet, dass die Sowjetregierung froh wäre, des Krieges im Innern und der Verwicklungen nach aussen enthoben zu sein, um sich voll und ganz dem Aufbau widmen zu können, mit dem sie auf Jahre hinaus genug zu tun habe, und wenn man berücksichtigt, dass die heute für politische und Wirtschaftsfragen führenden Männer auch einmal ein Abweichen von den Grundsätzen des Bolschewismus zugestehen, liegen hierin vielleicht gewisse Richtlinien für die Neueinstellung.“²¹¹

Verschiedene Quellen deuten darauf hin, dass die Position von Siemens in dieser Frage der „Neueinstellung“ noch nicht entschieden war. Zum einen trafen während des Jahres 1920 mehrere Nachrichten im Unternehmen ein, die die Erfolgsaussichten der Bolschewiki im Bürgerkrieg sehr nachteilig beschrieben. Zum anderen lehnte die Unternehmensführung die politischen Ziele der Bolschewiki weiterhin strikt ab. So war Siemens Mitglied im Verband russischer Großkaufleute, Industrieller und Financiers. Diese Vereinigung russischer Exilanten agierte intensiv gegen Geschäftsbeziehungen deutscher Unternehmen mit der sowjetischen Regierung.²¹²

Bei der Mitgliederversammlung des Deutsch-Russischen Vereins zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen e.V. am 4. November 1920, woran ein Repräsentant von Siemens teilnahm, wurde nicht von einem Sieg der Bolschewiki im Bürgerkrieg ausgegangen. Ein Redner des Vereins wies ebenfalls auf die Unzuverlässigkeit der sowjetischen Regierung bei bisherigen Warenlieferungen deutscher Unternehmen hin. „Die von den Sowjet-Vertretern mit vieler Reklame zugesagte Zahlung in Gold sei als Bluff anzusehen“.²¹³ Für die deutsche Wirtschaft ergab sich daraus, „dass der Handel mit Russland, obwohl derselbe deutscherseits mit aller Sorgfalt vorbereitet werden müsste, bis auf weiteres mit der aller grössten Vorsicht wahrzunehmen sei.“²¹⁴

²¹¹ Ebd., S. 22.

²¹² So in einem Vortrag des Vorsitzenden des Verbandes A.A. Davidoff, ehemals Angestellter der Russischen Elektrotechnischen Werke S&H. Der Vortrag ist nicht datierbar, wurde jedoch vermutlich im Jahr 1920 gehalten, SAA 6877.

²¹³ Aus einer vertraulichen Abschrift der Sitzung, datiert am 6. November 1920, SAA 6339, S. 3.

²¹⁴ Ebd., S. 3.

Die Diskussion über die Firmenpolitik gegenüber der sowjetischen Regierung wurde seit Mai 1920 bei Siemens intensiver geführt. Görz musste den Vorwurf abwehren, er sei durch seine freundschaftlichen Beziehungen mit Krasin voreingenommen und könne die Verhältnisse in Russland nicht realistisch beurteilen. In einem Briefwechsel mit Direktor Fehrmann vom Stinnes-Konzern kam die Arbeit Krasins als sowjetischer Unterhändler zur Sprache, die von Fehrmann äußerst kritisch beurteilt wurde.²¹⁵ Dieser Briefwechsel veranschaulicht exemplarisch die Kontroversen innerhalb des Unternehmens. Eine Entscheidung für die Aufnahme von offiziellen Beziehungen mit Repräsentanten der sowjetischen Regierung war im Jahr 1920 noch nicht gefallen.

Im November 1920 reiste Görz zu den internationalen Verhandlungen der russischen Handelsdelegation unter Leitung Krasins nach London.²¹⁶ Er hatte dort Gelegenheit, mit Abgesandten anderer elektrotechnischer Unternehmen - vor allem aus den USA, Schweden und Frankreich - eine Strategie für den Handel mit der sowjetischen Regierung zu entwickeln. Die Verhandlungsteilnehmer diskutierten mehrere Vorschläge zum Geschäft mit Russland, wie die Gründung einer internationalen Handelsgesellschaft, den Abschluss von Pacht- und Konzessionsverträgen sowie Fragen des Patentschutzes. Obwohl kein abschließendes Ergebnis erzielt werden konnte, äußerte sich Görz sehr zufrieden über den Verlauf der Gespräche.

Am Rande der Konferenz traf Görz erneut zu privaten Gesprächen mit Krasin zusammen, „der ernster und erheblich weniger zuversichtlich als im April d.J. in Kopenhagen“ erschien.²¹⁷ Krasin berichtete von einer erheblichen Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb der letzten Monate. Dagegen beurteilte er die wirtschaftlichen Perspektiven in Sowjetrußland für Siemens weiterhin positiv, da Lenin und die sowjetische Führung offenbar zu weit reichenden kapitalistischen Reformen bereit seien.

²¹⁵ Die untersuchten Briefe knüpften an eine vorangegangene Kommunikation an. Es handelt sich um ein Schreiben Fehrmanns an Görz mit einem Bericht über Sowjetrußland als Anlage, datiert am 7. Mai 1920, die Antwort von Görz, datiert am 12. Mai 1920, sowie ein Schreiben von Direktor Breuel an Görz, datiert am 15. Mai 1920, worin dessen Position gegenüber Krasin stark kritisiert wurde, SAA 6397.

²¹⁶ Aus dem Bericht von Görz über seine Reise nach London vom 3.-7. November 1920, datiert am 11. November 1920, SAA 6397. Anhang F, Quelle 1, S. 136.

²¹⁷ Aus einer Niederschrift von Görz „über meinen Besuch bei L.B. Krassin am Freitag, den 5. Nov. 1920“, datiert am 12. November 1920, SAA 6397. Anhang F, Quelle 2, S. 137.

Diese Reformen beinhalteten nach Krasin eine zunehmende Bereitschaft Lenins zur Kooperation mit ausländischen Unternehmen. So wurde am 16. November 1920 Dr. Ruzicka, ehemals österreichischer Offizier und nun im Dienst der sowjetischen Regierung, von Siemens in Berlin empfangen.²¹⁸ Ruzicka stand nach unbestätigten Angaben ein Budget von einer Million Reichsmark für den Ankauf elektrotechnischer Produkte zur Verfügung. Mit Abgesandten von Siemens wurden Vertragsverhandlungen geführt, wobei der Zahlungsmodus der Lieferverträge vorläufig jedoch nicht geklärt werden konnte. Das Unternehmen unterbreitete Ruzicka allerdings mehrere Angebote für einen antizipierten Vertragsabschluss.

Die wirtschaftspolitische Strategie von Siemens gegenüber Sowjetrussland blieb während des Jahres 1920 weiterhin uneinheitlich, da der nicht absehbare Ausgang des russischen Bürgerkriegs die Unternehmensführung in einen Zwiespalt brachte. Einerseits setzten deutsche und ausländische Konkurrenten durch die Aufnahme von Kontakten zur sowjetischen Regierung Siemens unter zunehmenden Handlungsdruck.²¹⁹ Auch Krasin forderte wiederholt ein stärkeres und eindeutiges Engagement des Unternehmens in den Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung. Andererseits beurteilte Siemens die wirtschaftspolitische Ideologie der Bolschewiki weiterhin mit großer Skepsis, die Perspektiven für den wirtschaftlichen Aufbau in Russland unter sowjetischer Führung wurden sehr negativ betrachtet. Ein zentraler Kritikpunkt von Siemens war die Nationalisierung des Privateigentums in der Industrie. Die Unternehmensführung sah innerhalb einer staatlich gelenkten Wirtschaft kaum eine Perspektive für künftige Geschäftsbeziehungen. Dennoch wollte Siemens die Option auf eine Kooperation mit der sowjetischen Führung bewahren. So urteilte Görz zu den Geschäftsperspektiven:

„Was hat zu geschehen, wenn es den gegenwärtigen russischen Machthabern gelingt, sich noch weiter am Ruder zu halten und tatsächlich, wenn auch langsam, Verbesserungen in den so überaus trüben Verhältnissen in Russland zu erzielen. Ob sie dabei mehr oder weniger von ihren kommunistischen Grundsätzen aufgeben, erscheint belanglos, weil, wenn dieselben Leute am Ruder bleiben, es doch immer die Bolschewiki sind, die etwas erreicht haben, was sie sicher entsprechend zu propagieren auch nicht unterlassen werden. Daraus ergibt sich zunächst für mich: abwarten in jeder Beziehung, und darin sind wir ja wohl auch einig.“²²⁰

²¹⁸ Der Besuch von Dr. Ruzicka im Wernerwerk von Siemens in Berlin-Siemensstadt am 16., 19. und 23. November 1920 ist in zwei Aktennotizen, datiert am 7. November und 18. November, dokumentiert, SAA 6339.

²¹⁹ Zu den Aktivitäten der AEG im „Russlandgeschäft“ vgl. Strandmann: Rapallopolitik, S. 319.

²²⁰ Aus dem Brief von Görz an Fehrmann vom 12. Mai 1920, SAA 6397.

Die Strategie des Abwartens dominierte die Unternehmenspolitik von Siemens gegenüber Russland bis Anfang des Jahres 1921.

6.2 Der Zeitraum von 1921 bis 1926

Beginn der deutsch-sowjetischen Vertragsbeziehungen im Jahr 1921

Durch das vorläufige Abkommen vom 26. Mai 1921 bestätigte die Reichsregierung die politische Autorität der Bolschewiki. Es begann die Phase der Vertragsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrußland. Für Siemens wurde damit eine Neuausrichtung im „Russlandgeschäft“ erforderlich, die Strategie des Abwartens genügte nicht mehr den Anforderungen der wirtschaftspolitischen Entwicklung auf nationaler Ebene. Voraussetzung für das „Russlandgeschäft“ war nun der Aufbau von Beziehungen zur sowjetischen Handelsvertretung in Berlin.

Bereits kurz nach Abschluss des deutsch-sowjetischen vorläufigen Abkommens fand im Berliner Hotel Exzelsior am 26. Mai eine Besprechung „über die Anbahnung von Wirtschaftsbeziehungen zu Russland“ statt. An dieser Besprechung nahmen der Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Boris Stomonjakow, Leonid Krasin, Direktor Görz sowie Führungspersönlichkeiten anderer deutscher Unternehmen teil.²²¹ Alle Anwesenden befürworteten die Gründung eines Internationalen Syndikats zur Finanzierung und Durchführung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Russland. Dieses Syndikat sollte aufgrund der fehlenden Zahlungsmittel in Russland die Wareneinkäufe der sowjetischen Regierung im Ausland über Kredit vorfinanzieren. Zusätzlich warb Krasin für den Kauf günstiger Konzessionen durch deutsche Unternehmen, worin er auch eine Art von Kompensation für die Nationalisierung des deutschen Eigentums in Russland sah. Dagegen sprach sich Görz aufgrund des hohen Geschäftsrisikos sehr deutlich gegen Konzessionen aus und zog vielmehr ein internationales Handelssyndikat dem Erwerb von Konzessionen vor. Neben den wirtschaftlichen Diskussionen beinhaltete die Besprechung auch eine implizite politische Komponente. Alle Anwesenden gingen nach dem Sieg der Bolschewiki im Bürgerkrieg von einer Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Sowjetrußland aus.

²²¹ Weitere Teilnehmer waren Direktor Deutsch von der AEG, Direktor Guggenheimer von Krupp und Direktor Fehrmann von Stinnes. Aus einer Aktennotiz von Görz über diese Besprechung, datiert am 28. Mai 1921, SAA 4/Lf 685.

Wie bewertete die Unternehmensführung die geschäftlichen Perspektiven der russischen Elektroindustrie unter den veränderten politischen Bedingungen? Ein Hinweis darauf ergibt sich aus einer unternehmensinternen Notiz über eine Druckschrift bezüglich der „Grundlegenden Aufgaben der Elektrifizierung Russlands“, die 1920 von dem Ingenieur „G. Krshishanowksi“ in Moskau herausgegeben wurde.²²² Der Autor erläuterte darin die großen Probleme der russischen Energieversorgung und entwickelte Strategien zur Elektrifizierung des Landes. Diesen Überlegungen lag der GOËLRO-Plan zugrunde, in der Überschrift wurde auf Lenins Parole zur Elektrifizierung verwiesen: „Das Jahrhundert der Elektrizität ist das Jahrhundert des Sozialismus.“²²³ Von Interesse sind die Kommentare des Verfassers der Notiz zum Elektrifizierungsprogramm der sowjetischen Regierung. Die Beurteilung fiel überwiegend negativ aus: „Die ganze Arbeit (...) hält sich nur in ganz allgemeinen Zügen, bringt technisch nichts Neues und ist in wirtschaftlicher Hinsicht als recht optimistisch und unter den heutigen Verhältnissen als Sache einer noch recht fern liegenden Zukunft anzunehmen.“²²⁴ Eine rasche Ausweitung des Geschäfts mit Russland schien somit für Siemens weiterhin nicht möglich zu sein.

Dennoch versuchte die Unternehmensführung durch den Ausbau von Kontaktbeziehungen zu sowjetischen Repräsentanten sowie durch die Erweiterung der Informationsbasis über Sowjetrußland die Perspektiven für zukünftige Geschäfte zu verbessern. Diese Strategie wurde von der deutschen Reichsregierung unterstützt. So traf Direktor Schulze am 7. November 1921 mit dem Dezernenten der wirtschaftspolitischen Abteilung für Russland im Auswärtigen Amt Dr. Hahn zusammen. Hahn versicherte Siemens die Unterstützung des AA und versprach unter anderem die Übermittlung von Informationen über Russland, auch „über solche Angelegenheiten, die man in der Presse nicht veröffentlichen könne.“²²⁵ Dem Unternehmen wurde eine enge Zusammenarbeit mit den deutschen staatlichen Stellen angeboten und empfohlen.

²²² Autor und Ausstellungsdatum dieser Notiz sind nicht feststellbar. Es ist aber zu vermuten, dass es sich um eine hausinterne Notiz von Siemens aus dem Jahr 1921 handelt, SAA 3812.

²²³ Ebd.

²²⁴ Ebd.

²²⁵ Aus einem Aktenvermerk von Schulze, dessen Funktion im Unternehmen aus der Quelle nicht hervorging, datiert am 8. November 1921, SAA 6339.

Kontakte zur sowjetischen Handelsvertretung im Jahr 1922

Parallel zum Informationsaustausch mit dem Auswärtigen Amt forcierte Siemens den Aufbau von Beziehungen mit der sowjetischen Handelsvertretung. Mit dieser Aufgabe wurde Robert Melchers von SSW betraut, der bereits über gute Kontakte zu sowjetischen Stellen verfügte. Melchers erhielt im Juni 1922 die „Leitung eines Büros zur Entwicklung des russischen Geschäfts“, das als Abteilung ZV 10 Russland die „Zentralstelle in den russischen Wiederaufbau-Fragen für alle Siemens-Firmen“ wurde.²²⁶ Die Abwicklung des Geschäfts blieb allerdings weiterhin im Aufgabenbereich des TB Ost.

Ein Programm für den Aufbau des russischen Geschäfts vom März 1922 verdeutlicht den Strategiewechsel bei Siemens seit Beginn der deutsch-sowjetischen Vertragsbeziehungen: „Ein längeres Abwarten der heutigen Verhältnisse ist für die SSW nicht ratsam.“²²⁷ Aus der Niederschrift geht weiter hervor, dass die wirtschaftspolitischen Reformen der sowjetischen Regierung und der Beginn der Neuen Ökonomischen Politik bei Siemens bekannt waren. Dieser Kurswechsel wurde im Unternehmen uneingeschränkt positiv bewertet und als dessen Folge eine schnelle Ausweitung des Geschäfts mit Sowjetrußland erwartet. So war in einem Wochenbericht über „Russlands Wirtschaft“ vermerkt: „Die neue Wirtschaftspolitik (...) hat endgültig gesiegt und so ziemlich alle kommunistischen Überbleibsel des politischen und wirtschaftspolitischen Systems beseitigt.“²²⁸

Siemens entwickelte während des Jahres 1922 zunehmende Aktivitäten zum Aufbau eines Kontaktnetzwerks im „Russlandgeschäft“. Angehörige des Unternehmens traten mit sowjetischen Partnern unterschiedlicher Ebenen in Kontakt und bauten mit diesen

²²⁶ Der Aufgabenbereich Melchers entsprach somit der 1918 gegründeten, und zwischenzeitlich wieder aufgelösten, Russischen Abteilung. Das Büro wurde der Zentralverwaltung unterstellt und stellte dem Unternehmen Informationen über die wirtschaftspolitische Entwicklung in Sowjetrußland bereit. Aus dem ZV-Rundschreiben Nr. 56, datiert am 12. Juni 1922, SAA 6339.

²²⁷ Aus der Niederschrift von Melchers über seine Besprechung mit Hermann Görz sowie den Direktoren Fritz Fessel und Hermann Reyß von SSW datiert am 21. März 1922. Die Besprechung fand in der Woche zuvor statt, SAA Lg 735. Anhang F, Quelle 3, S. 138.

²²⁸ Der Wochenbericht wurde mit dem Stempel der Abteilung ZV 10 (Russland) markiert. Vermutlich handelt es sich um den Bericht einer externen Nachrichtenagentur aus dem Jahr 1922, SAA 6339.

regelmäßige Kommunikationsbeziehungen auf.²²⁹ Federführend war hierbei die Abteilung Russland unter der Leitung von Robert Melchers. Primär hatte der Informationsaustausch das Ziel, die Möglichkeiten eines geschäftlichen Engagements von Siemens in Sowjetrußland zu sondieren.

Das Unternehmen intensivierte nun auch die Kommunikation mit anderen deutschen Unternehmen. Vor allem mit Direktor Fehrmann vom Stinnes-Konzern wurde ein regelmäßiger Briefwechsel geführt, in den bisweilen auch Carl Friedrich von Siemens involviert war.²³⁰ In diesen Briefen kamen auch die Probleme zur Sprache, mit denen sich die deutschen Unternehmen bei der Abwicklung des Geschäfts mit Sowjetrußland konfrontiert sahen. Als zentrales Hindernis für eine Ausweitung des Handels wurden die Zahlungsschwierigkeiten der sowjetischen Regierung angesehen. Die Finanzierung von Warenlieferungen war häufig an Kredite durch die Lieferanten gebunden, welche die deutschen Unternehmen oftmals nicht bereitstellen konnten oder wollten.

Wichtigster Ansprechpartner für Siemens war die sowjetische Handelsvertretung in Berlin. Nach Angaben aus der Chronik des TB Ost entwickelte sich im Jahr 1922 ein ständiger Kontakt, „die leitenden Herren der Handelsvertretung wurden täglich besucht.“²³¹ Diese informellen Treffen sind aus den untersuchten Quellen allerdings nur in Ansätzen nachzuvollziehen. Der Leiter der Handelsvertretung Stomonjakov hatte allerdings weit reichende Kompetenzen in den Vertragsverhandlungen mit deutschen Unternehmen. Gute Beziehungen von Siemens zu Stomonjakov bildeten somit eine wesentliche Voraussetzung für Vertragsabschlüsse. Das Verhältnis zwischen Siemens und der sowjetischen Handelsvertretung war allerdings nicht frei von Konflikten. Vermutlich seit Herbst 1922 traten ernsthafte Differenzen auf, welche die Beziehungen zu schädigen drohten.

²²⁹ Involviert waren mehrere Führungskräfte von Siemens aus verschiedenen Abteilungen. Kontaktiert wurden unter anderem der Elektrodienst des Obersten Volkswirtschaftsrates und der Vorstand des Elektrotrusts, SAA 11 Lf/449.

²³⁰ Aus dieser Korrespondenz wurden mehrere Briefe untersucht. Involviert waren Carl Friedrich von Siemens, Direktor Otto Henrich der SSW, Robert Melchers sowie Direktor Fehrmann von Stinnes. Die Briefe sind datiert zwischen März 1921 und November 1922, SAA 4/Lf 685, SAA 11/Lg 735.

²³¹ Aus der Chronik des TB Ost, S. 6, SAA 10756.

Kontakte zur sowjetischen Handelsvertretung im Jahr 1923

Die Geschäftsabwicklung zwischen Siemens und Sowjetrussland blieb von den Differenzen in der ersten Hälfte des Jahres 1923 zunächst unberührt. Über die sowjetische Handelsvertretung erhielt das Unternehmen Zugang zu Kontakten innerhalb der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung. So konnte im März 1923 ein Vertrag über die Lieferung von Wassermessern mit der Handelsabteilung der Hauptverwaltung der Kommunal-Wirtschaft in Moskau abgeschlossen werden.²³² Ebenfalls stand S&H in Verhandlungen mit dem sowjetischen Schwachstrom-Trust bezüglich der Warenlieferungen.²³³ Allerdings nahmen zeitgleich Differenzen zwischen Siemens und Stomonjakow zu. Bereits Mitte Dezember 1922 waren die Beziehungen so gespannt, dass Melchers einen Bericht verfasste, „über die Massnahmen, die ergriffen werden müssen um einen Zusammenbruch unseres russischen Wiederaufbaugeschäfts zu verhindern.“²³⁴

Worin lagen die Ursachen für die Krise des gerade erst begonnen Geschäfts von Siemens mit Sowjetrussland? Zum einen war Siemens einer hohen Konkurrenz mit deutschen und ausländischen Unternehmen ausgesetzt. Melchers berichtete von mehreren Vertragsabschlüssen der AEG, von Stinnes und von Otto Wolff mit der sowjetischen Handelsvertretung. Zum anderen kritisierte Melchers auch in sehr deutlichen Worten die eigenen unternehmensstrategischen Fehler. Die Strategie des Abwartens der vergangenen Jahre habe dazu geführt, dass „unmittelbare Gefahr bestehe, dass wir den Anschluss an den russischen Aufbau völlig verlieren.“²³⁵ Melchers warf der Unternehmensführung schwerwiegende Versäumnisse bei der Vorbereitung der Geschäftsbeziehungen vor. So sei der Erwerb von Konzessionen, gegen die sich Direktor Görz Mai 1921 so vehement

²³² Aus einem Schreiben von Alfred Denkert, Prokurist bei S&H, und Ernst Junge, Direktor der Abteilung für wärmetechnisches Messen des Wernerwerks für Messgeräte (WWM) bei S&H, an die Handelsabteilung der Hauptverwaltung der Kommunal-Wirtschaft in Moskau, datiert am 8. März 1923, SAA 6339.

²³³ Dazu der Aktenvermerk von Dr. Franke „über eine Besprechung über einen Vertrag zwischen dem Schwachstrom-Trust in Russland und S&H. am Freitag, den 15.6.1923“, datiert am 15. Juni 1923. Ebenso ein Aktenvermerk von Franz Berrenberg, Zentralverwaltung des Wernerwerks (ZWW) bei S&H, „über eine Besprechung betr. Vertrag mit dem russischen Schwachstrom-Trust im Wernerwerk am 19.6.23“, datiert am 20. Juni 1923, SAA 6339.

²³⁴ Der Bericht wurde von Melchers am 19. Dezember 1922 anlässlich einer Sitzung des Direktionsausschusses der SSW verfasst, SAA 4/Lf 685.

²³⁵ Ebd., S. 5.

ausgesprochen hatte, eine grundlegende Voraussetzung für die Eröffnung geschäftlicher Beziehungen in Russland.

„Das Fazit der Situation ist demnach, dass die SSW, die bisher in der Entwicklung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen die führende Rolle eingenommen hatten, aus dieser Rolle nicht nur verdrängt, sondern von jeder nennenswerten Zukunft ausgeschlossen erscheinen und dass ihnen sogar die Tür zur Aufnahme privatwirtschaftlicher Verbindungen in Russland verschlossen ist.²³⁶

Der Konflikt zwischen Siemens und der sowjetischen Handelsvertretung hatte allerdings auch politische Ursachen. Dies belegt eine Korrespondenz zwischen Boris Stomonjakov, Carl Friedrich von Siemens und Robert Melchers, von der mehrere Briefe erhalten sind. Carl Friedrich von Siemens verfasste im Dezember 1922 einen persönlichen Brief an Stomonjakov, worin er seine Kritik über die Blockadehaltung seitens der sowjetischen Handelsvertretung äußerte, die Siemens unter anderem die Einreise von Unternehmensangehörigen nach Russland verweigert hatte.²³⁷ Stomonjakov warf seinerseits dem Unternehmen Kontakte zu russischen Emigranten sowie eine negative politische Einstellung gegenüber der sowjetischen Regierung vor. Er kritisierte Siemens in sehr deutlichen - mitunter polemischen - Worten und drohte mit schwerwiegenden Konsequenzen, falls das Unternehmen seine Politik beibehalten sollte. Auch in den Briefen von Carl Friedrich von Siemens nahm die Polemik zu.²³⁸ Die verschärften Auseinandersetzungen führten schließlich im August 1923 zu einem vorübergehenden Abbruch der geschäftlichen Beziehungen.

Ein zentraler Vorwurf Stomonjakov war die Mitgliedschaft von Siemens im Verband russischer Großkaufleute, Industrieller und Finanziers, aus dem das Unternehmen schließlich Ende 1923 austrat. Robert Melchers und Carl Friedrich von Siemens bemühten sich nun verstärkt darum, das gegenseitige Verhältnis zu verbessern. So fand ein persönliches Gespräch zwischen Carl Friedrich von Siemens und Stomonjakov in der Handelsvertretung statt, in dem die Differenzen teilweise ausgeräumt werden konnten.

²³⁶ Ebd., S. 6.

²³⁷ Aus dem Brief von Carl Friedrich von Siemens an Stomonjakov vom 14. Dezember 1922. Weitere Briefe dieser Korrespondenz sind von Oktober bis Dezember 1923 datiert, SAA 4/Lf 685.

²³⁸ Auszüge aus diesen Briefen sind in Anhang F, Quellen 4 und 5 dargestellt, S. 139 f.

Ausbau des „Russlandgeschäfts“ in den Jahren 1924 und 1925

Der Umsatz von Siemens „Russlandgeschäft“ brach im Geschäftsjahr 1923/1924 infolge des Konflikts mit der Handelsvertretung ein. „Aufträge erhielten wir direkt von der Handelsvertretung nicht, der erzielte Fakturen-Umsatz entstammt im Wesentlichen dem in das Konfliktsjahr übernommenen Auftragsbestand.“²³⁹ Von Stomonjakov wurden 1924 erneut Vorwürfe gegen Siemens bezüglich der Unterstützung konterrevolutionärer Aktivitäten erhoben. Das Unternehmen bestritt dies jedoch ausdrücklich.

„Es ist daher auch seitens der Leitung der Firmen (S&H und SSW, der Verf.) denjenigen Kreisen, welche die Veränderung der politischen Verhältnisse in Russland anstreben, keinerlei Unterstützung solcher Bestrebungen zugesagt oder in Aussicht gestellt (...), welche die Firmen in diesem Sinne verpflichten würden.“²⁴⁰

Aus den untersuchten Quellen sind die weiteren Beziehungen zwischen Siemens und der sowjetischen Handelsvertretung, die sich im Verlauf des Jahres 1924 wieder besserten, nur in Ansätzen nachzuvollziehen. Das Auftragsvolumen nahm im Geschäftsjahr 1924/1925 stark zu und stieg auf den bisherigen Höchststand der Nachkriegszeit. Daher war die Zukunftsperspektive bei Siemens sehr optimistisch: „Das Geschäft mit der Handelsvertretung wickelt sich also in der angenehmsten Weise ab.“²⁴¹

Infolgedessen richtete sich die unternehmensinterne Diskussion nun verstärkt auf die Abwicklung des Geschäfts sowie die Gewährung von Warenkrediten. Bei der erwarteten Ausweitung des Geschäfts „müssen wir vorsorgend uns unseren Anteil am russischen Geschäft sichern, und weil es dank der grossen Konkurrenz nie möglich ist, nur Kasse-Geschäfte hereinzuholen, müssen wir auch Kredit-Aufträge gegen Accept-Deckung annehmen.“²⁴² Vor allem das Geschäft mit gemischten Gesellschaften erforderte in vielen Fällen eine Finanzierung über Kredite, die in US-Dollar an Finanzierungsinstituten in New York aufgenommen wurden. Das TB Ost erbat eine Genehmigung dafür, diese Kreditaufnahme stark ausweiten zu dürfen.

²³⁹ Das Geschäftsjahr begann bei Siemens am 1. Oktober und endete am 30. September. Aus einem Bericht des TB Ost über das Geschäft mit Russland, datiert am 22. Juli 1925, SAA 4314.

²⁴⁰ Aus einem Brief von Direktor Franke an Stomonjakov, datiert am 6. März 1924, SAA 4/Lf 685.

²⁴¹ Aus dem Bericht des TB Ost über das Geschäft mit Russland, datiert am 22. Juli 1925, SAA 4314. Anhang E, Tabelle 9, S. 135.

²⁴² Ebd., S. 4.

Nach dem Erfolg im Geschäftsjahr 1924/1925 bewertete Siemens die weiteren Perspektiven sehr positiv. Auch einer Ausweitung der Kreditfinanzierung wurde zugestimmt, da „das russische Geschäft, in der nächsten Zeit jedenfalls, mit keinem aussergewöhnlichen Risiko verknüpft ist.“²⁴³

Entwicklung des Geschäfts nach dem Jahr 1926

Infolge der deutsch-sowjetischen Kreditabkommen im Oktober 1925 und im Februar 1926 sowie infolge des Berliner Vertrags im April 1926 konnte das Geschäft von Siemens mit Sowjetrussland weiter ausgebaut werden. Die Übernahme von Ausfallbürgschaften durch die Reichsregierung ermöglichte Siemens eine deutliche Ausweitung der Warenlieferungen auf Kreditbasis. Nach Auskunft der Chronik des TB Ost erreichte der Auftragseingang des TB Ost im Geschäftsjahr 1926/1927 eine Höhe von 32 Millionen Reichsmark.²⁴⁴

Auch in den folgenden Geschäftsjahren profitierte Siemens von den wirtschaftlichen Rahmenvereinbarungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion. So war das Unternehmen an Großprojekten wie dem Bau der Moskauer Untergrundbahn oder des Wasserkraftwerks *Dneprostroj* beteiligt. Das „Russlandgeschäft“ wurde durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise nicht negativ beeinflusst und konnte durch den Abschluss der Pjatakow-Abkommen, benannt nach dem Mitglied des VSNCh Georgij Pjatakow, zwischen 1931 und 1932 sogar gesteigert werden. Bis zum Jahr 1933 stieg das Volumen der sowjetischen Bestellungen bei Siemens weiter an.²⁴⁵

²⁴³ Ebd., S. 4.

²⁴⁴ Aus der Chronik des TB Ost, SAA 10576, S. 7.

²⁴⁵ Ebd., S. 8.

6.3 Fazit: Kommunikationswege und persönliche Netzwerke beim Aufbau des „Russlandgeschäfts“

Bei Siemens wurde seit 1917 das Defizit an Informationen über die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Sowjetrußland bemängelt. Der Aufbau eines zuverlässigen Informationsnetzwerks war somit eine wesentliche Grundvoraussetzung für die Bewertung der geschäftlichen Perspektive. Die Übermittlung von Informationen aus Sowjetrußland an Siemens erfolgte bis zum Ende des Bürgerkriegs hauptsächlich durch persönliche Kontakte, die noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stammten. Dem Engagement Krasins ist hierbei eine wichtige Bedeutung zuzusprechen. Aus den hier untersuchten Quellen geht allerdings hervor, dass Siemens außer Krasin über weitere Informationsquellen verfügte.

Siemens pflegte enge Beziehungen mit mehreren anderen deutschen Unternehmen, die ebenfalls ein geschäftliches Interesse an Sowjetrußland hatten. So lässt sich aus den Quellen ein intensiver und regelmäßiger Austausch besonders mit Direktor Fehrmann von Stinnes, aber auch mit weiteren Firmen, über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Sowjetrußland belegen.²⁴⁶ Weiterhin nahmen Führungskräfte des Unternehmens an nationalen und internationalen Wirtschaftsforen teil und konnten dadurch die Informationsbasis über die wirtschaftlichen Perspektiven erheblich erweitern.

Ebenfalls war Siemens Mitglied in mehreren Vereinigungen, wie dem Verband russischer Großkaufleute, Industrieller und Financiers oder dem Deutsch-Russischen Verein zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen. Über diese Vereinigungen beteiligte sich Siemens zusammen mit anderen Unternehmen an der Finanzierung von Informationsreisen deutscher Staatsangehöriger nach Sowjetrußland. Aus den untersuchten Quellen sind insgesamt drei solcher Reiseberichte nachzuweisen.²⁴⁷ Diese Berichte lieferten Siemens grundlegende Informationen über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Sowjetrußland, welche in die unternehmensinterne Bewertung der Geschäftsperspektiven einfließen.

²⁴⁶ Darauf weisen die Briefwechsel mit Fehrmann hin, SAA Lg 735, SAA 6397, SAA 4/Lf 685. Ebenso die regelmäßigen Besprechungen mit Repräsentanten anderer deutscher Unternehmen, SAA 4/Lf 685.

²⁴⁷ Dazu der Reisebericht von Klasson aus dem Jahr 1919, SAA 4/Lf 685; der Bericht Kunz aus dem Jahr 1921, SAA 6339; der Bericht von Georg Cleinow aus dem Jahr 1922, SAA 11/Lf 449.

Von größerer Wichtigkeit waren allerdings weiterhin die Kontakte von Siemens zu ehemaligen Mitarbeitern. Außer Krasin - ehemals stellvertretender Direktor der RSSW - ist hier vor allem Alfred Schwartz als ehemaliger Leiter der Russischen Elektrotechnischen Werke Siemens & Halske AG zu nennen. Die sowjetische Regierung hatte eine große Anzahl von wirtschaftlichen Führungskräften aus der vorrevolutionären Zeit übernommen. Dadurch waren die ehemaligen Siemens-Mitarbeiter Krasin und Schwartz in leitende Positionen der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung aufgerückt. Aus den untersuchten Quellen wird deren Bereitschaft deutlich, ihre Autorität auch zugunsten von Siemens einzusetzen. Siemens gelangte somit an interne Informationen aus der sowjetischen Wirtschaftsplanung, auf die andere Unternehmen kaum Zugriff hatten.²⁴⁸

Durch dieses Netzwerk an Verbindungspersonen erhielt das Unternehmen einen ständigen Zufluss von Informationen, die in einem internen - zum Teil sehr kontroversen - Diskussionsprozess verarbeitet wurden. Sie bildeten die Basis für die Einschätzung der Geschäftsperspektive. Allerdings blieb der Kenntnisstand von Siemens über die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Sowjetrussland weiterhin ungenügend, in den Quellen sind bis ins Jahr 1922 Beschwerden über die unsichere Nachrichtenlage vermerkt.

Mit der Eröffnung der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin stand Siemens ein institutionalisierter Gesprächspartner zur Verfügung. Die Handelsvertretung war innerhalb des Außenhandelsmonopols der wichtigste offizielle Ansprechpartner für die sowjetischen Beziehungen zu deutschen Unternehmen. Inoffizielle Kontakte von Siemens, wie mit Krasin oder Schwartz, bestanden zwar weiter, verloren jedoch an Bedeutung. Für Siemens hatte die Monopolisierung der sowjetischen Außenbeziehungen zur Folge, dass sich das Unternehmen auf den veränderten strukturellen Geschäftsrahmen umstellen musste. Der Konflikt mit Stomonjakow seit dem Jahr 1922 verdeutlicht, dass die russische Handelsvertretung ein sehr hohes Druckpotenzial in den Verhandlungen entwickeln konnte. Das „Russlandgeschäft“ von Siemens setzte somit die Pflege guter Kommunikationsbeziehungen mit der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin voraus.²⁴⁹

²⁴⁸ Deutlich wird diese Unterstützung insbesondere in der Niederschrift von Görz über seine Reise nach London im Jahr 1920, datiert am 11. November 1920, SAA 6397. Anhang F, Quelle 1, S. 136.

²⁴⁹ Siemens versuchte dennoch, sich von der Informationspolitik der Handelsvertretung unabhängig zu machen. Seit Januar 1926 abonnierte das Unternehmen vermutlich den „O-Dienst“, eine wirtschaftspolitische Zeitschrift für Osteuropa. Ein Exemplar dieser Zeitschrift ist in den Akten erhalten, SAA 4/Lf 685.

Für den gesamten untersuchten Zeitraum ist festzuhalten, dass der Kenntnisstand von Siemens über die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Sowjetrussland in keiner Phase ausreichend war. Das Unternehmen ergriff zwar Maßnahmen zur Verbesserung der Informationsbasis, vor allem durch den Ausbau seines Kommunikationsnetzwerks. Dieses konnte jedoch nur eine begrenzte Wirkung entfalten. Seit dem Jahr 1921 kanalisierte die Handelsvertretung in Berlin den Fluss wirtschaftspolitisch relevanter Informationen zwischen Sowjetrussland und Siemens fast vollständig. Die ungenügenden und teilweise fehlerhaften Informationen erschwerten dem Unternehmen somit die Bewertung der wirtschaftspolitischen Perspektiven in Sowjetrussland. Darin lag ein hohes Potenzial an Fehleinschätzungen für den Aufbau des „Russlandgeschäfts“ von Siemens.

7 Unternehmensstrategie von Siemens in den deutsch-sowjetischen Beziehungen

Im Folgenden werden die Erkenntnisse der Quellenanalyse anhand der eingangs formulierten Fragestellung untersucht: wie beeinflusste der strukturelle Rahmen der deutsch-sowjetischen Beziehungen das „Russlandgeschäft“ von Siemens?

Zunächst wird der Einfluss des sowjetischen Elektrifizierungsprogramms auf das Unternehmensgeschäft überprüft. Die sowjetische Außenhandelsstrategie sah mehrere Alternativen für ausländische Unternehmen vor, am Aufbau der Elektroindustrie zu profitieren. Es ist deshalb zu untersuchen, wie Siemens diese Geschäftsmöglichkeiten nutzte. Daran anschließend wird das „Russlandgeschäft“ des Unternehmens in den Rahmen der wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion eingeordnet. Aus dieser Analyse folgt das Ergebnis, welche Faktoren die Unternehmensstrategie von Siemens im „Russlandgeschäft“ beeinflussten.

7.1 Das „Russlandgeschäft“ von Siemens im Rahmen des sowjetischen Elektrifizierungsprogramms

In Kapitel 5 der vorliegenden Arbeit wurde das Elektrifizierungsprogramm dargestellt, das die Basis der sowjetischen Industrialisierung bildete. Die GOÉLRO erhielt weitgehende Kompetenzen in der Wirtschaftsplanung und entwickelte einen Perspektivplan zur Elektrifizierung der Industrie. Eine zentrale Voraussetzung dieser Strategie war die Aufnahme geschäftlicher Beziehungen mit ausländischen Unternehmen, der Aufbau der sowjetischen Industrie erforderte den Import westlicher Investitionsgüter und westlicher Technologie unter Aufwand möglichst geringer Finanzmittel. Die RSFSR intensivierte seit Anfang der 1920er Jahre den Warenimport, die Vergabe von Konzessionen, die Gründung gemischter Gesellschaften sowie den Abschluss technischer Hilfsverträge mit ausländischen Unternehmen. Zusätzlich bemühte sich die Regierung um die Aufnahme von Auslandskrediten zur Finanzierung der Warenimporte. Diese Voraussetzungen der sowjetischen Industrialisierungsstrategie legten den strukturellen Rahmen für das elektrotechnische Geschäft mit Siemens fest.

Verschiedene Äußerungen Krasins weisen darauf hin, dass die Bolschewiki bereits seit dem Jahr 1918 geschäftliche Beziehungen mit Siemens anstrebten. Ebenfalls zeigen die unternehmensinternen Diskussionen, dass eine Wiederaufnahme des Russlandgeschäfts bei Siemens durchaus thematisiert wurde. Aufgrund des Verlaufs des russischen Bürgerkriegs stieg bei Siemens seit 1920 die Bereitschaft, mit den Bolschewiki in geschäftliche Verhandlungen zu treten.

Nach Auskunft der Chronik des TB Ost erfolgten bereits im Jahr 1920 die ersten Vertragsabschlüsse zwischen der sowjetischen Regierung und deutschen Unternehmen. Der Autor der Chronik klärt allerdings nicht eindeutig, ob Siemens bereits zu diesem Zeitpunkt am Geschäft mit Russland beteiligt war. Auch die hier untersuchten Quellen weisen nur indirekt darauf hin.²⁵⁰ Es ist jedoch festzuhalten, dass Siemens seit 1920 intensive Verhandlungen mit Repräsentanten der sowjetischen Regierung führte und ebenfalls an internationalen Handelsprojekten für Sowjetrussland beteiligt war. Für die späteren Vertragsbeziehungen bildeten diese Verhandlungen eine wichtige Basis.

Das Geschäft nahm seit dem Jahr 1922 einen deutlichen Aufschwung. Anhand der untersuchten Quellen ist zwar aufgrund fehlender Geschäftsverträge keine genaue Angabe über die Höhe des Auftragsvolumens zu machen. Aus Bilanzen, unternehmensinternen Berichten, Briefen oder Sitzungsprotokollen kann allerdings auf den Verlauf und den Umfang des Geschäfts geschlossen werden. Somit lassen sich die Instrumente der sowjetischen Außenhandelsstrategie im „Russlandgeschäft“ von Siemens nachvollziehen. Eine Auflistung des Geschäftsvolumens des TB Ost gibt Auskunft über den Gesamtumsatz, wonach das Volumen des „Russlandgeschäfts“ bis zum Jahr 1923 einen Wert von ca. drei Millionen Rubel erreichte.²⁵¹ Siemens lieferte in diesem Zeitraum vor allem Material an die sowjetische Eisenbahnkommission.²⁵² Ebenfalls berichtete Melchers über seine Reise nach Petrograd im Jahr 1922, als er mit dem Elektro-Trust einen Liefervertrag abschließen konnte. Der genaue Inhalt und das Volumen des Liefervertrages

²⁵⁰ In einer Liste der Abteilung Eisenbahnwesen von S&H wurde eine Bestellung von Eisenbahnmaterial vom 29. Januar 1921 vermerkt. Frühere Aufträge sind nur indirekt angesprochen, SAA 4/Lf 685.

²⁵¹ Die Angaben stammen aus dem Bericht des TB Ost vom Juli 1925, SAA 4314.

²⁵² Aus einer Lieferliste des Blockwerks von S&H, datiert am 16. Januar 1923. Darin werden mehrere Lieferungen an die sowjetische Eisenbahnkommission im Jahr 1922 aufgeführt, SAA 4/Lf 685.

gehen jedoch nicht aus dieser Quelle hervor.²⁵³ Im Jahr 1924 sank das Liefervolumen infolge des Konflikts mit der russischen Handelsvertretung vorübergehend und stieg erst nach Beilegung des Konflikts wieder deutlich an. Ebenfalls wirkten sich die deutsch-sowjetischen Kreditabkommen im Oktober 1925 und im Februar 1926 sowie der Berliner Vertrag überaus positiv auf die Geschäftsentwicklung aus.

Die Vergabe von Konzessionen war ein wichtiges Instrument der sowjetischen Außenhandelsstrategie, das von Siemens allerdings während des russischen Bürgerkriegs überwiegend abgelehnt wurde. Die Unternehmensführung schätzte das Risiko als zu hoch ein. Erst seit dem Jahr 1921 begann eine unternehmensinterne Diskussion um die Geschäftsmöglichkeiten auf Konzessionsbasis. Vor allem Robert Melchers befürwortete diese Form des „Russlandgeschäfts“ und wurde im Jahr 1922 beauftragt, mit Stomonjakov über den Erwerb einer Handelskonzession für Siemens zu verhandeln.²⁵⁴ Der Verlauf dieser Verhandlungen geht nicht aus den Quellen hervor. Es ist allerdings zu vermuten, dass der sich anbahnende Konflikt zwischen Siemens und Stomonjakov auch die Konzessionsverhandlungen beeinträchtigte. Abschließend kann anhand der hier analysierten Quellen nicht geklärt werden, ob Siemens im Untersuchungszeitraum tatsächlich eine Konzession erworben hat.²⁵⁵ Das Unternehmen zeigte jedoch seit 1922 Interesse daran und stand in diesbezüglichen Verhandlungen mit der sowjetischen Handelsvertretung.

Aus den Quellen geht ebenfalls nicht hervor, dass Siemens an der Gründung einer gemischten Gesellschaft direkt beteiligt war. In den Akten befand sich nur ein Mustervertrag für ein solches Abkommen.²⁵⁶ Auch gibt es keinen Hinweis aus Sitzungsprotokollen, Aktennotizen oder geschäftlichem Briefverkehr, dass im Unternehmen die Gründung einer gemischten Gesellschaft diskutiert wurde. Allerdings lassen sich intensive Geschäftsbeziehungen mit deutsch-sowjetischen gemischten Gesellschaften nachweisen. Eine Auflistung des TB Ost zeigt, dass im Geschäftsjahr

²⁵³ Aus dem Bericht von Melchers vom 19. Dezember 1922, SAA 4/Lf 685, S. 2.

²⁵⁴ Aus dem Bericht vom Melchers vom 19. Dezember 1922, SAA 4/Lf 685, S. 16.

²⁵⁵ Aus einer Liste der deutschen Konzessionsnehmer von Lorenz geht eine direkte Beteiligung von Siemens ebenfalls nicht hervor, Lorenz: Handbuch, S. 242-244.

²⁵⁶ „Grundsätze für ein Wiederaufbau-Abkommen des Russischen Elektro-Trustes durch Mitarbeit eines deutschen Konzerns“, ohne Datierung, vermutlich aus dem Jahr 1922, SAA 11/Lf 449.

1924/1925 zumindest 30% des gesamten Geschäftsvolumens den Aufträgen gemischter Gesellschaften zuzuschreiben war.²⁵⁷

Der Abschluss eines technischen Lizenzvertrags nach den Kriterien von Lorenz kann für Siemens aus den untersuchten Quellen nicht nachgewiesen werden.²⁵⁸ Das TB Ost entsandte jedoch vermutlich bereits seit Anfang der 1920er Jahre eigene Ingenieure nach Sowjetrußland. Eine Datierung dieser Beratertätigkeit ist auf Basis der untersuchten Quellen nicht möglich. Aus einer Liste des in Rußland weilenden Personals aus dem Jahr 1928 wird allerdings deutlich, dass dieses Personal vorwiegend in der Planung und Montage eingesetzt wurde.²⁵⁹ So entsandte allein die SBU im Jahr 1928 mindestens sechs Ingenieure zur Baustelle von Dneprostroy. Insgesamt hatte das Unternehmen 22 Mitarbeiter in Rußland, die vorwiegend mit der Montage der von Siemens gelieferten Anlagen beschäftigt waren und für die sowjetische Wirtschaft eine wichtige Funktion erfüllten. Exemplarisch wird dies unterstrichen durch die Beteiligung von Siemens an den Großprojekten von *Dneprostroy* oder dem Bau der U-Bahn von Moskau.

Im Zuge der positiven Auftragsentwicklung seit 1922 wurde das „Rußlandgeschäft“ zunehmend auf Kreditbasis finanziert. Siemens räumte in den Verhandlungen mit der sowjetischen Handelsvertretung Kredite unterschiedlicher Fristen ein. So wird in einer Mitteilung des Berliner Börsen-Couriers auf einen Kredit der SSW an den sowjetischen Elektrotrust aus dem Jahr 1922 verwiesen, der in den unternehmensinternen Quellen nicht vermerkt ist.²⁶⁰ Nach einem Bericht des TB Ost verlief die Zahlungsabwicklung fast immer problemlos, die sowjetische Handelsvertretung präsentierte sich demnach als verlässlicher Vertragspartner. Auch die Finanzierung von Aufträgen gemischt-wirtschaftlicher Gesellschaften musste fast immer über Kredite vorfinanziert werden.

²⁵⁷ Aus dem Bericht des TB Ost vom Juli 1925, SAA 4143, S. 3.

²⁵⁸ In einer Auflistung der technischen Lizenzverträge deutscher Unternehmen bei Lorenz ist jedoch ein Abkommen mit der Telefunken GmbH, eine gemeinsame Beteiligungsgesellschaft von Siemens und AEG, vom September 1927 vermerkt, Lorenz: Handbuch, S. 259 f.

²⁵⁹ Aus einer Mitteilung des TB Ost an Direktor Wolf-Dietrich von Witzleben, Leiter des Büros Carl Friedrich von Siemens (Generalsekretariat), datiert am 15. März 1928, SAA 4/Lf 685.

²⁶⁰ Aus einem Interview des Börsen-Couriers mit Lew Zausmer, Vorstand des Elektrotrusts in Moskau und ehemaliges Vorstandsmitglied der russischen AEG, datiert am 25. September 1922, SAA 11/Lf 449, S. 2.

Die Auswertung der Quellen zeigt, dass im gesamten Untersuchungszeitraum Kontakte zwischen Siemens und sowjetischen Repräsentanten bestanden. Im Jahr 1920 wurden erste Verhandlungen aufgenommen, aus denen in den folgenden Jahren Vertragsabschlüsse resultierten. Die Anforderungen der sowjetischen Wirtschaft können dabei am Geschäft mit Siemens nachvollzogen werden. In den Jahren bis 1922 bestellten die sowjetischen Auftraggeber vor allem Eisenbahnmaterial, das zur Wiederherstellung der Infrastruktur benötigt wurde. Nach 1922 lieferte Siemens zunehmend Produkte aus dem Bereich Starkstromtechnik, wie z. B. Generatoren oder Turbinen.²⁶¹ Seit Ende der 1920er Jahre war das Unternehmen an Großprojekten zur Energiegewinnung, wie dem Bau des Kraftwerks von *Dneprostroj*, beteiligt.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit ist keine Aussage darüber möglich, welchen Stellenwert Siemens innerhalb des sowjetischen Elektrifizierungsprogramms einnahm. Aus den Quellen geht allerdings hervor, dass das Unternehmensgeschäft im Rahmen der sowjetischen Außenhandels- und Elektrifizierungsstrategie verlief. Der Anteil des Geschäftsvolumens am Gesamtumsatz des Unternehmens blieb im Untersuchungszeitraum zwar verhältnismäßig gering. Wird das „Russlandgeschäft“ jedoch nicht nur an Umsatzzahlen gemessen, so ergibt sich ein anderes Bild. Es kann anhand der Quellen belegt werden, dass Carl Friedrich von Siemens als Aufsichtsratsvorsitzender in mehreren Fällen in den Prozess der Geschäftsentwicklung mit der Sowjetunion involviert war. Aus verschiedenen Dokumenten wie Briefen oder Protokollen geht hervor, dass die Unternehmensführung diesem Geschäftsbereich durchaus eine hohe Priorität einräumte. Obwohl das Umsatzvolumen nicht die Erwartungen der Unternehmensführung erfüllte, ist somit für den Zeitraum nach 1922 ein hohes Interesse von Siemens am „Russlandgeschäft“ festzuhalten.

²⁶¹ Aus einer Liste der SSW-Aufträge zwischen 1925 und 1931, SAA 11754.

7.2 Siemens im Rahmen der deutsch-sowjetischen Beziehungen

Voraussetzung für die Aufnahme des „Russlandgeschäfts“ von Siemens war der strukturelle Rahmen der deutsch-sowjetischen Beziehungen, der in den Kapiteln 3 und 4 dargestellt wurde. Es soll nun anhand der Quellen überprüft werden, welchen Einfluss die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf den Verlauf dieses Geschäfts ausübten. Die strategischen Entscheidungen von Siemens im „Russlandgeschäft“ basierten auf der Interpretation dieses wirtschaftspolitischen Rahmens.

Einfluss der deutschen Politik auf Siemens

In der Nachkriegszeit konkurrierten im Deutschen Reich die Vertreter von Ost- und Westpolitik um die Konzeption der deutschen Außenbeziehungen. Ein grundlegendes Ziel der deutschen Außenwirtschaftspolitik bildete die Reintegration des Reichs in die internationale Wirtschaft. Die Darstellung in den Kapiteln 3 und 4 hat jedoch gezeigt, dass zumindest bis zur Annahme des Dawes-Plans im Jahr 1924 die Aufnahme deutsch-sowjetischer Wirtschaftsbeziehungen von der deutschen Politik überwiegend befürwortet wurde. Zum Teil standen die Argumente in der Tradition der kaiserlichen Kriegszielpolitik. So verwiesen Vertreter des nationalkonservativen Lagers auf den hohen Stellenwert der osteuropäischen Märkte für die deutsche Industrie und forderten eine Wiederaufnahme der Politik zur Errichtung eines deutschen Wirtschaftsraums in Osteuropa.

Wie bewertete Siemens diese Auseinandersetzungen um die Richtung der deutschen Außenwirtschaftspolitik? Die hier untersuchten Quellen geben hierüber keine direkte Auskunft. Allerdings ergeben sich aus Sitzungsprotokollen und Briefen Aufschlüsse darüber, welche Position das Unternehmen im außenpolitischen Diskurs vertrat.

Anhand mehrerer Quellen lässt sich belegen, wie Siemens mit deutschen staatlichen Stellen kommunizierte. So bot der Dezernent der wirtschaftspolitischen Abteilung für Russland im Auswärtigen Amt Dr. Hahn im Jahr 1921 dem Unternehmen seine Zusammenarbeit an. Aufschlussreich ist ebenfalls ein Briefwechsel von Carl Friedrich von Siemens mit dem deutschen Botschafter in Moskau, Graf von Brockdorff-Rantzau, aus dem Jahr 1925. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Priorität der deutschen Politik bereits dahingehend verschoben, den Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion weniger Gewicht beizumessen. Brockdorff-Rantzau hielt jedoch die deutsch-sowjetischen

Wirtschaftsabkommen weiterhin für ein zentrales Instrument der deutschen Politik. Er versprach Siemens seine persönliche Unterstützung und vermittelte dem Unternehmen Kontakte zu höheren Stellen innerhalb der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung. Allerdings bewertete der Botschafter die Perspektiven der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen sehr skeptisch:

„Ich hoffe auch, dass (in den Verhandlungen, d. Verf.) ein positives Resultat erzielt werden wird, obgleich durch die Verhandlungen in Locarno in letzter Zeit in Moskau eine politisch ungünstige Stimmung geschaffen ist, die, wie die Dinge einmal liegen, auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen rückwirken.“²⁶²

Siemens agierte somit innerhalb einer Strategie, die von der Reichsregierung erwünscht war, das Unternehmen erhielt in mehreren Fällen direkte Unterstützung für den Aufbau des Geschäfts. Es geht jedoch aus den untersuchten Quellen nicht hervor, dass die Reichsregierung einen politischen Einfluss auf die Unternehmensstrategie von Siemens nahm. Dies betrifft vor allem den Zeitraum 1919 bis 1923, in dem laut Forschungsliteratur der Einfluss der Ostpolitiker im Auswärtigen Amt besonders groß war. Ein Bezug auf das Mitteleuropa-Konzept oder die deutsche Großraumpolitik in Osteuropa lässt sich in den Quellen nicht nachweisen.

Allerdings war der außenpolitische Diskurs nicht nur auf die offizielle Position der Reichsregierung beschränkt. In den Akten befand sich dazu eine Schrift von Herrmann von Berg bezüglich der „Zukunft des deutschen Wirtschaftslebens und seine Hauptaufgaben.“²⁶³ Von Berg vertrat im Wesentlichen die politische Konzeption der Nationalkonservativen bezüglich einer wirtschaftsorientierten Großraumpolitik in Osteuropa. So heißt es am Anfang der Schrift:

„Nachdem Deutschland fast alle seine früheren Bezugsquellen für Rohstoffe und die grösste Zahl der Absatzmärkte für die Produkte seiner Wirtschaft verloren (...) ist die Schaffung und wirtschaftliche Erfassung eines solchen Neulandes, in welchem beides – Rohstoffe und Absatzmöglichkeiten – gesichert wäre, eine Lebensfrage für die deutsche Wirtschaft. Dieses Neuland ist einzig und allein Russland.“²⁶⁴

²⁶² Aus einem Brief von Brockdorff-Rantzau an Carl Friedrich von Siemens, datiert am 23. Oktober 1925. Ebenfalls ist ein Brief von Carl Friedrich von Siemens an Brockdorff-Rantzau, datiert am 11. November 1925, erhalten. SAA 4/Lf 685.

²⁶³ Von Berg war ehemaliger Direktor der „N. F. Beljajew’schen Industrieunternehmen“ in Russland. Seine Funktion in der Nachkriegszeit geht aus der Quelle nicht hervor. Die Schrift wurde im Januar 1921 verfasst und war „streng vertraulich, nur zur persönlichen Kenntnisnahme“, SAA 11/Lf 449.

²⁶⁴ Ebd., S. 2.

Von Berg entwickelte im Verlauf der Schrift eine Strategie zur „wirtschaftlichen Erschließung Russlands“ auf „breitester geistiger und kultureller Basis“ sowie auf Basis der „deutschen landwirtschaftlich -kolonialisatorischen Siedlung.“²⁶⁵

Aus den in der vorliegenden Arbeit untersuchten Dokumenten geht nicht hervor, dass derartige wirtschaftspolitische Positionen bei Siemens diskutiert wurden. Vielmehr zeigt die abwartende Strategie des Unternehmens während des russischen Bürgerkriegs, dass Siemens vor allem die Risiken des „Russlandgeschäfts“ in Betracht zog. Die Unternehmensstrategie basierte somit vorwiegend auf wirtschaftlichen Erwägungen. Zumindest ist für den untersuchten Zeitraum kein Einfluss des außenpolitischen Diskurses im Deutschen Reich auf die Unternehmensstrategie von Siemens im „Russlandgeschäft“ erkennbar.

Einfluss der sowjetischen Politik auf Siemens

Bereits während des russischen Bürgerkriegs zeigten die Bolschewiki Interesse am Handel mit dem Deutschen Reich. Der industrielle Aufbau erforderte den Import von Maschinen, technische Hilfe sowie Finanzierungskapital aus dem Ausland. Mit dem Abschluss des vorläufigen Abkommens begannen im Jahr 1921 die offiziellen deutsch-sowjetischen Beziehungen. Innerhalb der sowjetischen Wirtschaftsplanung entwickelte der Außenhandel, der durch das Außenhandelsmonopol auf die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen begrenzte wurde, mit deutschen Unternehmen einen wichtigen Stellenwert.

Die Unternehmensführung von Siemens war nach der Oktoberrevolution sehr skeptisch gegenüber der sowjetischen Regierung eingestellt. Die wirtschaftspolitische Ideologie der Bolschewiki wurde bei Siemens vollständig abgelehnt. Vor allem die Nationalisierung der russischen Industrie im Juni 1918 rief im Unternehmen entschiedenen Widerspruch und Verbitterung hervor. Dazu äußerte Görz retrospektiv im Jahr 1923: „Es ist etwas viel verlangt, wenn man Menschen und Verhältnissen, die von meinem Standpunkte aus gesehen, eine Lebensarbeit vernichtet haben, besondere Sympathie entgegenbringt.“²⁶⁶ Ebenfalls kritisierte Siemens die Errichtung des Außenhandelsmonopols. Innerhalb des

²⁶⁵ Ebd., S. 5.

²⁶⁶ Aus der Niederschrift von Görz über „die Geschäftsmöglichkeiten mit Russland“, datiert am 15. Februar 1923. SAA 4/Lf 685.

politischen Systems in Sowjetrußland sah das Unternehmen bis zu Beginn der 1920er Jahre keine Perspektive für die Geschäftsentwicklung.

Auch waren bei Siemens die großen wirtschaftlichen Probleme in Sowjetrußland bekannt und entsprechend kritisch wurde der Ausbau von Handelsbeziehungen zur sowjetischen Regierung beurteilt. Görz kam im März 1918 zu dem Schluss, „dass es unter diesen Umständen wohl kaum möglich ist, bestimmtere Perspektive für den weiteren Fortbestand resp. Entwicklung des Unternehmens zu entwerfen.“²⁶⁷ Krasin selbst bestätigte diese Einschätzung bei seinem Besuch in Berlin im Mai 1918: „Allerdings werden, selbst wenn die Politik der Bolschewiki in günstigem Sinne ausläuft, noch Jahre vergehen, ehe sich das wirtschaftliche und geschäftliche Leben wieder in regelrechten Bahnen abspielt.“²⁶⁸ Bis in das Jahr 1919 dominierte im Unternehmen eine ablehnende Position gegen jegliche Geschäftsbeziehungen mit der sowjetischen Regierung.

Aus den untersuchten Quellen wird der prozessuale Charakter der Annäherung von Siemens an die Bolschewiki deutlich. Innerhalb des Unternehmens wurde die wirtschaftspolitische Zukunft Sowjetrußlands zum Teil sehr unterschiedlich bewertet und kontrovers diskutiert. Erst als der Sieg der Bolschewiki im russischen Bürgerkrieg seit 1920 absehbar war, stellte sich Siemens sukzessive auf die sowjetische Regierung als Verhandlungspartner ein. Der Beginn der Neuen Ökonomischen Politik im Jahr 1921 eröffnete neue Perspektiven. Siemens ging kurzzeitig sogar von einer Wiedereinführung privatwirtschaftlicher Verhältnisse aus und erwartete als Folge der NĖP eine deutliche Ausweitung des „Rußlandgeschäfts“. Trotz ideologischer Differenzen trat das Unternehmen seit dem Jahr 1921 in offizielle Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung. Das Außenhandelsmonopol sowie die Autorität der russischen Handelsvertretung in Berlin wurden seitdem im Grunde akzeptiert. Die Quellen belegen das Interesse von Siemens am Aufbau des „Rußlandgeschäfts mit der sowjetischen Regierung als Vertragspartner.

²⁶⁷ Niederschrift Görz über die Unterredung mit Krassin im Februar 1918 in Stockholm, datiert am 25. Februar 1918, SAA Lk 162, S. 21.

²⁶⁸ Aus dem Protokoll der Besprechung zwischen Carl Friedrich von Siemens, Direktor Görz und anderen Direktoren von Siemens mit Krassin am 23. Mai 1918, SAA Lg 735.

Die Auseinandersetzung zwischen Carl Friedrich von Siemens und Boris Stomonjakov in den Jahren 1922 bis 1924 zeigt, dass die sowjetischen Repräsentanten in politischen Fragen sehr empfindlich reagierten. Stomonjakov warf dem Unternehmen eine politische Betätigung gegen die sowjetische Regierung vor und begründete dies unter anderem durch die Mitgliedschaft des Unternehmens im Verband russischer Großkaufleute, Industrieller und Financiers:

„(...) dass wir es vielmehr als ein selbstverständliches Recht Ihrer Firma ansehen, diejenige Haltung der Sowjet-Regierung gegenüber einzunehmen, die Ihre Firma für angebracht hält, und dass wir für uns lediglich vollkommene Freiheit bei der Vergabung unserer Aufträge in Anspruch nehmen wollen.“²⁶⁹

Weitere Aufträge der russischen Handelsvertretung an Siemens machte Stomonjakov somit von der künftigen Unternehmenspolitik abhängig. Siemens wurde dadurch unter Druck gesetzt, da das sowjetische Außenhandelsmonopol keine Alternative zu Verhandlungen mit anderen Stellen bot. Im August 1923 beendete das Unternehmen seine Mitgliedschaft im Verband russischer Großkaufleute, Industrieller und Financiers.²⁷⁰ Robert Melchers äußerte zu den Forderungen Stomonjakovs:

„Die neuere Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen erfordert eine völlige Einstellung auf die Mentalität der in Russland führenden Personen. Es muss daher in Zukunft alles unterlassen werden, das den Russen auch nur einen vermeintlichen Anlass zu der Befürchtung geben könnte, in uns keinen loyalen Vertragspartner zu finden. Hierzu gehört öffentlicher und geheimer Verkehr mit den Emigrantenkreisen, abfällige Kritik der Sowjets oder der Sowjetvertreter und das Herausstellen von Persönlichkeiten, die den Sowjets gegenüber kompromittiert sind.“²⁷¹

Hiermit zeigt sich, dass für die sowjetischen Verhandlungspartner politische Faktoren im Geschäft mit Siemens durchaus relevant waren. Voraussetzung für den Aufbau des „Russlandgeschäfts“ war somit eine veränderte Unternehmenspolitik angesichts der politischen Forderungen der Bolschewiki.

²⁶⁹ Aus dem Brief von Stomonjakov an Carl Friedrich von Siemens vom 10. November 1923, SAA 4/Lf 685.

²⁷⁰ Aus einem Briefentwurf von Robert Melchers an Boris Stomonjakov, datiert am 4. Oktober 1923. Der Brief enthält eine offizielle Entschuldigung des Absenders an Stomonjakov, SAA 4/ Lf 685.

²⁷¹ Melchers in seinem Bericht vom 19. Dezember 1922, SAA 4/Lf 685, S. 15 f.

Einfluss der deutsch-sowjetischen Beziehungen auf Siemens

Das „Russlandgeschäft“ von Siemens entwickelte sich innerhalb der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die bilateralen Verträge bildeten somit den übergeordneten Handlungsrahmen für das Unternehmen. Anhand der untersuchten Quellen sollen nun die Auswirkungen der deutsch-sowjetischen Beziehungen für Siemens nachvollzogen werden.

Das vorläufige Abkommen des Jahres 1921 legte den Grundstein für die deutsch-sowjetischen Vertragsbeziehungen. Infolge dieses Abkommens stieg das Handelsvolumen von Siemens mit Sowjetrußland deutlich an. Eine außerordentlich wichtige Funktion hatte die russische Handelsvertretung in Berlin, die seit 1921 zur zentralen Schnittstelle für das Geschäft von Siemens wurde. Allerdings, und auch dies verdeutlichen die Quellen, wirkten sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf nationaler Ebene nicht zwingend auf das „Russlandgeschäft“ von Siemens aus. So hatte der Abschluss des Rapallo-Vertrags keine positiven Folgen für das Geschäft, da sich das Unternehmen seit 1922 im Konflikt mit der sowjetischen Handelsvertretung befand. Allerdings wirkte sich wiederum der Dawes-Plan, in der Forschung als Beginn einer verstärkten Westintegration der deutschen Wirtschaft bezeichnet, nicht negativ aus. Im Gegenteil wurde das „Russlandgeschäft“ von Siemens in den Jahren nach 1924 stetig ausgebaut.

Der Berliner Vertrag 1926 sowie die vorangegangenen deutsch-sowjetischen Kreditabkommen hatten dagegen direkte Auswirkungen auf das Geschäft. Die Bereitstellung von Exportkrediten sowie die Übernahme von Ausfallsbürgschaften durch die Reichsregierung führten zu einer deutlichen Steigerung des Umsatzvolumens von Siemens seit 1925. Das Unternehmen profitierte ebenfalls vom Abschluss der Pjatakow-Abkommen der Jahre 1931 und 1932.

Die Auswirkungen der politischen Rahmenbedingungen für das „Russlandgeschäft“ von Siemens können anhand der untersuchten Quellen nur unvollständig aufgezeigt werden. So bleiben die Folgen der Ruhrbesetzung im Jahr 1923 oder die Schließung der russischen Handelsvertretung in Berlin im Jahr 1924 auf das Unternehmen ungeklärt. Anhand der Quellen wird jedoch deutlich, dass das Volumen des „Russlandgeschäfts“ von Siemens nicht zwangsläufig mit dem Status der deutsch-sowjetischen Beziehungen korrelierte. Mehrere Beispiele zeigen unterschiedliche Entwicklungen auf der persönlichen Ebene zwischen Siemens und den sowjetischen Repräsentanten einerseits, und auf der

überpersönlichen zwischenstaatlichen Ebene andererseits. Daraus folgt, dass die deutsch-sowjetischen Beziehungen zum einen den Rahmen für das „Russlandgeschäft“ von Siemens vorgaben. Zum anderen wird jedoch klar, dass dieser strukturelle Rahmen allein nicht zur Erklärung der Unternehmensstrategie ausreicht.

7.3 Fazit: die Unternehmensstrategie von Siemens im „Russlandgeschäft“

Die Unternehmensstrategie von Siemens im „Russlandgeschäft“ unterlag im Untersuchungszeitraum einem Anpassungsprozess. Mehrere Phasen sind hierbei erkennbar. In den Jahren von 1917 bis 1921 überwog im Unternehmen eine kritische Einschätzung bezüglich der politischen Verhältnisse in Sowjetrussland. In diesem Zeitraum lehnte die Unternehmensführung offizielle Verhandlungen mit den Bolschewiki überwiegend ab. Das Geschäftsrisiko wurde aus wirtschaftlichen Gründen für zu hoch bewertet. Zwar bestanden in diesem Zeitraum bereits Kontakte mit Krasin oder anderen Repräsentanten der sowjetischen Regierung. Aufgrund der unsicheren Verhältnisse im russischen Bürgerkrieg verständigte sich die Unternehmensführung jedoch auf eine abwartende Haltung.

In der zweiten Phase, von 1921 bis zur Mitte des Jahres 1923, veränderte Siemens seine Strategie grundlegend. Die Bolschewiki konnten ihre Position im russischen Bürgerkrieg stabilisieren und legitimierten auch außenpolitisch ihren Status als offizielle Regierung. Die Aufnahme des „Russlandgeschäfts“ setzte nun eine Anerkennung des sowjetischen Regimes von Seiten der Unternehmensführung voraus. Siemens sah sich ebenfalls einem Konkurrenzdruck deutscher und ausländischer Unternehmen ausgesetzt, die bereits in Verhandlungen mit den Bolschewiki standen. In den Zeitraum 1921 bis 1923 fiel somit die strategische Entscheidung des Unternehmens für die Aufnahme offizieller Geschäftsverhandlungen mit der sowjetischen Regierung.

Die dritte Phase in den Jahren 1923 und 1924 wurde durch die Auseinandersetzungen zwischen Siemens und der sowjetischen Handelsvertretung geprägt, infolge dessen das Geschäft fast vollständig zum Erliegen kam. Erst nachdem das Unternehmen die politisch motivierten Forderungen Stomonjakovs erfüllt hatte, erhielt Siemens erneut sowjetische Aufträge. Die positive Entwicklung des „Russlandgeschäfts“ in der vierten Phase seit 1924 basierte auf dieser veränderten Unternehmenspolitik.

Das „Russlandgeschäfts“ vollzog sich innerhalb der Vorgaben der sowjetischen Außenhandelsstrategie. Das Nationalisierungsdekret machte eine Wiedereinsetzung in die Besitzverhältnisse vor dem Ersten Weltkrieg unmöglich, Siemens beschränkte sich im Untersuchungszeitraum deshalb im Wesentlichen auf die Warenlieferungen. Das Unternehmen erwog nach 1922 den Erwerb einer Konzession, die diesbezüglichen Verhandlungen mit der russischen Handelsvertretung in Berlin blieben jedoch ohne Ergebnis. Ebenfalls diskutierte die Unternehmensführung das Risiko, das sich aus der sowjetischen Außenhandelsstrategie ergab. Deren grundsätzliches Ziel blieb der mittelfristige Aufbau einer selbstständigen sowjetischen Industrie. Dazu notierte Direktor Franke:

„Wir müssen uns darüber klar sein, dass die Russen sich in der Fabrikation so weit als möglich vom Ausland unabhängig machen wollen, d.h., dass wir durch unsere Unterstützung die Russen auf unseren eigenen Fabrikationsgebieten selbstständig machen. Dagegen würden wir, bis dieses Ziel erreicht ist, durch einen evtl. Vertrag eine wenn auch nicht ausschließliche, so doch stark bevorzugte Stellung erhalten, die nicht in Russland hergestellten Fabrikate auf Jahre hinaus noch liefern zu können.“²⁷²

Die Geschäftsperspektive wurde von der Unternehmensführung somit kritisch bewertet und eine langfristige Partizipation am „Russlandgeschäft“ nicht erwartet.

Als ein Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit wurden die Einflussfaktoren auf das „Russlandgeschäft“ von Siemens bestimmt. Es zeigte sich, dass die deutsche Reichsregierung zu keinem Zeitpunkt einen direkten politischen Einfluss auf die strategischen Entscheidungen von Siemens nahm. Das Unternehmen erhielt zwar in mehreren Fällen die Unterstützung staatlicher Stellen, diese Unterstützung war jedoch nicht an eine Gegenleistung auf politischer Ebene gebunden. Die Reichsregierung verfolgte mit ihrer Politik den Zweck, den Außenhandel deutscher Unternehmen zu fördern. Dagegen kann für die sowjetische Seite ein maßgeblicher Einfluss politischer Faktoren auf das Geschäft mit Siemens festgehalten werden. Politische Beweggründe waren die Ursache für den Abbruch der Geschäftsbeziehungen durch Boris Stomonjakov im Jahr 1923. Die Unternehmensführung sah sich genötigt, diese Forderungen Stomonjakovs zu erfüllen. Allerdings protestiert der Aufsichtsratsvorsitzende Carl Friedrich von Siemens in deutlichen Worten gegen das Verhalten Stomonjakovs: „Es ist

²⁷² Niederschrift von Direktor Franke über die „Besprechung über einen Vertrag zwischen dem Schwachstrom-Trust in Russland und S & H“. Anwesend waren mehrere Direktoren von S&H und SSW. Die Niederschrift ist datiert am 18. Juni 1923, SAA 6339, S. 2.

ein Grundsatz der im Siemens-Konzern vereinigten Firmen, sich als rein wirtschaftliche Unternehmen zu betrachten und politische Angelegenheiten nicht in den Bereich ihrer Tätigkeiten zu ziehen.²⁷³ Carl Friedrich von Siemens lehnte die Verbindung zwischen Auftragsvergabe und politischem Wohlverhalten des Unternehmens klar ab.

Als erstes Ergebnis lässt sich somit festhalten, dass die Unternehmenspolitik von Siemens einerseits durch den wirtschaftspolitischen Rahmen der deutsch-sowjetischen Beziehungen vorgegeben wurde. Auf dieser überpersönlichen Ebene definierten die Außenwirtschaftsstrategien des Deutschen Reichs und Sowjetrusslands den Rahmen für die Geschäftsstrategie des Unternehmens. Andererseits verlief das „Russlandgeschäft“ von Siemens nicht parallel zur Entwicklung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. Vielmehr ist anhand der Quellen nachzuweisen, dass ebenfalls Faktoren auf der persönlichen Ebene einen erheblichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung ausübten. So hatten die Beziehungen zwischen Hermann Görz und Leonid Krasin oder zwischen Carl Friedrich von Siemens und Boris Stomonjakov maßgebliche Folgen auf die Entwicklung des Geschäfts. Die Unternehmensstrategie von Siemens wurde sowohl durch den strukturellen Rahmen der deutsch-sowjetischen Beziehungen, als auch durch die persönliche Ebene des Kontakts mit sowjetischen Repräsentanten definiert.

Strandmann geht in seiner Arbeit von einer „uneingeschränkten Zustimmung“ des Unternehmens zum „Russlandgeschäft“ aus.²⁷⁴ Dieser Beurteilung ist nach den Ergebnissen der vorliegenden Studie nicht zuzustimmen. Siemens sah die wirtschaftspolitische Lage in Sowjetrussland äußerst kritisch und erwog sogar zeitweise, die Beziehungen mit Sowjetrussland abubrechen. Erst der Beginn der NÉP eröffnete dem Unternehmen eine optimistische Perspektive. Daraus ergibt sich als zweites Ergebnis der vorliegenden Arbeit, dass Siemens in den Jahren 1917 bis 1926 zu keinem Zeitpunkt das Geschäft mit Sowjetrussland uneingeschränkt anstrebte. Das Unternehmen bewertete vielmehr das geschäftliche Risiko anhand der wirtschaftspolitischen Entwicklung in Sowjetrussland. Die Unternehmensstrategie von Siemens im „Russlandgeschäft“ basierte auf rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

²⁷³ Brief Carl Friedrich von Siemens an Stomonjakov, datiert am 6. März 1924, SAA 4/Lf 685

²⁷⁴ Strandmann: Rapallopolitik, S. 276.

IV. RESÜMEE

8 Siemens und die Sowjetunion nach dem Ersten Weltkrieg

8.1 Einbindung der Ergebnisse in die Forschungsdiskussion

In der Einleitung wurde die Forschungskontroverse um die deutsch-sowjetischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg dargestellt. Diese Debatte wird durch Argumente geprägt, die sich im Wesentlichen den Positionen „Primat der Politik“ und „Primat der Wirtschaft“ zuordnen lassen. Vertreter der ersten Position sehen den Schwerpunkt der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit in der Verfolgung politischer Ziele. Wirtschaftliche Abkommen fungierten demnach als Instrument politischer Strategien. Dagegen legen die Vertreter der zweiten Forschungsposition den Schwerpunkt der deutsch-sowjetischen Beziehungen auf die wirtschaftliche Dimension. Nach Ansicht dieser Autoren vertrat die deutsche Industrie das Ziel, die ökonomisch motivierte Expansionspolitik aus der Kriegszeit fortzuführen. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen der Nachkriegszeit dienten somit der deutschen Revisionspolitik unter den Prämissen einer wirtschaftlichen Kolonisierung Osteuropas. An beiden Forschungspositionen wurde kritisiert, dass sie sich nicht auf Studien zu wirtschaftspolitischen Strategien deutscher Unternehmen stützen. Das Ergebnis der Untersuchung ermöglicht es nun, die Thesen beider Forschungspositionen am Beispiel der Firma Siemens zu überprüfen.

Aus den untersuchten Quellen der vorliegenden Arbeit geht hervor, dass die deutsche Reichsregierung in keiner Form politischen Druck auf die Unternehmensführung ausgeübt hat. Siemens wurde somit nicht von der deutschen Außenpolitik instrumentalisiert, um die politischen Beziehungen mit der Sowjetunion wirtschaftlich zu erweitern. Diese Aussage kann zumindest für den Untersuchungszeitraum der Nachkriegszeit von 1919 bis 1926 getroffen werden. Ein Primat des Politischen ist in der Unternehmensstrategie von Siemens im „Russlandgeschäft“ nicht erkennbar.

Ebenfalls ist aus den Quellen nicht ersichtlich, dass außenwirtschaftliche Konzepte der kaiserlichen Kriegszielpolitik die Geschäftsstrategie von Siemens beeinflusst haben. Derartige Konzepte fehlten im unternehmensinternen Diskussionsprozess vollständig, es kann kein Bezug der Unternehmensstrategie von Siemens auf das Mitteleuropa-Konzept hergestellt werden. Ein „Drang der deutschen Wirtschaft nach Osten“, wie Müller ihn postuliert, hat bei Siemens im Zeitraum zwischen 1917 und 1926 nicht bestanden.

Die Schlussfolgerungen beider Forschungspositionen sind somit nicht auf das elektrotechnische Geschäft von Siemens anwendbar. Vielmehr war die Strategie des Unternehmens durch die Bewertung des Geschäftsrisikos anhand der wirtschaftlichen Entwicklung in Sowjetrußland bestimmt. Zwar bestanden im Unternehmen große ideologische Vorbehalte gegenüber den Bolschewiki. Dem „Russlandgeschäft“ von Siemens lagen jedoch im Wesentlichen wirtschaftliche Erwägungen zugrunde. Die Unternehmensstrategie wurde weder von der deutschen Revisionspolitik instrumentalisiert, noch stand sie in der Kontinuität der deutschen Ostpolitik während des Ersten Weltkriegs.

8.2 Perspektiven

Die untersuchten Quellen aus dem Archiv der Firma Siemens bestätigen die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit, allerdings wurde im Rahmen dieser Studie keine umfassende Quellenauswertung vorgenommen. Ebenfalls beschränkt sich die Studie nur auf die Unternehmensstrategie von Siemens zwischen den Jahren 1917 und 1926. Somit besitzen die Ergebnisse nur eine begrenzte Aussagekraft, es können lediglich Aussagen zur Unternehmensstrategie der Firma Siemens in den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen getroffen werden. Rückschlüsse auf das generelle Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit sind auf Basis dieser Fallstudie nicht möglich.

Aus dem Thema der vorliegenden Arbeit ergeben sich jedoch mehrere Ansätze für weiterführende Untersuchungen. In der sowjetischen Wirtschaftsplanung hatte die Elektroindustrie einen hohen Stellenwert, die Firma Siemens besaß wiederum eine dominierende Stellung innerhalb der deutschen Elektroindustrie. Hieraus lassen sich mehrere Forschungsfragen ableiten. So wird in der Forschungsdiskussion darauf verwiesen, dass der sowjetische Außenhandel nicht die Anforderungen der industriellen Entwicklung erfüllen konnte. Darin lag eine wesentliche Motivation für Stalins Industrialisierungspolitik seit Ende der 1920er Jahre mittels des Ersten Fünfjahresplans.²⁷⁵ Für den Bereich Elektroindustrie wäre somit zu untersuchen, ob das „Russlandgeschäft“ von Siemens die Vorgaben des GOËLRO-Plans nicht erfüllen konnte und welche Konsequenzen sich daraus für die sowjetische Wirtschaftsplanung ergaben.

²⁷⁵ Gotthelf: Außenhandelsentwicklung, S. 85; Raupach: Planungssystem, S. 144; Erlich: Industrialisierungsdebatte, S. 92.

Seit Ende der 1920er Jahre wandelte sich der strukturelle Rahmen für das Unternehmensgeschäft. Der Beginn der Weltwirtschaftskrise, die stalinistische Revolution „von oben“ oder die Machtübernahme Hitlers veränderten die deutsch-sowjetischen Beziehungen grundlegend. Für die Firma Siemens wäre zu überprüfen, wie sich das „Russlandgeschäft“ des Unternehmens unter diesen wirtschaftspolitischen Voraussetzungen weiter entwickelte.

Der Zweite Weltkrieg bildet wiederum einen weiteren möglichen Untersuchungszeitraum. Es kann zum einen nach den Auswirkungen des Hitler-Stalin-Paktes für das Unternehmensgeschäft von Siemens gefragt werden. In der ersten Phase des Zweiten Weltkriegs von 1939 bis 1941 erhielten die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen einen kurzzeitigen Aufschwung. Zum anderen wäre zu überprüfen, in welchem Ausmaß Siemens in die deutsche Besatzungspolitik gegenüber der Sowjetunion in den Jahren 1941 bis 1945 involviert war. Der Themenbereich Zwangsarbeiterbeschäftigung wurde vom Unternehmen im Rahmen der Entschädigungszahlungen bereits aufgearbeitet. Offen ist jedoch weiterhin die Unternehmenspolitik in den besetzten Gebieten. So wurde im Jahr 1942 die Siemens Ukraine GmbH in Kiew gegründet, die eng mit der deutschen Militärverwaltung kooperierte. Das Ende des Zweiten Weltkriegs ist schließlich als klarer Kontinuitätsbruch zu betrachten, eindeutiger noch als das Ende des Ersten Weltkriegs oder die russische Oktoberrevolution. Bis zum Ende der 1950er Jahre bestanden keine weiteren Geschäftsbeziehungen zwischen Siemens und der Sowjetunion.

Der Bestand zum „Russlandgeschäft“ im Firmenarchiv von Siemens wurde im Rahmen der vorliegenden Arbeit nur ansatzweise gesichtet. Es kann deshalb keine Aussage getroffen werden, inwieweit das Quellenmaterial für eine Untersuchung der oben angedeuteten Forschungsfragen ausreichend ist. Allerdings ist hinzuzufügen, dass auch für den hier behandelten Untersuchungszeitraum die zur Verfügung stehenden Quellen nicht vollständig ausgewertet wurden. Es befinden sich im Unternehmensarchiv unter anderem ein Aktenbestand zu Leonid Krasin sowie Dokumente wie Briefe oder Reiseberichte, die über die innenpolitische und gesellschaftliche Entwicklung in Sowjetrußland seit 1917 Auskunft geben. Selbst für den hier behandelten Zeitraum von 1917 bis 1926 gibt es somit weitere Ansätze, die Aufnahme der Geschäftsbeziehungen zwischen Siemens und der Sowjetunion nach dem Ersten Weltkrieg zu untersuchen.

Anhang

Anhang A: Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
DEG	Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Electricität
EAG	Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vormals Schuckert & Co.
GOËLRO	Staatskommission für die Elektrifizierung Russlands
NËP	Neue Ökonomische Politik
OHL	Oberste Heeresleitung
RM	Reichsmark
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
S&H	Siemens & Halske
SAA	Siemens Archiv Akte
SBU	Siemens Bauunion
SSW	Siemens-Schuckertwerke
STO	Rat für Arbeit und Verteidigung
TB	Technisches Büro
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VSNCH	Oberster Volkswirtschaftsrat
ZTB	Zentralstelle der technischen Büros
ZV	Zentrale Verkehrsverwaltung
ZVEI	Zentralverbandes der deutschen Elektroindustrie

Anhang B: Literaturverzeichnis

- Aldcroft, Derek H: Die zwanziger Jahre, in: Fischer, Wolfram (Hg.): Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, München 1978.
- Balderston, Theo: Economics and Politics in the Weimar Republic, Cambridge 2002.
- Baumgart, Winfried: Brest-Litovsk, Göttingen 1969.
- Baumgart, Winfried: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, München 1966.
- Beitel, Werner und Jürgen Nötzold: Deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen in der Zeit der Weimarer Republik: eine Bilanz im Hinblick auf gegenwärtige Probleme, Baden-Baden 1979.
- Bellers, Jürgen: Außenwirtschaftspolitik und politisches System der Weimarer Republik, Münster 1988.
- Bellers, Jürgen: Außenwirtschaftspolitik und politisches System. Historisch-komparatistische Studien zur Weimarer Republik und zur Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit anderen Industrie- und Entwicklungsländern, in: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), S. 236-257.
- Blackwell, William: The beginnings of russian industrialization: 1800 – 1860, Princeton, NJ 1968.
- Blackwell, William: The industrialization of Russia: a historical perspective, Arlington Heights 1968.
- Czada, Peter: Die Berliner Elektroindustrie in der Weimarer Zeit. Eine regionalstatistisch-wirtschaftshistorische Untersuchung, Berlin 1969.
- Ehrl, Richard: Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland bzw. der Sowjetunion und Deutschland von der Jahrhundertwende bis 1941, Weiden 1993.
- Erlich, Alexander: Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924-1928, Frankfurt 1971.
- Feldenkirchen, Wilfried: Siemens 1918-1945, München 1995.
- Feldenkirchen, Wilfried: Siemens: Von der Werkstatt zum Weltunternehmen, München 2003.
- Feldenkirchen, Wilfried: Werner von Siemens. Erfinder und internationaler Unternehmer, München 1992.
- Fischer, Alexander: Sowjetische Außenpolitik 1917 – 1945, Stuttgart 1973.
- Fischer, Fritz: Bündnis der Eliten : zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871 - 1945, Düsseldorf 1979.

- Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1962.
- Fischer, Wolfram: Die Weimarer Republik unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen der Zwischenkriegszeit, in: Mommsen, Hans/Petzina, Dietmar/Bernd Weisbrod (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.-17. Juni 1973, Düsseldorf 1974, S. 26-49.
- Garamvölgyi, Judit: Aus den Anfängen sowjetischer Außenpolitik : das britisch-sowjetrussische Handelsabkommen von 1921, Köln 1967.
- Gatrell, Peter: The tsarist economy 1850-1917, London 1986.
- Geyer, Dietrich: Voraussetzungen sowjetischer Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit, in: DERS. (Hg.): Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Außenpolitik 1917-1955, Köln 1972, S. 1-85.
- Gotthelf, Michael: Außenhandelsentwicklung und Außenhandelsstrategie in der Sowjetunion : die Entwicklung des Außenhandels der Sowjetunion mit den westlichen Industrienationen und die sowjetische Außenhandelsstrategie in den Jahren 1918 – 1978, Frankfurt 1979.
- Grottian, Walter: Lenins Anleitung zum Handeln: Theorie u. Praxis sowjetischer Außenpolitik, Opladen 1963.
- Hahlweg, Werner: Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk 1918 und die bolschewistische Weltrevolution, Münster (Westf.) 1960.
- Haigh, Robert: German-Soviet relations in the Weimar era: friendship from necessity, Aldershot 1985.
- Hardach, Karl: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Göttingen 1979.
- Haumann, Heiko: Kapitalismus im zaristischen Staat 1906-1917. Organisationsformen, Machtverhältnisse und Leistungsbilanz im Industrialisierungsprozess, Freiburg 1980.
- Hewett, Edward: Energy, economics and foreign policy in the soviet union, Washington D.C. 1984.
- Hildebrand, Klaus: Das Deutsche Reich und die Sowjetunion im internationalen System 1918-1932: Legitimität oder Revolution?, Wiesbaden 1977.
- Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Aufstieg und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 2001.
- Hillgruber, Andreas: Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Düsseldorf 1971.

- Holtfrerich, Carl-Ludwig: Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980.
- Holzer, Guenter: The German electrical industry in Russia: From economic entrepreneurship to political activism 1890-1918, Lincoln, Neb. 1970.
- Kennan, George: Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin, Stuttgart 1961.
- Keylor, William R. (Hg.): The Legacy of the Great War. Peacemaking, 1919, Boston 1998.
- Kirchner, Walther: Die deutsche Industrie und die Industrialisierung Russlands, St. Katharinen 1986.
- Klumpen, Heinrich: Deutsche Außenpolitik zwischen Versailles und Rapallo : Revisionismus oder Neuorientierung? Münster 1992.
- Knirsch, Peter: Technischer Fortschritt und zentrale Planwirtschaft, in: Markert, Werner (Hg.): Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Das Wirtschaftssystem, Köln 1965, S. 213-235.
- Knorre, Werner von: Der Ausbau des Außenhandelsmonopols, in: Markert, Werner (Hg.): Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Das Wirtschaftssystem, Köln 1965, S. 461-483.
- Krassin, Lubov: Leonid Krassin his Life and Work, London 1929.
- Kruedenener, Jürgen von (Hg.): Economic Crisis and Political Collpase. The Weimar Republic 1924-1933, Providence und München 1990.
- Krüger, Peter: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.
- Krüger, Peter: Versailles: deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986.
- Lapin, Michail und Evgenij Ponomarev: Lenin zur sozialistischen Wirtschaftsführung, Berlin 1970.
- Lenger, Friedrich: Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung 1849-1870er Jahre (Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 15), Stuttgart 2003.
- Linke, Horst: Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo, Köln 1970.
- Lorenz, Herbert: Handbuch des Außenhandels und Verkehrs mit der UdSSR und der Staats- und Wirtschaftspolitischen Verhältnisse der Sowjetunion, Berlin-Grunewald 1930.
- Mai, Joachim: Das deutsche Kapital in Russland: 1850-1894, Berlin 1970.
- Maier, Charles: Die Nicht-Determiniertheit ökonomischer Modelle. Überlegungen zu Knut Borchardts These von der "kranken Wirtschaft" der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), S. 275-294.

- Marshall, Lee und Wolfgang Michalka: German foreign policy 1917-1933, continuity or break ?, Leamington Span 1987.
- Maxelon, Michael-Olaf: Stresemann und Frankreich 1914-1929: deutsche Politik der Ost-West-Balance, Düsseldorf 1972.
- Meyer, Henry: Drang nach Osten: fortunes of a slogan concept in German-Slavic relations, 1849 – 1990, Berlin und New York 1996.
- Mick, Christoph: Sowjetische Propaganda, Fünfjahrplan und deutsche Russland-Politik 1928-1932, Stuttgart 1992.
- Mosely, Philip: The Soviet Union, 1922-1932: a "foreign affairs" reader. New York 1963.
- Mueller, Gordon: The road to Rapallo: Germany's relations with Russia, 1919-1922, Ann Arbor, Mich. 1981.
- Müller, Rolf-Dieter: Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard 1984.
- Neutatz, Dietmar: Von der Stadtduma ins Politbüro ? Entscheidungsprozesse bei der Projektierung der Moskauer Untergrundbahn 1897-1935, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropa 44 (1996) 3, S. 322-343.
- Niedhart, Gottfried: Die Außenpolitik der Weimarer Republik, München 1999.
- O'Connor, Timothy: The engineer of revolution. L. B. Krasin and the Bolsheviks, 1870 – 1926. Boulder, Col. 1992.
- Perrey, Hans-Jürgen: Der Rußlandauschuß der Deutschen Wirtschaft : die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit ; ein Beitrag zur Geschichte des Ost-West-Handels, München 1985.
- Peschke, Hans-Peter von: Elektroindustrie und Staatsverwaltung am Beispiel Siemens 1847-1914, Frankfurt 1981.
- Petzina, Dietmar: War there a crisis before the crisis? The State of the German economy in the 1920s, in: Kruedener, Jürgen von (Hg.): Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic 1924-1933, Oxford 1990.
- Plumpe, Gottfried: Die I.G. Farbenindustrie A.G. Wirtschaft, Technik, Politik, 1904-1945, Berlin 1990.
- Pohl, Manfred (1975): Die Finanzierung der Russengeschäfte zwischen den beiden Weltkriegen, in: Beiheft zu Tradition 9 (1975), S. 7-48.
- Rassweiler, Anne: The generation of power: The history of Dneprostroi. New York 1988.
- Raupach, Hans: Das Planungssystem, in: Markert, Werner (Hg.): Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Das Wirtschaftssystem, Köln 1965, S. 140-179.

- Rogger, Hans: *Russia in the age of modernisation and revolution : 1881 – 1917*, London 1983.
- Rohlack, Momme: *Kriegsgesellschaften (1914-1918): Arten, Rechtsformen und Funktionen in der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt 2001.
- Rosenbaum, Kurt: *Community of fate: German-Soviet diplomatic relations 1922 – 1928*, Syracuse, N.Y. 1965.
- Sager, Peter: *Die theoretischen Grundlagen des Stalinismus und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik*, Bern 1953.
- Schieck, Hans: *Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novembersturz*, Heidelberg 1958.
- Schultz, Hans-Dietrich: Deutschlands „natürliche“ Grenzen. „Mittellage“ und „Mitteleuropa“ in der Diskussion der Geographen seit dem Beginn des 19. Jahrhundert, in: *Geschichte und Gesellschaft* 15 (1989), S. 258-281.
- Schulz, Matthias: *Deutschland, der Völkerbund und die Frage der europäischen Wirtschaftsordnung 1925-1933*, Hamburg 1997.
- Siemens, Georg von: *Carl Friedrich von Siemens: ein großer Unternehmer*. Freiburg i. 1960.
- Siemens, Georg von: *Geschichte des Hauses Siemens, Bd. 1: 1847-1903*, Freiburg i. Br. 1947.
- Siemens, Georg von: *Geschichte des Hauses Siemens, Bd. 2: 1903-1922*, Freiburg i. Br. 1949.
- Siemens, Georg von: *Geschichte des Hauses Siemens, Bd. 3: 1922-1945*, Freiburg i. Br. 1952.
- Siemens, Werner von: *Lebenserinnerungen*, Berlin 1897.
- Spaulding, Robert Mark: *Osthandel and Ostpolitik. German foreign trade policies in Eastern Europe from Bismarck to Adenauer*, Oxford 1997.
- Stejn, Boris: *Die russische Frage: auf der Pariser Friedenskonferenz 1919-1920*, Leipzig 1953.
- Stevenson, David: *The Empty Chair at the Peace Conference: Russia and the West*, in: Keylor, William R. (Hg.): *The Legacy of the Great War. Peacemaking, 1919*, Boston 1998, S. 56-61.
- Strandmann, Hartmut Pogge von: *Großindustrie und Rapallopolitik. Deutsch-sowjetische Handelsbeziehungen in der Weimarer Republik*, in: *Historische Zeitschrift* 222 (1976), S. 265-341.

- Thomas, Ludmila und Viktor Knoll (Hg.): Zwischen Tradition und Revolution
Determinanten und Strukturen sowjetischer Außenpolitik 1917-1941, Stuttgart 2000.
- Trachtenberg, Marc: The Evidence of French Moderation, in: Keylor, William R. (Hg.):
The Legacy of the Great War. Peacemaking, 1919, Boston 1998, S. 138-155.
- Treue, Wilhelm: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit. Bd. 2, 20. Jahrhundert, Stuttgart 1973.
- Von Laue, Theodore: Sergei Witte and the industrialization of Russia, New York 1963.
- Wade, Rex: The Russian search for peace : February - October 1917, Stanford, Calif. 1969.
- Weiher, Siegfried von: Die Entwicklung der englischen Siemens-Werke und des Siemens-
Überseegegeschäfts in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Freiburg 1959.
- Wiles, Peter: Zentrale und dezentrale Elemente der Wirtschaftssteuerung, in: Markert,
Werner (Hg.): Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Das Wirtschaftssystem, Köln 1965,
S. 433-460.
- Wulf, Peter: Die Vorstellungen der deutschen Industrie zur Neuordnung der Wirtschaft
nach dem 1. Weltkrieg, in: ZUG 32 (1987), S. 23-42.
- Ziebura, Gilbert (Hg.): Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871, Darmstadt
1975.

Anhang C: Quellenverzeichnis

Gedruckte Quellen

- Auswärtiges Amt (Hg.): Der Vertrag von Versailles. Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten nebst dem Schlußprotokoll und der Vereinbarung betr. die militärische Besetzung der Rheinlande, Berlin 1924.
- Lenin, W. I.: Über linke Kinderei und Kleinbürgerlichkeit, veröffentlicht von der Prawda zwischen dem 9. und 11. Mai 1918, in: DERS.: Werke, Bd. 27, S. 317-357.
- Lenin, W. I.: Bericht über die Arbeit des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare auf der ersten Tagung des Gesamtrussischen ZEK der VII. Wahlperiode, 2. Februar 1920, in: DERS.: Werke, Bd. 30, S. 305-327.
- Lenin, W. I.: Rede in der Versammlung der Zellensekretäre der Moskauer Organisation der KPR, 26. November 1920, in: DERS.: Werke, Bd. 31, S. 426-429.
- Lenin, W. I.: Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare, 22. Dezember 1920, in: DERS.: Werke, Bd. 31, S. 483-515.
- Lenin, W. I.: Über den einheitlichen Wirtschaftsplan, 21. Februar 1921, in: DERS.: Werke, Bd. 32, S. 132-141.
- Lenin, W. I.: Referat über die Konzessionen, gehalten am 21. Dezember 1921 in der Sitzung der KPR (B)-Fraktion des VIII. Sowjetkongresses, in: DERS.: Werke, Bd. 31, S. 459-482.
- Statistisches Reichsamt (Hg.): Der Auswärtige Handel Deutschlands im Jahre 1925 (Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 330A), Berlin 1926.

Quellen aus dem Internet

- Rede Heinrich von Pierers am 11. April 2003 in St. Petersburg, http://www.siemens.com/page/1,3771,1084330-0-999_0_0-0,00.html, Stand 16. Juni 2004.
- Rede Gerhard Schröders am 11. April 2003 in St. Petersburg, <http://www.bundeskanzler.de/Reden-.7715.479248><http://www.bundeskanzler.de/Reden-.7715.479248>, Stand 16. Juni 2004.

Siemens Archiv Akten**SAA Lg 735**

Protokoll der Besprechung zwischen Carl Friedrich von Siemens, Direktor Görz und anderen Direktoren von Siemens mit Krassin am 23. Mai 1918 über „den russischen Siemens-Konzern“, datiert vom 13. Juni 1918.

Bericht von Görz, „vertraulich“, über die Gespräche mit Krassin in Kopenhagen vom 12. bis 14. April 1920, datiert am 16. April 1920.

Niederschrift von Melchers über seine Besprechung mit Hermann Görz sowie den Direktoren Fritz Fessel und Hermann Reyß von SSW datiert am 21. März 1922.

SAA Lk 162

Ausgabe der Zeitung Birschewija Wedomosti vom 19. Juli 1917.

Niederschrift von Görz über seine Unterredung mit am 25. Februar 1918 in Stockholm, datiert am 1. März 1918.

Brief von Carl Friedrich von Siemens und Direktor Henrich an das Auswärtige Amt bezüglich „Entschädigungsansprüche an Grossrussland“ vom 14. Juni 1918.

Niederschrift des Direktor Breuel über seine Besprechungen mit Klasson, datiert am 10. März 1919.

SAA 4/Lf 685

Liste der S&H Abteilung Eisenbahnwesen über eine Bestellung von Eisenbahnmaterial, datiert am 29. Januar 1921.

Aktennotiz von Görz über die Besprechung mit Stomoniakoff und Krassin im Berliner Hotel Exzelsior „über die Anbahnung von Wirtschaftsbeziehungen zu Russland“ am 26. Mai 1921, datiert am 28 Mai 1921.

Brief Carl Friedrich von Siemens an Stomoniakoff, datiert am 14. Dezember 1922.

Bericht Melchers über die Massnahmen, die ergriffen werden müssen um einen Zusammenbruch unseres russischen Wiederaufbaugeschäfts zu verhindern“, datiert am 19. Dezember 1922.

Lieferliste des Blockwerks von S&H, datiert am 16. Januar 1923.

Niederschrift von Görz über „die Geschäftsmöglichkeiten mit Russland“, datiert am 15. Februar 1923.

Brief Carl Friedrich von Siemens an Stomoniakoff, datiert am 2. Oktober 1923.

Briefentwurf von Robert Melchers an Boris Stomoniakoff, datiert am 4. Oktober 1923.

- Brief Stomoniakoff an Carl Friedrich von Siemens, datiert am 10. November 1923.
- Brief Carl Friedrich von Siemens an Stomoniakoff, datiert am 20. Dezember 1923.
- Brief Direktor Franke an Stomoniakoff, datiert am 6. März 1924.
- Brief Carl Friedrich von Siemens an Stomoniakoff, datiert am 6. März 1924.
- Brief von Brockdorff-Rantzau an Carl Friedrich von Siemens, datiert am 23. Oktober 1925.
- Brief von Carl Friedrich von Siemens an Brockdorff-Rantzau, datiert am 11. November 1925.
- Ausgabe des O-Dienstes, 4. Quartal 1925.
- Aus einer Mitteilung des TB Ost an Direktor Wolf-Dietrich von Witzleben, Leiter des Büros Carl Friedrich von Siemens (Generalsekretariat), datiert am 15. März 1928.

SAA 11 / Lf 449

- Bericht von Herrmann von Berg bezüglich der „Zukunft des deutschen Wirtschaftslebens und seine Hauptaufgaben“, verfasst im Januar 1921.
- Bericht von Georg Cleinow über seine Reise nach Russland im Jahr 1922, nicht datiert.
- „Grundsätze für ein Wiederaufbau-Abkommen des Russischen Elektro-Trustes durch Mitarbeit eines deutschen Konzerns“, ohne Datierung, vermutlich aus dem Jahr 1922
- Briefentwurf Schwartz an den Elektrootdel des Obersten Volkswirtschaftsrats, datiert am 23. September 1922.
- Interview des Börsen-Couriers mit Lew Zausmer, Vorstand des Elektrotrusts in Moskau und ehemaliges Vorstandsmitglied der russischen AEG, datiert am 25. September 1922.

SAA 3812

- Notiz über eine Druckschrift über die „Grundlegenden Aufgaben der Elektrifizierung Russlands“, die 1920 von dem Ingenieur G. Krshishanowksi in Moskau herausgegeben wurde, nicht datiert und unterzeichnet.

SAA 3865

- Brief der SSW an das russische Generalkonsulat in Berlin bezüglich „Forderungen wegen der Enteignung“, datiert am 1. November 1918.
- Mitteilung der Zentralverwaltung an alle Abteilungen, datiert am 3. September 1919.

SAA 4314

Bericht des TB Ost über das Geschäft mit Russland, datiert am 22. Juli 1925.

SAA 4746

Protokoll von Görz über die Besprechung vom 8. August 1919, datiert am 8. August 1919.
Protokoll von Görz über die Besprechung vom 8. August 1919, datiert am 12. August 1919.

SAA 6339

Bericht über die Mitgliederversammlung des Deutsch-Russischen Vereins zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen e.V. am 4. November 1920, nicht datiert und unterzeichnet.

Aktennotiz über den Besuch von Dr. Ruzicka im Wernerwerk von Siemens in Berlin-Siemensstadt am 16., 19. und 23. November 1920, datiert am 7. November 1920.

Aktennotiz über den Besuch von Dr. Ruzicka im Wernerwerk von Siemens in Berlin-Siemensstadt am 16., 19. und 23. November 1920, datiert am 18. November 1920.

Bericht Kunz über seine Reise nach Russland im Jahr 1921, nicht datiert.

Aktenvermerk Schulze über ein Treffen mit dem Dezernenten der wirtschaftspolitischen Abteilung für Russland im Auswärtigen Amt, Dr. Hahn am 7. November 1921, datiert am 8. November 1921.

Wochenbericht über die „Entwicklung der russischen Wirtschaft“. Aus dem ZV-Rundschreiben Nr. 56, datiert am 12. Juni 1922.

Wochenbericht über „Russlands Wirtschaft“. Markiert mit dem Stempel der Abteilung ZV 10 (Russland). Vermutlich handelt es sich hierbei um den Bericht einer externen Nachrichtenagentur aus dem Jahr 1922.

Brief von Alfred Denkert, Prokurist bei S&H, und Ernst Junge, Direktor der Abteilung für wärmetechnisches Messen des Wernerwerks für Messgeräte (WWM) bei S&H, an die Handelsabteilung der Hauptverwaltung der Kommunal-Wirtschaft in Moskau, datiert am 8. März 1923.

Aktenvermerk von Dr. Franke „über eine Besprechung über einen Vertrag zwischen dem Schwachstrom-Trust in Russland und S.&H. am Freitag, den 15.6.1923“, datiert am 15. Juni 1923.

Aktenvermerk Franz Berrenberg, Zentralverwaltung des Wernerwerks (ZWW) bei S&H „über eine Besprechung betr. Vertrag mit dem russischen Schwachstrom-Trust im Wernerwerk am 19.6.23“, datiert am 20. Juni 1923.

SAA 6361

Brief von Oberingenieur Adolf Hoffmann an Otto von Have bezüglich der geschäftlichen Lage der russischen SSW und S&H Gesellschaften, datiert am 14. Juni 1917 in Stockholm.

Ausgabe der Zeitung *Birževyja vedomosti* vom 19. Juli 1917.

Nachtrag von Görz zum Bericht über die Unterredung mit Krassin vom 25. Februar 1918, datiert am 1. März 1918

SAA 6397

Bericht über die sowjetische Handelsdelegation in Kopenhagen im Jahr 1920, nicht datiert und unterzeichnet.

Bericht von Görz, „streng vertraulich“, über die Gespräche mit Krassin in Kopenhagen vom 12. bis 14. April 1920, datiert am 16. April 1920.

Kurse Fassung des Berichts von Görz über die Gespräche mit Krassin in Kopenhagen vom 12. bis 14. April 1920, datiert am 16. April 1920.

Brief Fehrmann an Görz mit einem Bericht über Russland als Anlage, datiert am 7. Mai 1920.

Brief Görz an Fehrmann, datiert am 12. Mai 1920.

Brief Breuel an Görz, datiert am 15. Mai 1920.

Bericht von Görz über seine Reise nach London vom 3.-7. November 1920, datiert am 11. November 1920.

Niederschrift von Görz „über meinen Besuch bei L.B. Krassin am Freitag, den 5. Nov. 1920“, datiert am 12. November 1920.

SAA 6877

Niederschrift des Vortrags von A.A. Davidoff, Vorsitzender des Verbands russischer Großkaufleute, Industrieller und Financiers, nicht datiert und unterzeichnet.

SAA 10756

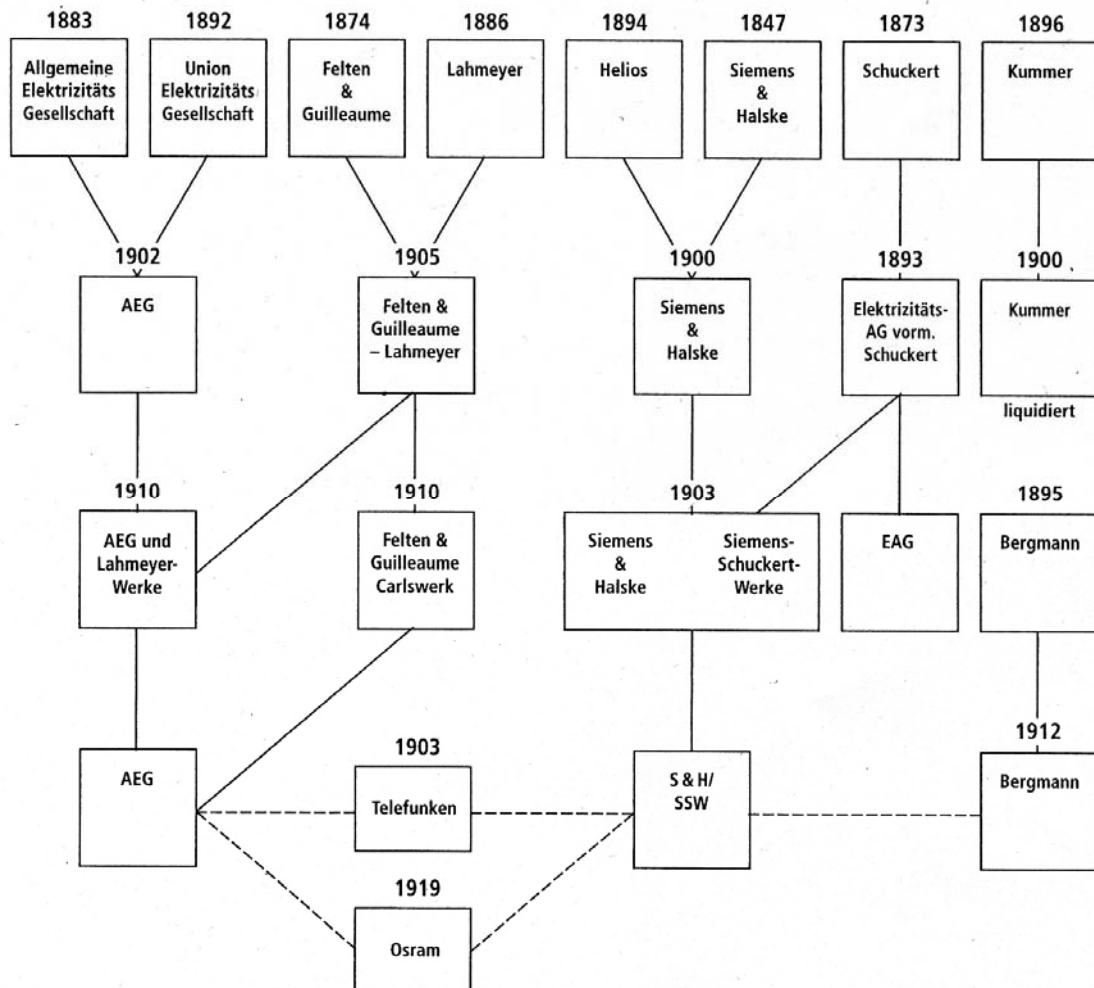
Chronik TB Ost, im Jahr 1944 verfasst von Ernst Eue, Handlungsbevollmächtigter beim TB Ost.

SAA 11754

Liste hervorhebenswerter SSW-Aufträge zwischen 1925 und 1931.

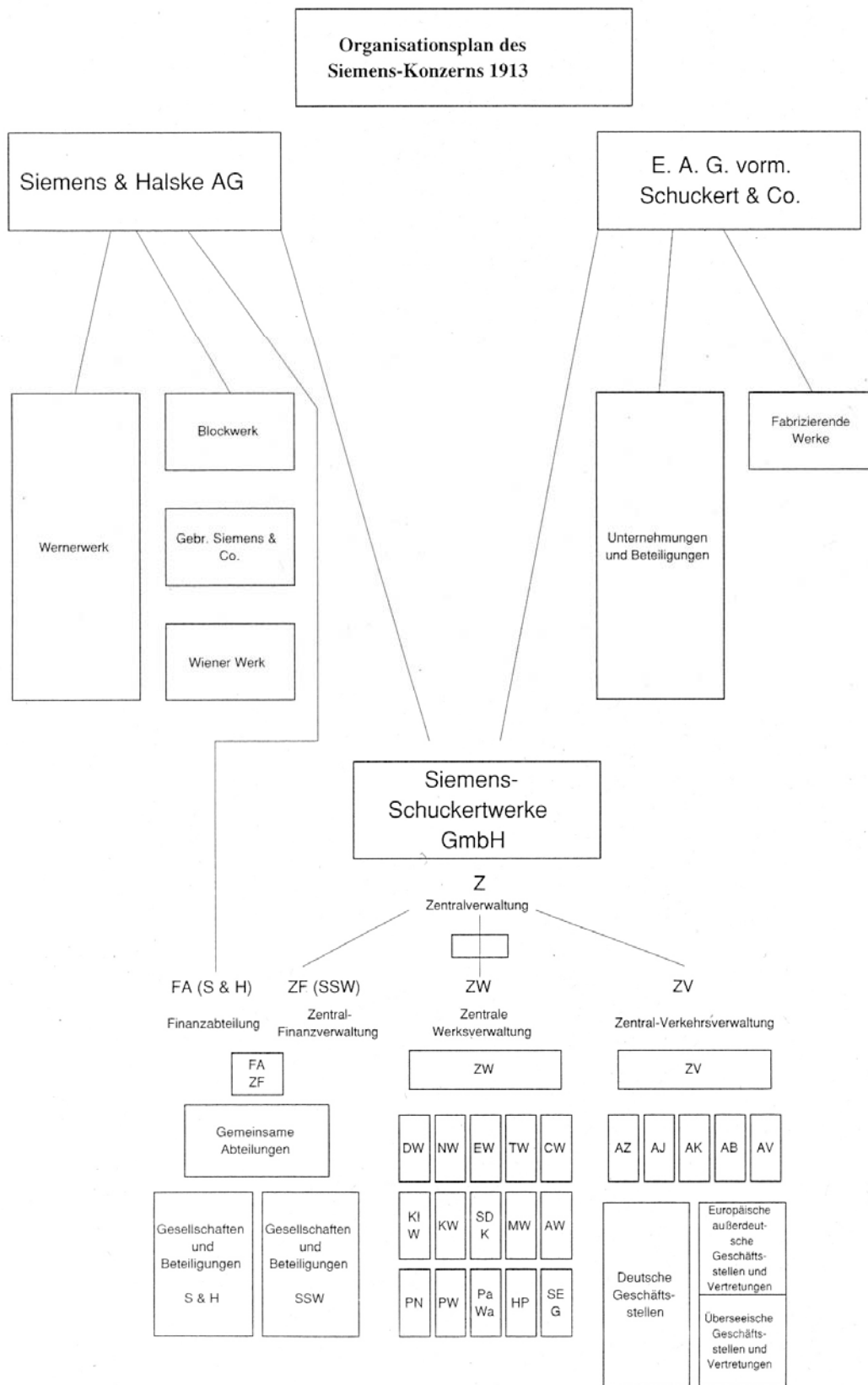
Anhang D: Schaubilder

Schaubild 1: Der Konzentrationsprozess der deutschen Elektroindustrie



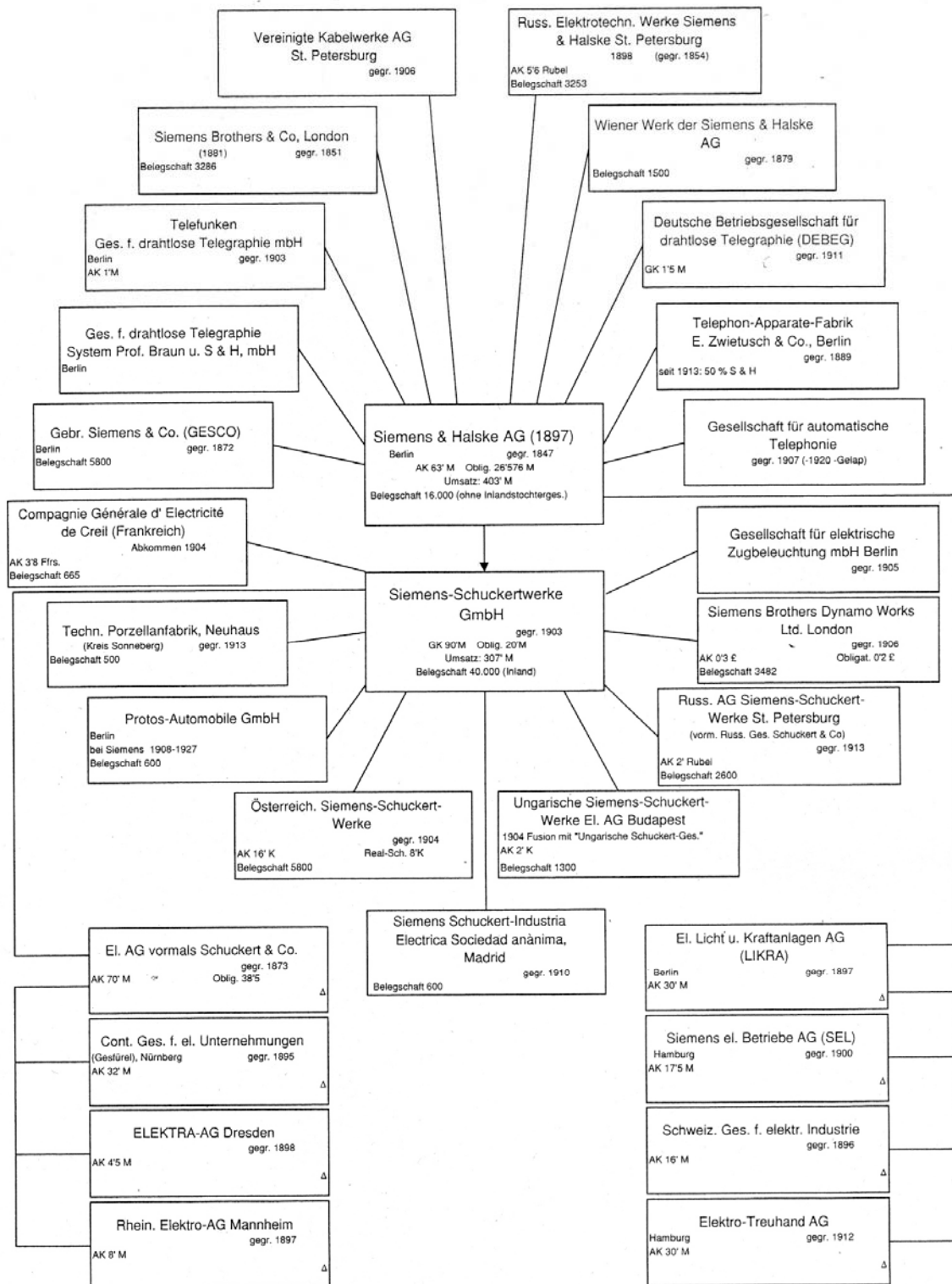
Quelle: Feldenkirchen: Siemens, S. 43.

Schaubild 2: Organisationsplan des Siemens-Konzerns 1913



Quelle: Feldenkirchen: Siemens, S. 80.

Schaubild 3: Das Haus Siemens und seine Beteiligungen 1913



Quelle: Feldenkirchen: Siemens, S. 85.

Anhang E: Tabellen

Die hier aufgeführten Tabellen entstammen verschiedenen Arbeiten in denen die Daten teilweise voneinander abweichen. Ebenfalls wurde aus manchen Arbeiten nicht ersichtlich, welcher Maßstab an die Geldbewertung angelegt wurde, wie z. B. bei den Daten zum Deutschen Reich für das Inflationsjahr 1923. Aus diesem Grund besitzen die absoluten Zahlen nur eine begrenzte Aussagekraft. Sie eignen sich aber dennoch, ebenso wie die Prozentangaben in einigen Tabellen, als Vergleichsmaßstab.

Tabelle 1: Weltelektroausfuhr und Anteile einzelner Länder in den Jahren 1913-1937

Jahr	Welt- elektro- ausfuhr Mio. RM	Anteile einzelner Länder an der Weltelektroausfuhr							
		Deutsch- land %	USA %	Großbri- tannien %	Frank- reich %	Nieder- lande ¹ %	Schwe- den %	Schweiz %	Japan %
1913	713,8	46,3	15,7	22,1	4,2	1,7	2	3,5	0,2
1925	1420,2	25,8	25	25,1	5,6	3,8	2,8	3,4	0,8
1926	1586,8	25,6	25,2	24,9	6,1	3,1	3,2	2,9	0,9
1927	1655,8	26,6	25,2	23,2	3,8	4,3	3,9	3,2	0,9
1928	1873,6	28,6	23,9	20,2	3,7	5,6	4,4	3,6	1
1929	2294,6	27,8	26,5	17,6	3,3	9,2	3,1	3,1	1,1
1930	2181,4	28,9	24,5	17,3	3,9	8,2	3,6	3,4	1,2
1931	1648,7	32,7	23,1	13,8	4,6	7,4	3,5	3,4	1,4
1932	1012,2	34,9	19,7	14	4,4	8,7	2,6	3,1	1,7
1933	834,9	29,8	19,8	16,2	4,7	10,9	2,9	4	2,1
1934	866,3	26,1	21,5	16,7	4,3	11,2	3,1	3,3	3
1935	896,3	26	23,5	19,5	3,8	9,3	2,9	3,1	2,9
1936	990,3	26,9	25,7	19,4	2,9	7,6	2,7	2,6	3,6
1937	1238,2	26,5	25,5	19,3	2,3	8	2,3	2,5	3,2

Quelle: Feldenkirchen: Siemens, S. 647.

Tabelle 2: Der Anteil Deutschlands, der USA, Großbritanniens und Frankreichs am sowjetischen Außenhandel in den Jahren 1913, 1924/25-1929 in Prozent

Land:	Deutschland		USA		Großbritannien		Frankreich	
	Imp.	Exp.	Imp.	Exp.	Imp.	Exp.	Imp.	Exp.
1913	47,5	29,8	5,8	0,1	12,6	17,8	4,1	6,0
1924/25	14,2	15,6	27,9	5,1	15,3	31,2	1,3	4,0
1925/26	23,3	16,5	16,2	4,5	17,1	28,7	2,6	5,9
1926/27	22,6	21,7	20,4	3,0	14,2	25,8	3,1	6,9
1927/28	26,3	23,8	19,9	3,6	5,0	19,8	3,8	5,2
1929	22,1	28,3	20,1	4,6	6,2	21,9	3,6	4,6

Quelle: Gotthelf: Außenhandelsentwicklung, S. 58.

Tabelle 3: Außenhandel Russlands und der UdSSR mit dem Deutschen Reich in den Jahren 1913 und 1918-1938, in Mio. Rubel und Prozent des Gesamtexports und Imports

Jahr	Export nach Deutschland		Import aus Deutschland		Saldo für die UdSSR in Mio R
	Mio R	vH des Gesamt- exports	Mio R	vH des Gesamt- imports	
1913	1968,7	29,8	2860,7	47,5	- 892,0
1918	2,8	7,7	1,6	0,3	+ 1,2
1919	—	—	1,1	8,1	- 1,1
1920	—	—	28,1	22,3	- 28,1
1921 ^a	2,5	5,7	160,2	23,1	- 157,7
1921/22	36,2	13,0	367,1	30,9	- 330,9
1922/23	186,7	32,0	269,1	41,4	- 82,4
1923/24	291,0	17,9	198,1	19,4	+ 92,9
1924/25	382,7	15,6	449,7	14,2	- 67,0
1925/26	488,9	16,5	771,2	23,3	- 282,3
1926/27	740,7	21,7	707,9	22,6	+ 32,9
1927/28	815,3	23,8	1088,5	26,3	- 273,1
1928 ^b	230,6	24,3	212,8	23,9	+ 17,8
1929	942,3	23,3	852,6	22,1	+ 89,6
1930	900,1	19,8	1098,6	23,7	- 197,6
1931	566,5	15,9	1798,6	37,2	-1232,1
1932	440,2	17,5	1435,3	46,5	- 995,1
1933	375,6	17,3	648,5	42,5	- 272,9
1934	431,1	23,5	126,0	12,0	+ 305,1
1935	289,3	18,0	95,1	9,0	+ 194,2
1936	116,2	8,6	308,5	22,8	- 191,9
1937	107,7	6,2	200,5	14,9	- 92,8
1938	88,3	6,6	67,2	4,7	+ 21,1

a Januar – September

b Oktober – Dezember

Quelle: Beitel/Nötzold: Wirtschaftsbeziehungen, S. 208.

Tabelle 4: Index des sowjetischen Export- und Importumsatzes mit Deutschland in den Jahren 1913 bis 1940 (1913 = 100%)

JAHR	EXPORT	IMPORT
1913	100	100
1918	0,13	0,05
1919	-	0,04
1920	-	0,98
1921	0,36	8,32
1921/22	1,81	12,83
1922/23	9,54	9,40
1923/24	14,64	6,92
1924/25	19,26	15,71
1925/26	24,60	26,95
1926/27	38,69	24,74
1927/28	42,68	38,04
1929	47,42	29,80
1930	45,35	38,40
1931	28,51	62,87
1932	22,15	50,17
1933	18,90	22,66
1934	21,70	4,40
1935	14,56	3,32
1936	5,87	10,78
1937	5,10	6,64
1938	4,09	2,22
1939	2,94	1,85
1940	35,16	13,89

Quelle: Perrey: Rußlandauschuß, S. 23.

Tabelle 5: Ausfuhr des Deutschen Reichs nach Russland / Sowjetrußland in den Jahren 1913, 1923-1925

	Mill. Reichsmark	In Prozent der Gesamtausfuhr
1913	891,2	8,7
1923	73,2	1,2
1924	89,0	1,4
1925	250,0	2,8

Quelle: Statistisches Reichsamt (Hg.): Der Auswärtige Handel Deutschlands im Jahre 1925 (Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 330A), Berlin 1926, hier: S. 134.

Tabelle 6: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz bei S&H, SSW und AEG in den Jahren 1913/14 und 1924-1938

Jahr	S & H (%)	SSW (%)	AEG (%)
1913/14	35	36,2	
1924/25	22	33,7	
1925/26	27	37,7	
1926/27	25	36,6	
1927/28	25	33,2	
1928/29	29	36	
1929/30	32,6	43,7	38
1930/31	42,4	47,7	45
1931/32	45	53,7	49
1932/33	41	42	37,8
1933/34	25	30,4	24,4
1934/35	21,2	23,3	20,9
1935/36	11,4	22,6	ca. 20
1936/37	9,7	22,3	ca. 20
1937/38	11,2	22,6	ca. 20

Quelle: Feldenkirchen: Siemens, S. 662.

Tabelle 7: Güterstruktur des russischen und sowjetischen Imports aus dem Deutschen Reich in den Jahren 1913 und 1921-1936 in Prozent

Jahre	Häute	chemische u. pharma- zeutische Produkte	Farben	Eisen- metalle	Bunt- metalle	Metall- waren	Maschi- nen, Appa- rate	elektri- sche Ma- schinen u. Apparate	Kraft- fahr- zeuge	Präzisions- instru- mente	Papier u. Druck- erzeug- nisse	Wolle und Lumpen	Anteil der 12 wichtigsten Importgütergruppen im Import aus Deutschland
1913	5,4	2,6	1,7	1,5	3,3	5,2	14,8	3,4	2,5	1,0	1,5	3,8	46,7
1921 ^a	—	0,6	0,1	—	—	38,4	20,7	—	—	—	0,2	—	60,0
1921/22	0,1	3,8	1,2	3,4	1,3	13,1	9,8	3,1	0,4	1,0	0,7	—	37,9
1922/23	1,9	3,0	6,0	1,7	1,7	8,1	7,2	7,2	2,5	2,8	0,4	1,9	44,4
1923/24	1,6	7,0	17,6	1,2	4,8	6,6	11,6	11,3	0,9	3,7	3,9	6,9	77,1
1924/25	8,5	8,8	15,5	0,8	5,1	3,7	17,3	5,9	1,2	4,8	3,1	1,9	76,6
1925/26	6,0	7,3	8,1	3,7	5,4	6,0	23,6	4,9	2,9	5,1	4,2	3,7	80,9
1926/27	2,6	5,6	4,7	3,5	5,1	10,5	34,6	10,0	1,1	3,9	1,6	3,7	86,9
1927/28	2,1	4,7	3,7	2,1	4,8	13,6	32,4	12,4	0,9	5,3	1,1	3,9	87,0
1928 ^b	2,5	4,6	2,5	4,0	4,6	14,3	32,7	14,3	0,6	5,9	0,7	1,2	87,9
1929	2,1	6,4	2,8	6,0	3,9	7,2	33,3	8,5	1,1	6,5	1,5	5,9	85,2
1930	0,9	3,3	0,8	6,6	2,3	10,1	47,7	8,5	0,5	3,4	0,7	1,2	86,0
1931	0,2	1,5	0,2	16,6	3,0	15,1	44,6	6,8	1,2	2,2	0,3	0,5	92,2
1932	0,0	0,7	0,2	18,2	2,0	8,8	50,6	12,7	0,6	2,2	0,1	0,2	96,3
1933	0,0	1,0	0,4	15,6	1,2	16,5	53,2	6,1	0,5	1,4	0,1	0,2	96,2
1934	0,0	6,4	3,0	18,7	0,7	5,4	45,6	12,6	0,8	3,3	1,1	0,2	97,8
1935	0,2	7,3	5,4	13,7	2,2	8,0	40,7	4,5	0,4	5,7	1,3	1,7	91,1
1936	0,3	2,5	2,0	8,9	1,1	1,6	68,8	6,4	0,2	6,7	0,3	0,4	99,2

a Januar – September
B Oktober – Dezember

Quelle: Beitel/Nötzold: Wirtschaftsbeziehungen, S. 212.

Tabelle 8: Der Anteil Deutschlands an den wichtigsten Einfuhrgütern der UdSSR in den Jahren 1925/26 bis 1928/29

	in Mill. Rubel				in % der Gesamteinfuhr der betr. Ware				1928/29 in % von	
	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29	1925/26	1927/28
Maschinen und Apparate	19,5	41,0	58,5	41,8	46,0	56,9	64,7	52,4	214,4	71,4
Elektromaschinen	8,2	16,0	30,8	18,7	50,3	63,5	64,4	55,5	228,0	60,2
Maschinenteile	8,2	8,9	20,0	13,7	41,6	54,3	62,5	51,3	167,1	68,5
Landmaschinen	14,1	5,9	2,7	7,9	32,9	28,2	13,0	18,0	56,0	292,5
Kraftwagen	4,8	1,4	1,6	1,6	37,5	22,6	22,9	15,5	33,3	100,0
Opt., physik., med. Apparate	8,6	5,7	12,6	11,4	76,6	72,2	78,3	75,5	139,0	90,5
Landw. Geräte	0,8	0,1	0,1	—	18,2	4,8	11,4	—	—	—
Gußeisen, Stahlwaren	5,3	14,6	31,3	13,0	44,5	66,4	64,4	38,2	245,3	41,5
Kupferwaren	1,3	0,6	1,1	0,6	68,4	66,7	61,1	66,7	46,1	54,6
Draht	1,2	2,2	1,4	1,3	35,3	68,7	48,3	34,2	108,3	92,8
Drahtwaren	1,0	1,0	1,0	0,6	35,7	40,0	40,0	21,6	60,6	60,0
Gummiwaren	0,3	0,2	0,9	0,6	24,1	40,0	64,3	66,7	200,0	66,7
Papier u. Karton	6,9	2,4	2,5	2,1	25,1	13,9	17,1	19,1	30,4	84,0
Chem. Produkte	12,2	8,5	11,7	11,5	74,8	70,8	68,4	11,4	94,3	98,2
Farben u. Farbstoffe	13,8	7,4	9,1	4,3	86,8	72,5	77,8	75,4	31,2	47,3
Kunstdünger	0,2	0,0	1,4	4,3	28,6	100,0*	53,8	63,2	2150,0	307,1
Salpeter	1,1	2,3	0,8	1,1	73,3	92,0	11,3	44,0	100,0	137,5
Unbearb. Häute	0,7	1,3	4,4	4,3	3,1	3,4	11,0	13,6	700,0	95,4
Leder etc.	9,3	2,9	0,7	0,3	49,7	70,7	6,9	3,4	3,3	42,8
Rohwolle	6,1	4,4	8,0	9,0	19,4	12,9	12,6	12,7	147,5	112,5
Woll-Lumpen	—	—	1,2	1,6	—	—	31,6	59,3	—	133,3
Bearb. Wolle	2,7	1,1	3,9	1,5	23,5	8,3	16,5	8,6	55,6	38,5
Eisen u. Stahl	5,3	3,5	3,8	8,2	43,5	32,7	22,6	77,9	154,7	215,8
Kupfer u. Weißmetall	9,1	8,2	11,8	8,1	33,1	18,4	20,4	17,4	85,3	68,6
Saaten	0,8	0,6	0,5	0,7	22,9	23,6	18,5	53,3	87,5	140,0
Rindvieh, Pferde etc.	1,2	0,3	1,2	2,5	41,4	11,5	11,9	23,6	208,3	208,3

Quelle: Müller: Weltmacht, S. 191.

Tabelle 9: Gesamtumsatz des TB Ost im Geschäft mit Sowjetrußland in Reichsmark:

1920/21	82.000.-
1921/22	559.000.-
1922/23	2'854.000.-
1923/24	1'448.000.-
1924/25 ¹	2'833.000.-

¹ Nur die ersten drei Quartale des Geschäftsjahres 1924/25

Quelle: Bericht des TB Ost über die „Geschäfte mit Rußland“, SAA 4314.

Anhang F: Quellenauszüge

Quelle 1: Bericht von Hermann Görz über seine Reise nach London vom 3.-7. November 1920, datiert am 11. November 1920, SAA 6397, S. 8-9

(...) Unsere Fabriken sind nach Aussage und dank des Schutzes Krassins im Gegensatz zu anderen im wesentlichen intakt und daher zur Wiederaufnahme des Geschäfts geeignet.

(...) Allgemein beschwerte sich Krassin darüber, dass wir Russland gegenüber in der Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen viel zu zurückhaltend seien. Es müsste doch endlich einmal auch von Deutschland vorgegangen werden, wie das von Schweden geschehen sei, dem er zunächst Fantasiepreise bewilligt habe, um die Beziehungen in Gang zu bringen. (...) Der Unternehmer könne viel verdienen, und der Export Russlands käme in Gang, aber nichts sei deutscherseits erfolgt. Krassin verwies in diesem Zusammenhange auf die Konzession des Amerikaners Vanderlip & Genossen in Kamtschatka.

(...) Ueber die pachtweise Uebernahme aller russischen elektrotechnischen Fabriken durch ein internationales Konsortium könne erst zu einem späteren Termin verhandelt werden. Diese Verhandlungen müssten in Moskau mit den Zentralbehörden, nicht mit ihm geführt werden. Krassin glaubt sich als früherer Elektrizitäts-Direktor zurückhalten zu müssen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, die elektrotechnische Industrie wieder in die kapitalistische Wirtschaft überführen zu wollen. Zu den Verhandlungen in Moskau müssten neue Leute gewählt werden, die zwar die russischen Verhältnisse kennen, nicht aber früher Leiter der Unternehmen waren, da in deren Auftreten die Rückkehr zum Kapitalismus erblickt würde.

Unterzeichnet Görz

Quelle 2: Kapitel 6, S. 13: Aus einer Niederschrift von Hermann Görz „über meinen Besuch bei L.B. Krassin am Freitag, den 5. Nov. 1920“, datiert am 12. November 1920, SAA 6397, S. 2-3.

Als mir Krassin immer wieder versicherte, dass Lenin & Genossen bereit seien, heute Zugeständnisse in bezug auf kapitalistische Wirtschaftsformen zu machen, und ich daraufhin auf die doch erheblich anders lautenden Reden Lenins hinwies, meinte er, das sein nicht Lenins innere Ueberzeugung, er rede in solchen Fällen nur „für den Export“. Wiederholt sprach Krassin seine Ansicht aus, dass die dauernde Bekämpfung der Bolschewiken durch kriegerische Aktionen nur geeignet sei, deren Herrschaft zu stärken, denn die Sowjetregierung könnte heute all die Schwierigkeiten, unter denen Russland zu leiden habe, auf den Kriegszustand zurückführen. Hätte man die Bolschewiken in Ruhe gelassen, so dass sie genötigt gewesen wären, aufbauende Arbeit im Innern zu leisten, so hätten sie wahrscheinlich sehr viel schneller wie bisher nach rechts einschwenken müssen.

(...) Dass der Bolschewismus in Deutschland zur Herrschaft gelangen wird, nimmt Krassin nicht an, hat auch gar kein Interesse daran, da er ganz genau weiss, dass im Augenblick, wo dieser Fall in Deutschland eintritt, deutsche Wirtschaftshilfe für Russland ausgeschlossen ist

Unterzeichnet Görz

Quelle 3: Niederschrift von Robert Melchers über seine Besprechung mit Hermann Görz sowie den Direktoren Fritz Fessel und Hermann Reyß von SSW datiert am 21. März 1922. Die Besprechung fand in der Woche zuvor statt, SAA Lg 735, S. 1.

Ein längeres Abwarten der heutigen Verhältnisse ist für die S.S.W. nicht ratsam. Bisher ergab die stetige Kontrolle der russischen Zustände von Berlin aus ein klares Bild, um die dortige Lage beurteilen zu könne; sie liess erkennen, dass eine Basis für eine geschäftliche Betätigung noch nicht vorhanden war, und dass die danach befolgte Politik des aufmerksamen Abwartens die richtige gewesen ist. Heute kündigt sich in den russischen Zuständen ein Umschwung an.

Die Anerkennung von privaten Eigentums- bzw. Ausbeutungsrechten durch die Sowjets und die Erlaubnis Handel auch mit dem Auslande zu treiben, wie sie kooperativen Vereinigungen seitens der Räteregierung erteilt wird, beweisen, dass man sich in Russland umgestellt hat und sich dem Zeitpunkt nähert, wo die Verhältnisse die Aufnahme von Geschäften ermöglichen.

(...) Die geschäftlichen Möglichkeiten werden sich hierbei von selbst ergeben durch das Eindringen in die Verhältnisse vor Ort und Stelle, die Fühlungsnahme mit den Sowjets und Kooperativen, die Beobachtung der Tätigkeit anderer Firmen und die Möglichkeit persönliche Beziehungen zu schaffen, auf die das Geschäft in entscheidender Weise angewiesen sein wird; dies umsomehr, da man sich durchaus primitiven und ungewöhnlichen Verhältnissen gegenüber befindet, die sich in neuen, unbekannt Formen entwickeln werden.

Unterzeichnet Melchers

Quelle 4: Brief von Carl Friedrich von Siemens an Boris Stomonjakov, datiert am 2. Oktober 1923, SAA 4/Lf 685, S. 3-12.

Sehr geehrter Herr Stomoniakoff,

(...) Vom Ende des vorigen Jahres ab begegnet der Siemens-Konzern einem misstrauen seitens der offiziellen Vertreter der russischen Regierung, das wir uns nicht erklären konnten und uns daher zu einer Aussprache veranlasste, die Herr Reyss in der ersten Dezemberhälfte vorigen Jahres mit Ihnen gehabt hat. Es kam hier zum ersten Male zum Ausdruck, dass wir bei der russischen Regierung in Verdacht standen, politisch gegen sie tätig zu sein. Schon damals gab Herr Reyss mit meinem Wissen die Erklärung ab, dass wir uns als rein wirtschaftlicher Konzern prinzipiell innen- und aussenpolitischer Betätigung fernhielten, und dass wir von diesem Grundsatz auch der russischen Regierung gegenüber nicht abgewichen seien.

(...) Zu unserem Erstaunen haben sie im August dieses Jahres nach Rückkehr von einer Reise nach Moskau die geschäftlichen Beziehungen zum Siemens-Konzern ohne Erklärung abgebrochen. Herr Reyss hat Sie darauf erneut besucht und den Eindruck aus dieser Unterhaltung empfangen, dass die gleichen politischen Gründe, die seinerzeit das Misstrauen hervorriefen, wieder zu Ihrer jetzigen Stellungnahme uns gegenüber geführt haben.

(...) Ich wiederhole, dass unsere Bestrebungen und die aller mit dem russischen Geschäft befassten maßgebenden Herren in den Jahren nach dem Kriege lediglich darauf gerichtet waren, zu der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Russland und Deutschland das unsrige beizutragen und an der Wiederaufrichtung der russischen elektrotechnischen Industrie mitzuwirken, und immer nur im Einverständnis mit der russischen Regierung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Unterzeichnet Carl Friedrich von Siemens

Quelle 5: Antwortbrief von Boris Stomonjakov an Carl Friedrich von Siemens, datiert am 10. November 1923, SAA 4/Lf 685

Sehr geehrter Herr von Siemens,

(...) Sie sprechen ferner wiederholt in Ihrem Schreiben von Vorwürfen, ja sogar von schweren Vorwürfen, die meine Regierung gegen Ihre Firma erhoben haben soll. Demgegenüber muss ich feststellen, dass es weder den Absichten meiner Regierung (wie selbstverständlich auch den meinigen) noch den Tatsachen entspricht, dass wir Vorwürfe gegen Ihr Haus erhoben haben. Im Gegenteil, sowohl in der Unterredung mit Herrn Reyss im November vorigen Jahres, als auch in der zweiten Unterredung mit den Herren Reyss und Melchers im August d. J., als auch Ihnen gegenüber habe ich auf das nachdrücklichste betont, dass wir es vielmehr als ein selbstverständliches Recht Ihrer Firma ansehen, diejenige Haltung der Sowjet-Regierung gegenüber einzunehmen, die Ihre Firma für angebracht hält, und dass wir für uns lediglich vollkommene Freiheit bei der Vergebung unserer Aufträge in Anspruch nehmen wollen.

(...) Sie würden dann vielleicht zu der Ueberzeugung gelangen, dass eine ausreichende Information Sie schon früher bewogen hätte, Ihrem persönlichen Willen, eine loyale Haltung gegenüber der Sowjet-Regierung zu befolgen, einen einheitlichen und die Zukunft der Geschäftsverbindung verbürgenden Ausdruck zu verleihen. (...) Es dürfte dann für Sie ein Leichtes sein, diejenigen Massnahmen zu treffen, welche dem ersten Schritt, von dem mir Herr Reyss mit seinem Schreiben von Ende August d. J. Kenntnis gab, folgen sollen, um die das russische Geschäft Ihrer Firma angehenden Beziehungen und Verpflichtungen, sowie die praktische Politik Ihrer Firma gegenüber Russland in wirklichen Einklang mit der Januar-Erklärung zu bringen und auf diesem einzigen Wege die Wiederaufnahme der geschäftlichen Beziehungen zu ermöglichen. Dies wird leichter für Sie, wenn Sie die Grossmut, mit der Sie Ihre Beamten uns gegenüber in Schutz nehmen, und das ausserordentliche Vertrauen, das Sie deren Beteuerungen entgegenbringen, etwas von der Rücksicht auf die vitalen Bedingungen beeinflussen lassen, auf die das neue Russland angewiesen ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Unterzeichnet Boris Stonomiakoff